

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. Oktober 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 30 Mark monatlich, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.30 Mark halbjährlich, 6.60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgebundene Monatszeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Verbands-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das selbige. Einzelne Nummer 5 Pf. (jünglich 2 selbige). Stellengelände und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Stolypins Erbschaft.

Also der Zwischenfall scheint erledigt zu sein: Stolypin einbalsamiert und begraben, Bagrow aufgehängt, Kozlowzew zum Ministerpräsidenten ernannt. Nun schwingt die gutgefinnte Presse unter den Bemühungen, die politische Erbschaft des großen Staatsmannes in ihrem ganzen Umfange zu schildern. Und die liberalen Zeitungen wagen es kaum, mit der von Furcht gelähmten Zunge ihre kritischen Klagen zu stammeln. Sie hielten und fürchteten ihn, aber vor seinem „geöffneten“ Grabe haben die Liberalen sich tief und devot verbeugt. Mit einer Vollstreckung der Selbsterniedrigung wiederholen sie die letzten Worte und Gebärden des großen Mannes, in dem sie den Gentleman, den nützlichen und selbstlosen Ritter bewundern. Das ist kein bloßes Pharisäertum der „Loyalen“ Opposition: wer zu lesen versteht, der wird aus den liberalen Reflektoren herauslesen können, daß etwas Größeres die Liberalen mit dem Verstorbenen vereinigt als das, was sie voneinander trennte. Zwar hat Stolypin im Jahre 1906 mit rauher Hand die Liberalen vom Staatsruder weggehoben, an das sie sich schon geklammert hatten; zwar hat er ihre Partei politisch verfolgt und sogar polizeilich schikaniert, — aber im letzten Kampfe er doch — natürlich in seiner Art — um die Grundlagen desjenigen sozialen Gebäudes, das zu verteidigen auch sie sich für berufen erachteten.

Die gesellschaftliche Ordnung zu wahren, die auf den Privilegien und der Ausbeutung, auf dem Kapital- und Grundbesitz, auf der ökonomischen Unterjochung, auf den Vorzügen des Standes, auf den vererbten und erworbenen Rechten besteht, dies war das ganze Programm Stolypins. Nun verfügte seine Natur über genügende Hilfsquellen von Gesundheit und von Begabung, um seine im Grunde rein polizeiliche Tätigkeit von Zeit zu Zeit durch die dramatische Geste, durch die theatralische Herausforderung, durch den Bruch der nationalen Vegetation zu „bereichern“ und zu drapieren. Einen Poseur und Phrasenredner hatte ihn einst der selbige Plehwe genannt, als Stolypin noch ein einfacher Gouverneur gewesen war. Aber das war bei ihm eigentlich das rein Keiserliche. In seinem Innern blieb er ein Vorbar mit dem scharfen Spürsinn des Wilden, der er auch in die Politik übertrug. Er schätzte nach dem Augenmaß jede politische Partei vom Standpunkt ihrer augenblicklichen Kraft ein, — ihre Prinzipien waren ihm vollkommen gleichgültig. Und wenn er im Laufe der fünf Jahre seiner Herrschaft immer in derselben Richtung nach rechts vorrückte, so spiegelte er darin nur den Stimmungswechsel der gesamten besitzenden und privilegierten Gesellschaft, die desto reaktionärer, unverföhlicher, dreistiger und unerhörtemer auftrat, je mehr sie sich von der Revolutionsfurcht befreit fühlte.

In der akuten Periode des Kampfes, wo die adeligen Schlösser flammten und die Städte von dem eisernen Auftreten des Proletariats erzitterten, waren die Herrschenden für alle Mittel empfänglich: in den Polizeidirektoren verfertigte nun Pogromaufreife, und die Hofpogromisten pflegten zur selben Zeit Unterhandlungen mit den Kadetten über Bildung eines liberalen Ministeriums. Stolypin, der ritterliche Staatsmann, verabsäumte damals nicht, die „ederrussischen“ Räuber für ihre Frevde mit Staatsgeldern zu versehen und sich dem Kadettenführer Muronzew als Minister des Innern anzubieten. Bald überzeugte er sich aber, daß die rein politische Vereinbarung mit den Kadetten noch bei weitem nicht die Beruhigung bedeutet, denn die Massen mit ihren tiefen sozialen Interessen wurden von ganz anderen Parteien geführt. Und die Revolution zu zertrümmern, die Feinde zu hängen und zu erschließen, diese Arbeit war für ihn ohne das Kadettenanhängsel viel bequemer zu verrichten. Die feldgerichtliche Politik sei nicht rechtmäßig? sagte er höhniisch der liberalen Opposition. — Aber sie ist zweckmäßig! — und er löste die erste und die zweite Duma auf.

Die Revolution strebte die Erweiterung des bäuerlichen Landbesitzes auf Kosten des adeligen an. Demgegenüber hat Stolypin durch den Ukas vom 9. (22.) November 1906 den reicheren Bauern die Möglichkeit verschafft, sich auf Kosten der Gemeindefürsorge zu bereichern. Er stellte seine Sache auf die „Starken“!

Durch den Staatsstreik vom 3. (17.) Juni 1907 hat er die Duma der „Starken“ geschaffen. An der Spitze der um ihn gesammelten Oligarchen machte er die kurze Periode der subalternen Reformversuche durch; diese zertrümmerten alle an dem hartnäckigen Widerstand des übermächtigen Adels. Dann machte er insgesamt mit seinem oktobristischen Anhang den raschen Übergang zur Politik der imperialistischen Schwindeleien, die seinen reformatorischen Bankrott deden sollten. Die aggressive auswärtige Politik auf Grund der zertrümmerten Armee führte aber zu den schändlichsten diplomatischen Niederlagen und Rückschlägen. Die Senatorenrevisionen deckten nur die eiternden Wunden des Armees- und Staatsapparates auf, zu deren Heilung trugen sie nichts bei. Auch seine Agrarreform zeigte einseitigen sehr katalische Erfolge.

Dann sagte sich Stolypin von jedweder Politik los, die mit dem kommenden Tage rechnet. Nachdem er die Hoffnung auf die Erweiterung der Basis der kapitalistischen Entwicklung — sei es durch innere Reformen oder durch imperialistische Erfolge — hatte aufgeben müssen, verengerte Stolypin noch mehr die soziale Grundlageneiner Politik. Jetzt heißt es:

die besitzenden Klassen national spalten und die „bodenstammigen“ auf Kosten der „fremden“ bevorzugen. Er bricht mit den Oktobristen. Die parasitärsten Elemente scharen sich um die Fahne des ebenso reaktionären wie läugerischen Nationalismus. Die Finnländer, die Juden, die Polen werden auf die infamste Weise verfolgt.

In seinen letzten Wochen ließ Stolypin noch die Gesetzentwürfe ausarbeiten über die partielle Aufteilung Finnlands und die „Nationalisierung“ des Getreidehandels und des Kreditwesens. Der große Staatsmann eines kapitalistischen Landes, dessen Staatsschuld an 9 Milliarden Rubel herangewachsen ist, hegte nämlich den genialen Plan, die Juden aus dem Getreidehandel und aus den Operationen der Staatsbank durch Ausnahmegeetze auszuschalten. Mit der russischen Kaiserin Elisabeth, von der wir jedenfalls durch die Kleinigkeit von anderthalbhundert Jahren getrennt sind, versuchte Stolypin zum Gees das fromme Prinzip zu erheben: „Von den Feinden des christlichen Glaubens will ich keinen irdischen Profit haben.“ Gegen diesen nationalistischen Idiotismus lehnte sich sogar Kozlowzew auf, der es als alter Finanzminister wohl versteht, daß der irdische Profit, wenn er auch vom Satan selbst herkommt, immer doch sehr nützlich und angenehm bleibt.

Der Stolypinsche Nationalismus befriedigte die „bodenstammigen“ Schmarotzer nicht, er reizte nur ihren Appetit. Zugleich wiegelte er wieder ganz Finnland auf, erbitterte die Polen und die Juden. Die Arbeitermassen fingen an, sich von der Erstarrung loszumachen. Ausstände verbreiteten sich, die Unzufriedenheit bemächtigte sich der Volksmassen, die Sozialdemokratie gewann an Boden. So stand Stolypin angesichts der Wahlen zu der vierten Duma da, ohne Eroberungen oder Erfolge, ohne Programm, ohne bestimmtes Ziel, sogar ohne effektvolle Geste, — als vollkommener Bankrotteuer. Aber das Schicksal blieb noch immer seinem Günstling hold: gerade in diesem Moment kam die gefällige Kugel des Terroristen aus der Dschirana und entthob den Gewalthaber der Aufgaben, denen er auch enfernt nicht gewachsen war. Und somit hatte er noch das Glück, nicht als pensionierter Geheimrat, sondern als Märtyrer der Staatsidee zu sterben.

Kozlowzew löst ihn jetzt ab. Auf seine schwachen Beamtenschultern übernimmt er Stolypins Erbschaft. Ein trodener und langweiliger Finanzmensch, die Mittelmäßigkeit selbst, wird Kozlowzew gewiß keine Sterne vom Himmel herunterreißen und keine neue Wege bahnen. Auf monche „Exzesse“ des Nationalismus wird er gewiß verzichten müssen, denn er ist zu nahe mit der Börse verbunden, um die Möglichkeit zu haben, jeden Rubel nach seiner Konfession und nach dem Kommunionschein zu befragen. Aber in allem, was das Wohl und Wehe der Massen angeht, wird er der Vertreter derselben wildesten sozialen Reaktion bleiben, wie es sein Voraänger war. Wenn er den Schwarzhundertkern in Kiew auch den Pogrom aus Anlaß des Attentats untersagt hat, womit er übrigens ganz offen bestätigte, daß die Pogroms nur mit Bewilligung der Regierung zustande kommen können, so wird er in seiner polizeilichen Vorniertheit versuchen, ebenso die Arbeiterstreiks zu „untersagen“. Die Galgen, die Buchhäuser und die Ketten werden unter Kozlowzew ebenso wichtige Werkzeuge der Regierungskunst bleiben wie unter Stolypin. Und Kozlowzew wird sicher nicht weniger hilflos wie sein Voraänger den elementarsten Aufgaben der historischen Entwicklung gegenüberstehen, nur daß seine Hilfslosigkeit mehr profaisch und weniger theatralisch zum Ausdruck gelangen wird. Wie der Mann am Ruder aber auch heißen mag, das große Braut feuert mit Sicherheit einer neuen Katastrophe entgegen.

Der Krieg.

Das italienische Expeditionskorps hat die Stärke eines kriegstarken Armeekorps. Es umfaßt zwei Divisionen Infanterie zu je zwei Brigaden. Die Brigade hat zwei Regimenter. Außerdem sind jeder Division drei Schwadronen Kavallerie zugeteilt. Weiter stehen dem Oberkommando noch zwei Verlagliert-(Schützen-)Regimenter, ein Regiment Feldartillerie zu sechs mit Kruppischen Geschützen ausgerüsteten Batterien, ferner einige Batterien Gebirgsartillerie, eine Anzahl Maschinengewehrabteilungen sowie eine Abteilung Festungsartillerie zur Verfügung. An technischen Truppen werden dem Expeditionskorps mitgegeben ein Bataillon Pioniere, eine Telegraphenkompanie und Personal zur Anlegung von Feldtelefunkenstationen.

Der Oberbefehlshaber ist der General Caneva. Die acht Infanterieregimenter haben auf Kriegsfuß je 3000 Mann, d. h. jede Kompanie zählt 250 Mann. Die gesamte Stärke des Expeditionskorps wird sich auf 40 000 Mann belaufen.

Es ist das im Verhältnis zu den schwachen türkischen Streitkräften in Tripolis eine stattliche Macht. Ob sie aber für einen etwaigen Guerillakrieg im Innern genügen wird, sei aus den schon früher von uns dargelegten Gründen dahingestellt. Jedenfalls sind die Nachrichten, die phantastisch begabte italienische Berichterstatter über die Unterwerfung von Arabern in die Welt setzen, mit größter Vorsicht aufzunehmen. Das Verhalten der Küstenaraber, die im Banne der großen italienischen Schiffsgeschütze stehen, ist noch lange nicht maßgebend für die Araber- und Berberstämme von Jezan und im Innern der Skyrenia.

Vorläufig sehen die italienischen Kriegsschiffe ihre gefahrlosen Schleichjagden auf verschiedene Punkte der tripolitischen Küste fort. Ob sie damit die Eingeborenen einschüchtern oder nur ihrem eigenen Selbstdrange auf echt südlich-lauter Weise Luft machen wollen, ist schwer zu entscheiden. Auch von Scharmüheln zwischen Landungstruppen der Italiener und türkischen Recognoszierungsabteilungen wird berichtet, bei denen sich, natürlich immer nach italienischen Berichten, die Türken zu Duzenden totschießen und zu Hunderten verwunden lassen, ohne den Italienern nur ein Haar zu krümmen. Auch die Meldungen von einer Desorganisation der türkischen Truppen und von zahlreichen Desertionen sind vorläufig nicht ernst zu nehmen. Wenn die Regimenter des Generals Caneva erst in das Bergland südlich von Tripolis vorgerückt sein werden, wird sich wohl zeigen, ob die Türken sich einfach abziehen lassen oder in hellen Haufen zum Feinde übergehen.

Scharmühel in Tripolis.

Rom, 11. Oktober. Ueber den Angriff der türkischen Truppen auf Tripolis in der Nacht vom 9. auf den 10. Oktober bringt die „Agenzia Stefani“ folgende ausführliche Mitteilung: Gegen 1 1/2 Uhr morgens wurde der italienische Posten bei dem Dumilliana-Brünnen von Türken angegriffen. Nach einem etwa eine halbe Stunde währenden Gefecht zogen sich die Angreifer unter Verlusten zurück und ließen auf dem Kampfplatze Tote, Verwundete und mehrere Gewehre. Ein verwundeter Türke, der gefangen genommen wurde, erklärte, daß die angreifende Streitmacht aus zwei Abteilungen Infanterie, einer Abteilung Kavallerie, im ganzen 800 Mann, bestanden habe. An dem Kampfe nahmen auch die Schiffsgeschütze der „Sardagna“ und des „Carlo Alberto“ teil, die nach vorher verabredeten Signalen feuerten. Die italienischen Matrosen legten Proben von großem Mut und von Kaltblütigkeit ab. Eine im Morgengrauen ausgeführte Recognoszierung ergab, daß in dem Gelände vor der ganzen italienischen Front vom Feinde nichts zu sehen war.

Milano, 11. Oktober. „Corriere della Sera“ meldet aus Tripolis vom 7. Oktober: Der Rückzug der türkischen Truppen glich einer planlosen Flucht. Der Oberkommandierende, General Munir Pascha hat mit dem Generalstabschef Obersten Kiemal und dem Befehlshaber der Artillerie mit einigen hundert Mann zunächst den Weg nach Sania an der tunesischen Grenze eingeschlagen, sich dann aber nach Süden gewandt. Es hat den Anschein, als ob die Türken beabsichtigen, sich in die Ebene von Tripolis umgebenden Gebirge zurückzuziehen. Wagen und Kanonen wurden in den Dafen zurückgelassen. Ihre Proviantvorräte reichen höchstens noch zwanzig Tage aus, ihre Ergänzung ist wegen des Mangels an Zufuhrstrahlen sehr schwierig. Der erste Ansehn, als ob die Türken nach einem bestimmten Kriegspläne handelten, bestätigt sich angesichts der völligen Zerstreung der Truppen augenscheinlich nicht.

Eine italienische Kundmachung.

Rom, 11. Oktober. „Messagero“ veröffentlicht eine Proklamation des Admirals Farabelli an die Einwohner von Tripolis, in der er bekannt gibt, daß die durch das Bombardement entstandenen Schäden ersetzt werden sollen. Die Aushebung von Rekruten wird abgeschafft und wirtschaftliche Verbesserungen werden durchgeführt werden, die freie Ausübung der Religion sowie die Frauen und das Eigentum werden respektiert werden.

Auflösung der Kammer und Staatsstreik!

Konstantinopel, 11. Oktober. In politischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß die Regierung die Kammer gleich nach Eröffnung auflösen und Neuwahlen auf Grund einer neuen Wahlordnung durchführen werde.

Da die Aushebung von Freiwilligen, besonders in Saloniki, Aufregung hervorgerufen hat, hat sich die Regierung entschlossen, die Aushebung zu verbieten.

Italien und die Vermittlungsdaktion.

Wien, 11. Oktober. Der italienische Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ erhielt von maßgebender Seite die bündige Versicherung, daß Italien einem Vergleich, der die Annexion von Tripolis nicht ausdrücklich anerkennt, auf keinen Fall seine Zustimmung geben werde, da der Versuch, die beiderseitigen Interessen auf freundschaftlichem Wege festzulegen, an der Hartnäckigkeit der Türkei gescheitert sei. Die Türkei müsse jetzt die Folgen dieser Hartnäckigkeit tragen.

Der Vatikan und der Raubzug.

Der römische Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ weist neuerdings darauf hin, daß die Banca di Roma, eine Bank, die ganz vom Vatikan abhängig ist, dank ihrer mächtigen Einflüsse seit Jahren in Tripolitani ungebührliche Ländereien „aufkauft“, Kornmühlen und andere industrielle Unternehmungen gegründet und finanziert, ja sogar eine Zweigstelle der Bank errichtet hat. Man hat also deshalb in Rom alle Ursache, für den Untergang der Türken zu beten und das deutsche Zentrum, das im Widerspruch zu Rom für die Türken betet, hat vielleicht von dieser profitablen Gräueltat der frommen Bank nichts gewußt.

Dazu kommt noch, daß der Vatikan bedeutende kirchliche Interessen in Tripolitani schütten muß. Mit auffallendem Eifer hat er in aller Stille seit einigen Jahren, vom Augenbilde an, da man im Quirinal die Augen auf Tripolitani warf, überaus zahlreiche Missionschulen und Missionskirchen, Missionshospitäler und andere frommen Institute aller Art errichtet.

lassen, und sogar die drei französischen Missionen wollen sich unter dem Schutz Italiens stellen und die Präferenz in eine apostolische Delegation verwandeln, deren Inhaber bischöflichen Rang haben. — Ferner hat der General der Kapuziner — um den Vatikan im Quirinal in gutes Licht zu bringen — den in Tripolis weilenden Missionären des Ordens die Weisung gegeben, das Land nicht zu verlassen, um Italiens Soldaten helfen zu können. Ebenso hat der Franziskanerabt Roffetti, Apostolischer Prälat in Tripolis, im Namen seiner kirchlichen Behörde dem Minister erklärt, daß die gesamte Mission der italienischen Armee und Regierung in allem, was sie ihr nützen könnte, zur Verfügung stehe.

Am dem Haupt- und Vandalenreiche ist also das päpstliche Rom ganz hervorragend direkt beteiligt und interessiert! Es betet aus reiner Profitgier für die Folgen Italiens und vergißt sogar bei dem Verfolgen dieser Profitinteressen die sonst so laut ausgesprochene „Feindschaft“ zwischen Quirinal und Vatikan. Auf dem Umwege der wirtschaftlichen Interessen findet sogar eine freundliche Annäherung der Gegenseite zwischen weltlicher und kirchlicher Macht statt, wovon aber die deutschen Katholiken nichts erfahren dürfen, weil bei ihnen die Fiktion von der „Gefangenhaltung des Papstes“ künstlich gepflegt werden muß, schon damit der einträgliche „Peterpfennig“ nicht ausbleibe. In Deutschland nähert sich das Zentrum den Übergläubigen von „Gegensätzen“ zwischen Vatikan und Quirinal, in Wirklichkeit gehen beide Hand in Hand in Tripolitarien gegen die Türken vor, um ihre unerfüllliche Gargier zu stillen! Eine prächtige Komödie, die da den Frommen vorgespielt wird. Es fragt sich nur, wie lange sich die deutschen Zentrumsanhänger dieser Unfug noch gefallen lassen werden.

Eine Tripolitanerinterpellation im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 11. Oktober. Abgeordnetenhaus. Graf Apponyi interpellierte die Regierung, ob sie oder andere neutrale Mächte im Sinne der Haager Konvention vom Jahre 1864 und 1907 vor dem Ausbruch des Krieges oder später bei Italien und der Türkei Schritte zur Vermeidung von Feindseligkeiten unternommen hätten. Falls nicht, ob der Minister des Reiches nicht jetzt eine freundschaftliche Vermittlung beabsichtige. Endlich fragte der Redner, ob die Monarchie Garantien empfangen habe, daß der Krieg nicht auf Territorien und Meere übergreifen werde, welche die österreichisch-ungarische Interessensphäre berührten.

Truppenlandung.

Rom, 11. Oktober. Die die „Agenzia Stefani“ mittels, ist die erste Abteilung der nach Tripolis geschickten Truppen heute mittag dort eingetroffen und glücklich gelandet.

Zur Lebensmittelteuerung.

Teuerung und Großhandelspreise.

Während die Kommunen über Maßregeln zur Vinderung des aus den hohen Detailpreisen sich ergebenden Notstandes beraten, sich aber ängstlich hüten, dem Kleinhandel ernsthaften Wettbewerb zu machen, stellt sich immer mehr heraus, daß im Detailverehr die Preise viel rascher und allgemeiner in die Höhe gegangen sind als im Großhandel. Der August 1911 hat eine weitere Steigerung der Haushaltungskosten gegen Juli gebracht. Auch das Warenpreisniveau im Großhandel hat sich gehoben, aber doch wesentlich weniger als das im Kleinverehr. Auch den offiziellen Notierungen des kaiserlichen statistischen Amtes ist im August das Preisniveau der vegetabilischen Nahrungsmittel im Großhandel durchgegangen. Der Rückgang ist allerdings nicht groß, und es besteht auch noch eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr; endlich handelt es sich vielleicht auch nur um eine vorübergehende Bewegung, aber jedenfalls drückte sich diese Ab- schwächung in den Detailpreisen nicht aus. Die Senkung des Preisniveaus ist durch den Weizenpreis veranlaßt, der gegen Juli ziemlich merklich zurückgegangen ist. Roggen ist etwas teurer geworden, während der Kartoffelpreis sich auf der Höhe des Juli gehalten hat.

Die Preise von Schlachtvieh haben nach den Großhandelsnotierungen im August angezogen. Und zwar kommen die Erhöhungen des Preises für Schweine und Rinder für den Volkshaushalt stärker in Betracht, als die Ermäßigung des Minder- und Hammelpreises. Wieder ist besonders auffallend, daß die Preise des Schlachtviehes niedriger stehen als im Vorjahre, was für den Detailverehr abermals nicht zutrifft. Merklich höher als im Vorjahr und im Vormonat standen im August die Preise von Kaffee und Zaba, während die Steigerung der Zuckerpriese sich erst im September durchsetzte. Gerade hier konnte man deutlich beobachten, wie im Kleinverehr die Zuckerpriese schon anzogen, bevor noch entschieden ist, ob sich denn der hohe Preisstand für Zucker überhaupt halten läßt. Von den anderen Waren des Großhandels, die für den Volkshaushalt besonders wichtig sind, zeigten die Textilrohstoffe eine wichtige Richtung, was hauptsächlich auf das Sinken des Baumwollpreises zurückzuführen ist. Aber auch Jute und Seide haben im Vergleich zum Juli einen Abgang erfahren. Die Preise von Steinkohlen, Petroleum und Rohisen sind stabil geblieben, ergeben dagegen im Vergleich zum Vorjahr einen kleinen Rückgang.

Freisinn und Teuerung.

Das Frankfurter Stadtparlament beschäftigte sich am Dienstagabend erneut mit der Teuerung. Der Magistrat beantragte — angeregt durch eine sozialdemokratische Interpellation in einer früheren Sitzung — die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Beratung der mit der Lebensmittelteuerung zusammenhängenden Fragen. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion stellte hierzu — wie bereits kurz telegraphisch gemeldet — den Antrag, der Kommission einen Kredit von 100 000 M. zur Verfügung zu stellen.

In der ersten Sitzung der Stadtverordneten, in der die Teuerung und Abwehrmaßregel besprochen wurde, hatten unsere Genossen beantragt, den Magistrat zu ersuchen, eine Hilfsaktion vorzubereiten durch Bezug von guten und billigen Lebensmitteln (Brot, Kartoffeln, Erbsen, Linsen usw.) und Abgabe an die ärmere Bevölkerung, ohne daß dies als Armenunterstützung angesehen wird.

Dieser Antrag ging den Fortschrittler und übrigen bürgerlichen Stadtverordneten zu weit. Der Vorsitzende der Fortschrittlichen Volkspartei, Herr Fund, erklärte, Staat und Reich müßten eingreifen, die Gemeinde könnte da nicht viel tun. Er sagte wörtlich: „Wir bezweifeln, ob es möglich sein wird, mit einem immerhin schwerfälligen Beamtenapparat Lebensmitteln billiger zu beschaffen, als das den dazu berufenen Faktoren möglich sein wird. Es müßte mit einem Defizit gerechnet werden, das bei den in Betracht kommenden Mengen sehr groß sein würde. Ob es am Platze ist, auf Kosten der Steuerzahler einen solchen Versuch zu machen, muß bezweifelt werden.“

Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen alle bürgerlichen Stimmen abgelehnt.

Das war am 19. September. Unterdessen kamen von zahlreichen Städten im Lande die Meldungen, daß diese das, was der sozialdemokratische Antrag verlangte, durchzuführen. Das zeigte wohl den Fortschrittler, wie erbärmlich ihre Haltung im Frankfurter Rat-

haufe war. Und die „Frankfurter Zeitung“ sagte nun, wie wenig die Frankfurter Stadtverwaltung bis jetzt zur Bekämpfung der Teuerungsbewegung getan hat. Also ein Umschwung gegen die Haltung der freisinnigen Stadtverordneten.

Wer aber nun geglaubt hätte, die Fortschrittler würden jetzt auch für den sozialdemokratischen Antrag auf Kreditgewährung von 100 000 M. für die Kommission stimmen, der wurde gründlich getäuscht. In der Praxis und Theorie ist bei den Freisinnigen ein so großer Unterschied, und einen sozialdemokratischen Antrag aufzunehmen, ist für diese Herren zu schwer. Wohl schickten sie an Stelle von zwei interessierten Mehrgemeinern und des Herrn Fund Redner vor, die mehr sozialpolitisches Verständnis hatten und ohne weiteres zugaben, daß etwas getan werden muß, und auch sonst schöne Worte fanden. (Es wurde nun dasselbe verlangt, was der erste sozialdemokratische Antrag wollte.) Die Kreditgewährung wurde aber von ihnen abgelehnt. Mit der Begründung, man müsse erst abwarten, welche Maßnahmen die Kommission ergreifen wolle. Umsonst betonten die sozialdemokratischen Redner, daß die 100 000 M. doch nur ein Betriebskapital sein sollen, das zum größten Teile wieder eingeht. Es müsse schnell gehandelt, der Einlauf von Lebensmitteln schon jetzt vorgenommen und die Sache nicht durch wochen- und monatelange sich hinziehende Beratungen hinausgeschoben werden. Alle Begründung half nichts. Die Herren klagten, mit dem sozialdemokratischen Antrag werde „die Einigkeit“ gefährdet, man solle ihn zurückziehen. Das taten unsere Genossen selbstverständlich nicht und so wurde er einmütig von den Bürgerlichen abgelehnt. Nur die Sozialdemokraten stimmten für ihn. Die Einsetzung der Kommission wurde einstimmig beschlossen. Das war mal wieder eine echt „freisinnige“ Tat, wie man sie in Frankfurt a. M. gewöhnt ist.

Oberbürgermeister Adikes hatte sich natürlich vorher auch gegen den sozialdemokratischen Antrag gewandt. Er erinnerte die freisinnige Mehrheit daran, daß sie neulich den sozialdemokratischen Antrag auf Beschaffung von billigen Lebensmitteln abgelehnt. Die Herren würden doch wohl konsequent bleiben und den neuen Antrag der Sozialdemokraten, der eine Verschärfung des ersten sei, auch ablehnen. Er glaube nicht, daß der Magistrat der Bewilligung einer Geldsumme zustimmt. Doch jetzt schon eine Unterstützungsaktion eingeleitet werde, dafür fehlen alle Voraussetzungen. Uebrigens beziehe der Magistrat in Verbindung mit dem Institut für Gemeinwohl 30 Waggons Kartoffeln, die zum Selbstkostenpreis abgegeben werden sollen.

Der Oberbürgermeister hatte die Freisinnigen richtig eingeschätzt. Sie zeigten sich als treue Magistratsgruppe. Was nun aus den Beratungen der Kommission herauskommen wird — darauf kann man gespannt sein. Vielleicht ebenso viel wie aus denen der Reichskommission, die vor vielen Monaten eingesetzt wurde, und auf deren Vorschläge man vergeblich wartet.

Maßnahmen in Gera gegen die Lebensmittelteuerung.

Wie wir bereits mitteilten, haben Gemeinderat und Stadtrat von Gera (Nach) nicht nur eine Eingabe an den Landesrat und die Staatsregierung gerichtet, sondern auch eine gemischte Deputation eingesetzt, die darüber beraten sollte, was die Stadt selbst gegen die Teuerung tun könne und müsse. Diese Deputation hat folgendes beschlossen:

Die Fleischversorgung zu fragen, ob sie den Verkauf guten ausländischen Fleisches zu angemessenen Preisen übernehmen wolle, und mit Gehaltssteuern wegen des Verkaufes billiger Seefische und Kartoffeln in Verbindung zu treten. Für den Fall, daß sich die Verhandlungen zerschlagen sollten, soll die Stadt selbst den Bezug und Verkauf der genannten Nahrungsmittel übernehmen.

Hingugefügt sei, daß die Stadt Gera schon im vorigen Jahre festes dänisches Dänkefleisch für eigene Rechnung an die Bevölkerung verkauft hat.

Die Beamten und die Teuerung.

Der „Bund der Festbesoldeten“, eine Beamtenorganisation, nahm Stellung zur Teuerung und beschloß, von der Regierung wie von den Gemeinden Teuerungszulagen für die Beamten für die Dauer der Teuerung zu verlangen. Falls die erbetene Hilfe versagt wird, soll der Bund die Selbsthilfe organisieren. Es soll mit allen Mitteln auf die Schaffung von Konsumvereinen, Einkaufsgenossenschaften usw. hingewirkt werden.

Ein Tendenzurteil.

Eine Anklage gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Parth, die schon einmal das Gericht beschäftigte, aber verjagt wurde, kam gestern zur erneuten Verhandlung vor der ersten Strafkammer. Parth ist wegen Verleumdung des Sergeanten Schmanna vom 2. Garderegiment zu Fuß angeklagt. Den Strafantrag hat der Regimentskommandeur gestellt. Die Verleumdung soll begangen sein durch die angeblich unwahre Mitteilung in einer am 18. Januar veröffentlichten Lokalnotiz, worin gesagt wird, ein Fahnenführer (das ist der Sergeant Schmanna) habe einen vor einer marschierenden Truppe stehenden 9-10jährigen Knaben dermaßen geohrfeigt, daß sich der Knabe mehrere Male überschlug.

Die Beweisaufnahme in der gestrigen Verhandlung drehte sich hauptsächlich darum, ob der Sergeant den Knaben geschlagen hat und ob dieser infolge des Schläges oder aus anderer Ursache gefallen ist. Die drei Soldaten (jetzige Reservisten), welche zur Zeit des fraglichen Vorganges mit dem Sergeanten marschierten, sagten, der Sergeant habe den Jungen, der vor ihnen herumtänzelte, fortbringen wollen und ihn durch eine Handbewegung zur Seite geschoben. Der Junge sei hingefallen, aber weniger infolge der Berührung durch den Sergeant, als infolge seiner eigenen Bewegung. Sergeant Schmanna behauptet, er habe mit der Hand eine Bewegung nach dem Jungen gemacht, ihn aber nur mit den Fingerringen am Schulterriemen berührt. Gefallen sei der Junge über seine eigenen Beine. Doch er den Jungen geschlagen habe oder auch nur habe schlagen wollen, bestreitet Sergeant Schmanna ganz entschieden. Schließlich gab er auf Vorhaltungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld zu, daß die Armbewegung, die er nach dem Knaben machte, nicht allzu sanft gewesen sei.

Vier Zivilzeugen, die dem Vorgange als Augenzeugen beizuwohnen, hatten einen anderen Eindruck von der Hand- und Armbewegung des Sergeanten Schmanna. Der erste dieser Zeugen, ein pensionierter Unterbeamter, machte die Bewegung vor. Sie muß demnach eine ziemlich kräftige gewesen sein. Der Zeuge ist auch der Meinung, daß der Junge infolge des Schläges gefallen ist. Der zweite Zeuge, ein Zimmerer, sagte, der Junge bekam von dem Sergeant einen Stoß ins Gesicht und fiel infolgedessen drei bis vier Meter weit auf den Straßendamm, wo er drei- bis viermal herumtrudelte und dann aufsprang und davonlief. — Auf Vorhaltungen des Vorsitzenden und des Ersten Staatsanwalts sagte der Zeuge schließlich, er könne zwar nicht mit Sicherheit behaupten, daß der Junge mehrmals herumtrudelte, aber er habe heute noch die Vorstellung, daß es so gewesen sei. — Der dritte Zeuge, ein bejahrter Drechslmeister, hat gesehen, daß der Junge von dem Sergeanten einen

wichtigen Schlag bekam und infolge des Schläges hinstürzte. Ueber-schlagen habe sich der Junge nicht. — Uebereinstimmend haben diese drei Zeugen an, daß die Handlungsweise des Sergeanten lebhaft Entrüstung im Publikum hervorgerufen habe.

Der Erste Staatsanwalt Steinbrecht vertrat die Ansicht, der Wahrheitsbeweis sei nicht erbracht und beantragte eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld kam nach eingehender Würdigung der Beweisaufnahme zu dem Ergebnis, der Wahrheitsbeweis sei vollkommen gelungen mit Ausnahme des einzigen Punktes, daß sich der geschlagene Knabe mehrmals überschlug. Auch dieser Punkt würde erwiesen werden können, wenn nicht der Angeklagte als Redakteur sich verpflichtet fühlte, seine Gewährsmänner, die den Vorgang am genauesten gesehen haben, nicht als Zeugen anzugeben. Diese Gewährsmänner hätten als Beauftragte des Publikums, welches sich über den Vorgang entrüstete, den Angeklagten mit der Veröffentlichung beauftragt. Demnach habe der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und müsse freigesprochen werden, selbst wenn der Wahrheitsbeweis nicht völlig gelungen wäre. Das beantragte Strafmaß sei in seiner Weise zu rechtfertigen, auch wenn man mit dem Staatsanwalt annehmen wollte, der Wahrheitsbeweis sei nicht erbracht. Der vom Angeklagten besprochene Vorgang sei an sich höchst gleichgültig und wenn bei einer derartigen Mitteilung ein unwesentlicher Irrtum unterlaufe, so sei das etwas, was jeder Zeitung, gleichviel welcher Richtung, fast täglich passiere ohne daß deshalb Anklage erhoben werde.

Parth beantragte ebenfalls seine Freisprechung. Der Staatsanwalt glaubte besonders feststellen zu müssen, daß der Strafantrag vom Regimentskommandeur — nicht von der Staatsanwaltschaft — gestellt sei. Das bestreitet niemand, aber der Ver-anlasser derartiger Strafanträge ist, wie wiederholt gerichtlich festgestellt wurde, die Staatsanwaltschaft. U. illustrierte weiter das keineswegs objektive Verhalten der Staatsanwaltschaft. In dieser Sache sei sein Antrag, eine Voruntersuchung zu veranlassen, abgelehnt worden. Es seien nur die Aussagen der Soldaten, nicht aber die Aussagen der von ihm benannten Zeugen in die Akten gekommen. Auch in der Hauptverhandlung sei der Staatsanwalt den Zeugen des Angeklagten von vornherein mit Mißtrauen entgegengetreten. So sei das borige Mal ein 20jähriger Zeuge, als er die Stunde des Vorgangs nicht angeben konnte, gefragt worden, ob er an jenem Tage einen Frühshoppen getrunken habe, und der Zeuge, der heute sagte, der Junge sei infolge des Schläges gefallen und getrunken, sei vom Staatsanwalt gefragt worden, ob er damals etwas getrunken hatte. Trotz des Mißtrauens gegen die Zeugen des Angeklagten sei die Fährung des Wahrheitsbeweises in vollem Umfange gelungen.

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Schmidt verurteilte das Urteil des Gerichts dahin: Die Behauptung, der Sergeant Schmanna habe den Knaben geohrfeigt, daß er sich mehrmals überschlug, sei nicht erwiesen. Daraus sei der Sergeant befreit. Berechtigte Interessen habe der Angeklagte nicht wahrzunehmen gehabt. Es frage sich, ob auf Geld- oder Gefängnisstrafe zu erkennen sei. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß der Vorgang im großen und ganzen im „Vorwärts“ richtig geschildert sei. Da aber in der Notiz eine Tendenz zum Ausdruck komme, die gegen das Militär gerichtet sei, so habe sich das Gericht nicht zu einer Geldstrafe entschließen können, sondern den Angeklagten auch mit Rücksicht auf seine vielen Gefängnisstrafen zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Also Beurteilung, wievohl der Vorfall selbst auch nach Ansicht des Gerichts „im großen und ganzen“ richtig geschildert ist und Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe wegen der vermeintlichen Tendenz des Angeklagten. Eine gerechte Justiz soll ohne Rücksicht auf die Person des Angeklagten lediglich mit Rücksicht auf die zur Anklage gestellte Tat urteilen und ein gerechter Richter soll sich, wie sich wohl einer der trefflichsten der altpreußischen Richter Grolmann ausdrückte, insbesondere in politischen Prozessen davor hüten, seine der des Angeklagten entgegenstehende, politische Ansicht zum Maßgeber zu machen. Tendenzprozesse, Prozesse und Urteile, in denen mehr die politische Tendenz des Angeklagten als die vermeintliche Verletzung der Rechtsordnung verfolgt wird, widersprechen den elementarsten Grundgesetzen gesunden Rechtsempfindens. Sie sind ein Zeichen für die Delabierung der herrschenden Gesellschaftsordnung. Von diesem Standpunkt aus begründen wir die offene Anerkennung des Gerichts, daß die Tendenz des Angeklagten das Objekt für die Strafverfolgung und Strafhöhe gebildet hat. Und das wievohl die wirkliche Tendenz des Angeklagten und des „Vorwärts“-artikels gründlich verkannt ist. Unsere Tendenz ist nicht gegen das Militär, sondern gegen die Mißstände im Militär, gegen die Mißstände gerichtet, die das herrschende Militärsystem nach sich zieht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Oktober 1911.

Die Marokkoverhandlungen.

Die beiden Regierungen sind also doch mit den „redaktionellen Änderungen“ fertig geworden und die „Nordd. Allg. Zig.“ veröffentlicht heute folgende Note:

Der auf Marokko bezügliche Teil des deutsch-französischen Abkommens ist heute hier paraphiert worden. Die damit zusammenhängenden Kompensationsverhandlungen sind wieder aufgenommen worden.

Hoffentlich dauert der Schacher um die „Fieberlumpen“ des Kongo etwas weniger lange als der um die Mineralinteressen der Herren Rammesmann.

Ehrengerichtliches Verfahren gegen Dr. Karl Liebknecht.

Das Ehrengericht der Anwaltskammer für die Provinz Brandenburg trat gestern unter dem Vorsitz des Geh. Justizrats Dr. Krause zusammen, um gegen unseren Genossen Dr. Karl Liebknecht über die eigenartige Anklage zu verhandeln, deren Erhebung das Ehrengericht befallig abgelehnt hatte. Als Beisitzer fungierten Geh. Justizrat Jacobsohn und die Justizräte Stubenrauch, Zornier und Visco. Die Anklage vertrat der Generalstaatsanwalt Supper und der Oberstaatsanwalt Rämpfer. Die Anklagebehörde verlangte eine Bestrafung mit 3000 Mark Geldstrafe und einen Verweis. Das Ehrengericht erklärte: In den Verleumdungen und scharfen Ausdrücken gegen den Baron mag der Angeklagte gute Veranlassung gehabt haben und könne deshalb nicht bestraft werden. Anders liege es mit den Vorwürfen gegen die preußische und heffische Regierung. Für diese habe er keine genügende Unterlagen gehabt. Deshalb müsse auf einen Verweis erkannt werden.

Diese Vorwürfe Liebknechts gegen die preußische und heffische Regierung bestehen in der Vertretung des Antrages auf dem Magdeburger Parteitag:

Der Parteitag brandmarkt die preussische und hessische Regierung, die den Repressalien gegen barbarische, geschloffen und hochverräterische Willkürherrschaft einer Empörung des deutschen Volkes durch Maßnahmen zu schuldig verurteilt, durch die die deutsche Gerechtigkeit rücksichtslos mit Füßen getreten werden und so auch in Deutschland eine barbarische Willkürherrschaft etablieren wird.

Die Verurteilung ist eine überraschende. Dasselbe Ehrengericht, das allerdings in anderer Besetzung die Erhebung der Anklage abgelehnt hatte, hat auf einen Verweis erkannt, weil es die Anklagen des Genossen Viebknecht über die deutsche und russische Regierung nicht teilt. Was hat die Wichtigkeit oder Unrichtigkeit der Ansicht eines Rechtsanwalts über die preussische oder hessische Regierung mit den Pflichten des Rechtsanwalts zu tun. Eine Kontrolle hierüber darf dem Ehrengericht nicht zustehen und steht ihm auch nicht zu. Die unablässigen Bemühungen der Anklagebehörde haben es also dahin gebracht, das außeramtliche Verhalten des Anwalts unter ehrenamtliche Zensur zu stellen. Einer solchen Auffassung steht das Gesetz und das Ansehen der Anwaltschaft selbst durchaus entgegen. Glaubt die Oberstaatsanwaltschaft oder glauben Anwälte, die politische Ansicht eines Anwalts bekämpfen zu müssen, so steht ihnen das an den Orten, die allgemein zur Austragung von Meinungsverschiedenheiten unter gestützten Leuten gewählt werden, frei. Ein solcher Kampf darf aber nicht in einem Ehrengerichtsverfahren geführt werden. Glaubt die preussische oder hessische Regierung, beleidigt zu sein, so stand es ihr frei, Strafantrag gegen den Genossen Viebknecht zu stellen. Wäre Genosse Viebknecht dann in einem ordentlichen Strafverfahren etwa verurteilt worden, so dürfte nach dem Gesetz ein Ehrengerichtsverfahren nur eingeleitet werden, wenn eine Verletzung der Pflichten des Anwalts in Tatsachen erblickt wäre, die außerhalb der Beleidigung selbst stehen. Man hat der öffentlichen Anklage im ordentlichen Verfahren das geheime ehrengerichtliche Verfahren vorgezogen. Das Ehrengericht hat durch seine Verurteilung die Rechtsanwälte zu Würdigen zweiter Klasse gestempelt, die ihre Meinungen nur mit oberstaatsanwaltschaftlicher Genehmigung betätigen dürfen. Bezeichnend für den Charakter der Anklage selbst ist der oberstaatsanwaltschaftliche Versuch, durch hohe Geldstrafen die Ausräumungen der Ansicht des sozialdemokratischen Gegners zu verhindern. Wie tief steckt Deutschland doch noch in russischer Barbarei!

Der bayerische Bauerndoktor Heim gegen das agrarische Zentrum.

Im bayerischen Landtag wird bekanntlich seit einigen Tagen über die herrschende Teuerung verhandelt. Den Beschluß der Dienstag-Abend Sitzung bildete eine sensationelle zweifelhafte Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Heim. So sehr er sich bemühte, durch demagogische Polemik gegen die Sozialdemokratie und durch Wiederholung bekannter schuzöllnerischer Argumente die Schärfe seines Angriffs gegen die bisherige konservativ-merikale Agrarpolitik zu verhüllen, so unabweisbar war das Geständnis, daß diese Politik durch Verteuerung der Produktionsmittel bauernfeindlich gewirkt habe. Als Redner und Bekehrer bekannte er sich selbst. Mit ähndem Hohn geißelte er die „allgemeinen Mächtyen“ seines Fraktionskollegen Pichler und der Regierung. Noch sei kein Notstand da, aber im Frühjahr werde eine wirklich gefährliche Not in Vieh und Fleisch eintreten. Außerordentliche Maßnahmen seien geboten; sonst würde sich die allgemeine Empörung gegen die Bauern erheben. Gegen die Einfuhr von argentinischem Fleisch sei nichts einzuwenden, aber größere, dauernd wirkende Mittel seien notwendig: Verbilligung der bäuerlichen Produktionskosten durch Aushebung der Mais- und Futtermittelzölle, durch Einführung eines tiefgreifenden Systems gemeindlicher Fleischversorgung, durch umfassende Landeskultur und vernünftige Produzentenorganisation. Mit leutschastlichem Hohn griff er die Regierung an, die die bauernlegenden und bauernvernichtenden Junker noch mit Orden und Verufungen in den Reichsrat auszeichne. Mit Kammingen sei es nicht getan, Katten seien ja noch fruchtbarer; auch nicht mit dem Schwindel landwirtschaftlicher Ausstellungen und Preisprämierungen („Diplomatenviechern“).

Großes Aufsehen machte die Bemerkung Heims, daß er alle diese Ansichten schon im Reichstag habe vortragen wollen, aber nicht vortragen habe können. Er erhob also die Beschuldigung gegen die Zentrumsfraktion des Reichstags, daß sie ihn verhindert habe, bäuerliche Agrarpolitik im Reichstage zu treiben.

Gegen Teuerung und Lebensmittelwucher

nahmen am Dienstagabend im Städtelkomplex Hamburg-Altona-Bandsbeck neunzehn zahlreich besuchte Frauenversammlungen Stellung. Ueberall gelangte eine Resolution zur Annahme, in der vom Reich, Staat und Gemeinde gefordert wird:

1. Die Beseitigung oder wenigstens die zeitweilige Aufhebung der Pölle auf Lebensmittel jeder Art;
 2. die Aufhebung der Einfuhrzölle;
 3. die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch;
 4. die Organisation des Massenbezugs von unentbehrlichen Nahrungsmitteln (Kartoffeln, Getreide usw.) durch die Gemeinden, um sie im Kleinverkauf an die ärmere Bevölkerung abzugeben.
- Zerner wurde Propaganda gemacht für die politischen, gewerkschaftlichen und Konsumorganisationen der Arbeiter.

Anweisung zur Steuerdefraudation.

Die „Post“ jammert darüber, daß die Kapitalisten, die ihre Kapitalien in das Reichs- oder Staatsschuldbuch eintragen lassen, nicht genug vor den Steuerbehörden geschützt seien; das Blatt schreibt in Nr. 477 vom 11. Oktober unter der Überschrift:

Geheimhaltung des Staatsschuldbuchs:

„Wenn seitens der Staats- und Reichsregierung immer wieder angeregt wird, Kapitalisten in das Reichs- oder Staatsschuldbuch eintragen zu lassen, indem ausdrücklich hervorgehoben wird, daß den Antragsstellen in steuerlicher Beziehung keinerlei Auskunft erteilt wird, so erwartet der Staatsbürger auf Grund solcher Erklärungen unbedingt Geheimhaltung. In Wirklichkeit ist es hiermit jedoch sehr lächerlich bestellt. Sofern nämlich die Konteninhaber sich die halbjährlichen Zinsen durch Vermittelung der königlichen Kreisstellen zahlen lassen, erhält in jedem Falle der Kassenrevisor, der in den weitesten Fällen der königlichen Steuersekretär ist, bei seiner monatlichen Revisionstätigkeit Einblick in die Kassenbücher und somit Kenntnis von Zinszahlungen an Schuldbuchgläubiger. Falls auf die Tätigkeit der Kassenrevisoren einwirken noch nicht verzichtet werden sollte, obwohl deren Notwendigkeit in Rücksicht der königlichen Rentmeister, der Vertreter der königlichen Kreisstellen, nicht anerkannt wird, so müßte hier unbedingt Wandel geschaffen werden, indem man anderen Beamten am Kassensort, wie z. B. Kassensortkontrolloren oder Kreisstellenräten dieses Nebenamt überträgt. Der königliche Steuersekretär ist interessiert und wird, auch wenn zwei Seelen in seiner

Brust wohnen, kaum diese Aufgabenposten, die ihm für seine Einkommensteuerveranlagung wertvolle Auskunft geben, ohne Sondergedanken und ohne demnachstige amtliche Verwertung übergehen können.

Die geringe Beteiligung der Schuldbuchgläubiger an ländlichen und Kleinbürgerlichen Kreisen ist Beweis dafür, daß man die amtlich gedehnte Geheimhaltung beargwöhnt. Der vorstige Staatsbürger, der die verschlungenen Wege der Bureaucratie kennt, läßt sich als Schuldbuchgläubiger die Zinsen durch die Post senden. Er trägt hierbei das Lieberdingungsporto, das der andere weniger beschlagene Staatsbürger bei Abhebung durch die Kreisstelle eripart, hat aber nun die Gewähr, daß keine Steuerbehörde die Anlegung seiner Gelder im Staatsschuldbuch erfährt.

Und letzteres ist vielen, wenn nicht allen, das entscheidende Moment.“

Die Klage des kapitalistischen Scharfmacherorgans ist charakteristisch für das steuerliche Pflichtgefühl der besitzenden Klasse. Wenn man sich die tönenden Worte über die patriotische Steuerpflicht des Volkes vergegenwärtigt, die im preussischen Junterparlament fielen, als die Bestimmung in das Einkommensteuergesetz aufgenommen wurde, daß zum Zwecke einer genauen Erfassung des Einkommens der Arbeiter die Lohnlisten einzureichen sind, so könnte es scheinen, als wenn es für die Besitzenden gar kein höheres Ziel gäbe, als jeden Pfennig Vermögen und Einkommen ehrlich zu versteuern. Dagegen wird in der „Post“ geltend gemacht, daß die systematische Steuerbetrug, daß die Steuerdefraudation in großem Maße nicht genug von der Regierung begünstigt wird. Und die „Post“ springt mit Ratsschlägen zu Hilfe, wie der Steuerbeamte am besten hintergangen werden kann. In der Tat ein prächtiges Dokument zur Kennzeichnung unserer „Staatsräuben“. Man wird sich diese Jeremiade im Wahlkampfe nicht entgehen lassen dürfen.

„Fortschrittliche“ Politik.

Am Sonnabend und Sonntag hat in Königsberg der Parteitag der ostpreussischen Fortschrittspartei stattgefunden, auf dem die Herren Dr. Wiemer, Dr. Wachnick und Gehling Referate gehalten haben. Von den Verhandlungen ist nicht viel zu berichten. Es wurde, wie immer, vor allem die Kunst der Schaumschlägerei geübt. Herr Dr. Wiemer sagte unter anderem, falls neue Heeres- und Marineforderungen kommen sollten, so werde es unabweisbare Pflicht sein, dafür zu sorgen, daß die Deckung durch den Ausbau der direkten Steuern für das Reich, durch eine Reichserbschaftsteuer oder eine Reichsvermögenssteuer erfolge. Herr Wiemer denkt offenbar gar nicht daran, die neuen Heeres- und Marineforderungen strikt abzulehnen und zu fordern, daß die direkten Reichssteuern zur Entlastung des mit Steuern überhärdeten arbeitenden Volkes eingeführt werden. Er scheint die neuen Militärlasten bewilligen und nur zu deren Deckung direkte Reichssteuern fordern zu wollen. Eine derartige Politik ist volksfeindlich, und es ist ganz gut, daß die Fortschrittseute die Karten ein wenig aufgedeckt haben. Weiß doch das Volk, was es von ihnen zu erwarten hat.

Herr Wiemer hat auch auf dem Parteitage mitgeteilt, daß die Fortschrittliche Volkspartei in 150 Kreisen Kandidaten aufgestellt habe und daß ein Erfolg in 90 bis 100 Kreisen möglich sei! Große Hoffnungen! Wenn die Herren nur nicht bittere Enttäuschungen erleben. 1903 errangen sie in der Hauptwahl nicht ein Mandat und 1907 war es ihnen nur mit Hilfe der rechtsstehenden Parteien möglich, einige „Stöße“ zu feiern.

Herr Wiemer erklärte weiter, die Fortschrittler wollten eine warmherzige Arbeiterpolitik. Dabei haben noch in vergangener Woche die Kommunalreformungen in Königsberg den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt, alle Personen mit 600 bis 900 M. von der Gemeindesteuer zu befreien.

Am die Frauen für die Wahlarbeit zu gewinnen, hatten die Fortschrittler, die vom Frauenstimmrecht nichts wissen wollen, eine bürgerliche Dame einen Vortrag über das Reichstagswahlrecht halten lassen. Die Rednerin bekam es auch wirklich fertig, an die Frauen den Appell zu richten, durch ihre Mithilfe und ihre Begeisterung dem Liberalismus zum Sieg bei den Wahlen zu verhelfen.

Kunst und Kurrapatriotismus.

In Düsseldorf ist dieser Tage die diesjährige Kunstausstellung geschlossen worden. So etwas geht natürlich nicht ohne Reden und Aufwand offizieller Feierlichkeit ab. Oberpräsident Freiherr von Rheinbaben stellte der Ausstellung das Zeugnis vollen Gelingend aus. Der zahlreiche Besuch beweise, wie auch heute noch unser deutsches Publikum volles Verständnis für die Darbietungen echter und wahrer Kunst habe und wie es auch heute noch zu den Quellen ströme, aus denen ihm Erquickung komme, wenn nur diese Quellen reines Wasser sprudeln. Der Erfolg der Ausstellung möge ein Ansporn sein, dem alten Idealismus der Kunst treu zu bleiben und die Düsseldorfer Kunst auf ihrer alten Höhe zu halten, auf der Höhe ihres Ruhmes, ihres Schaffens.

Professor Pohle wies auf die politischen Sorgen der Ausstellungslitung hin. Wiederholt habe sich im Laufe des Sommers der politische Horizont geradezu bedenklich verdunkelt und die Ausstellungslitung könne von Glück sagen, daß sie ohne Krieg und Kriegsnot die Ausstellung habe zum Schluß führen dürfen. Das haben wir — so fuhr der Redner fort — der Weisheit einer hohen Staatsregierung, in erster Linie aber wohl der Herzengüte und Friedensliebe des Staatsoberhauptes, unseres allergnädigsten Kaisers, Königs und Herrn zu verdanken. Möchte auch ferner seiner Majestät beschieden sein, uns den Frieden so lang als möglich zu erhalten, zu Ruh und Frommen aller Kulturarbeit, also auch besonders unserer schönen Künste, deren Förderer und Beschützer unser Kaiser allzeit war und ist. Wenn es aber einmal anders kommen muß, dann folge Deutschland dem Rufe seines heiliggeliebten Kaisers, wie vor 41 Jahren dem Rufe weiland König Wilhelms I. freudig und begeistert Folge gegeben wurde. Dann werden Hoch und Niedrig, Reich und Arm sich Schulter an Schulter um das deutsche Banner scharen und geführt von unserem Kaiser ansziehen, um den Ehrenschild vor jedweder Befudelung zu schützen, zum Ruhme unseres hochverehrten und geliebten kaiserlichen Herrn und unsern lieben Vaterlande zur Ehre und zum Segen.“

Was ist lächerlicher: die ästhetischen Plattheiten des Gymnastikers Rheinbaben oder die kurrapatriotischen Verzerrungen des Malerprofessors?

Disziplinarverfahren gegen Pfarrer Traub.

Wie der „Dortmunder Zeitung“ aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, ist gestern vom Konsistorium in Münster das Disziplinarverfahren gegen Pfarrer Traub eingeleitet worden. Gleichzeitig ist ein Verfahren nach dem neuen Verleumdungsgesetz vor dem Spruchkollegium in Aussicht genommen.

Der Streit im Zentrum.

Am Dienstag fand eine Zentrumsvertrauensmänner-Versammlung für Schlesien unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Porsch statt. Die Versammlung nahm zu der Angelegenheit Oppersdorff Stellung. Es wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung

gegen alle Sonderbestrebungen erklärt, durch welche die in der jetzigen Zeit so notwendige Einheit der Partei gefährdet, das Vertrauen zur Parteileitung erschüttert und die Parteidisziplin gelockert wird. Die Resolution bedeutet eine Verurteilung des Grafen Oppersdorff.

Diesem Votum der Vertrauensmänner steht die „programmatische Erklärung“ entgegen, die eine von Laien und Alerikern besetzte Versammlung am 26. September in Ratibor beschloß und die Beibehaltung des katholischen Charakters der Zentrumsparlei forderte. Die Erklärung erhielt bis jetzt 1300 Unterschriften.

Scharfmacherisches Gerede.

Eine Anzahl Scharfmacherblätter berichten, daß die Schußfabrik des Reichstagsabgeordneten Genossen Faber in Frankfurt a. O. in Zahlungsunvermögen geraten sei und daß die Arbeiter, deren Zahl auf 80 angegeben wird, am letzten Dienstag plötzlich entlassen wurden. Die Arbeiter hätten es in der Fabrik niemals besonders gut gehabt und Faber wolle nun den Arbeitern auch noch den ihnen zustehenden Lohn nicht bezahlen. Wir erfahren hierzu folgendes: Faber hat sich allerdings mit seinen Gläubigern auseinandergesetzt — ein Vorgang, der im geschäftlichen Leben als etwas Alltägliches bezeichnet werden muß. Der Betrieb wird in beschränktem Maße weiter geführt und die Arbeiter werden der Anciennität nach wieder eingestellt. Am Tage der Betriebs-einstellung mußten die Arbeiter allerdings ihre Tätigkeit einstellen, doch ist über die Entschädigung zwischen beiden Teilen vollständiges Einverständnis erzielt worden.

Die revolutionäre Gärung in China.

Schon seit mehreren Wochen herrschten in einem großen Teil Südchinas revolutionäre Unruhen, gegen die die Regierung Militär aufbieten mußte. Nach blutigen Kämpfen scheint es der Regierung gelungen zu sein, der Bewegung Herr zu werden. Dagegen berichten heute Telegramme über revolutionäre Erfolge im Zentrum des Reichs. Die Aufständischen haben die Provinzialhauptstadt Wutschang erobert. Es liegen folgende Depeschen vor:

Peking, 11. Oktober. Die Revolutionäre haben sich Wutschang bemächtigt. Der Vizekönig ist entflohen. Der Kommandant der Truppen wurde durch eine Bombe getötet. Fünf ausländische Kanonenboote haben den Schuß von Hankau abernommen.

Die Truppen haben mit den Revolutionären gemeinsame Sache gemacht. In den europäischen Niederlassungen stehen alle unter Waffen. Ein amerikanischer, ein japanischer und zwei englische Dampfer liegen bereit, Frauen und Kinder aufzunehmen.

Jordanner der Kämpfe.

Wutschang, 11. Oktober. Innerhalb der Stadt ist Feuer ausgebrochen. Das Namen des Vizekönigs ist zerstört, der Vizekönig begab sich an Bord einer Privatjacht. Die Kämpfe zwischen Aufständischen und Regierungstruppen dauern an. Die Ausländer sind wohlbehalten. Die Führer der Aufständischen haben eine Proklamation erlassen, in welcher ihre Anhänger aufgefordert werden, die Ausländer nicht anzugreifen. Die ausländischen Konsuln haben telegraphisch um Unterstützung durch Kriegsschiffe gebeten. Es werden japanische und amerikanische Kreuzer erwartet. Heute nacht sind verschiedene Kanonenboote nach Hankau und Wutschang abgegangen. Die Handelsschiffe im Hafen liegen alle unter Dampf, und aus Vorsicht haben sich Frauen und Kinder heute nacht an Bord der Ausfahrtschiffe begeben.

Gegen die Dynastie.

Hankau, 11. Oktober. Der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen hat einen Tagesbefehl erlassen, in dem erklärt wird, daß von Chinesen die Verjagung der Mandchudynastie geplant werde, deswegen der Kriegszustand verhängt wird und Todesstrafe angedroht wird für die Unterstützung von Mandchuren, die die Ausländer schädigen, sowie für Ausschreitungen und Ordnungstörungen. Vor der Rede kreuzten drei chinesische Kriegsschiffe.

Oesterreich.

Die Teuerungsdébatté.

Wien, 11. Oktober. Abgeordnetenhause. Die Debatté über die Teuerungsanträge wurde heute fortgesetzt. Der Deutschnationaler Waber polemisierte gegen die getrige Rede des Ministerpräsidenten, der sich auf einen reinkapitalistischen Standpunkt gestellt habe. Er, Redner, müsse bedauern, daß gerade in einer so freitigen Zeit Freiherr v. Gautsich als Ministerpräsident in Oesterreich fungiere. (Zustimmung.) Der Redner warf der Regierung unaufrichtiges Vorgehen und Schwäche gegenüber Ungarn in der Fleischfrage vor und erklärte, der Ministerpräsident möge nicht worten, bis die revolutionäre Stimmung auch das Bürgertum erfasse. Die Deutschfreiwirtschaftlichen Friedmann, Denk und Janker begründeten ihre Anträge gegen die Lebensmittelteuerung und Wohnungsnot. Der Christlichsozialer Jerschabel erklärte, die Regierung möge endlich dem bedrängten Volke die ersuchte Hilfe bringen, sonst würden die Christlichsozialen nicht länger die Stütze einer Regierung bilden, welche die eingeborene christliche Bevölkerung von asiatischen Ausländern ausbeuten und geradezu verhungern lasse. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Frankreich.

Der Zusammentritt der Kammer.

Paris, 10. Oktober. Wie verlautet, soll der Zusammentritt des Parlaments, da die Verhandlungen über die marokkanische Angelegenheit noch nicht ganz abgeschlossen sind, und die Regierung wünscht, daß sie vor dem Beginn der parlamentarischen Session beendet seien, vom 24. Oktober auf den 31., oder wenn nötig, auf den 7. November verschoben werden.

England.

Genossenschaften gegen die Gewerkschaften.

Im „Labour Leader“, dem Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, das dem Genossenschaftswesen aufs freundlichste gegenübersteht, wird in einer Zuschrift Klage geführt über die ablehnende Haltung, die eine Reihe Genossenschaften den Gewerkschaften gegenüber einnehme. Viele weigern sich, auf dem Gebiete des Warenvertriebs Gewerkschaften anzuerkennen. Es ist eine Schande für die Genossenschaftsbewegung, daß viele Vereine sich weigern, einen Mindestlohn von 24 Schilling an männliche Personen von 21 Jahren zu zahlen. Man wundern sich, da doch beide Bewegungen dasselbe haben, wie dieser Gegenstand entstehen konnte. Die Antwort liegt nahe: Infolge der Vernachlässigung durch die sozialistische und die Genossenschaftsbewegung ist die genossenschaftliche in die Hände von Reaktionsären gefallen. Auch das Deimittel liegt nahe: Lohnt Sozialisten und Gewerkschafter auf dem Plage sein! Sie müssen dafür sorgen, daß nur fortschrittlich gesinnte Personen in die Verwaltungen kommen. Es hat keinen Wert, den Ruf der Genossenschaft zu leugnen. Wichtig geleitet, kann sie ein machtvoller Faktor im Aufstieg der Menschheit sein.“

Persien.

Das englische Vorgehen in Südpersien.

London, 11. Oktober. Wie einem hiesigen Blatte aus Teheran gemeldet wird, hat der britische Gesandte der persischen Regierung gestern die Mitteilung gemacht, daß die britische Regierung beabsichtige, die Konsularwachen in Schiras und möglicherweise auch an anderen Orten zu verstärken.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Arbeiter, Raucher!

**Kauft nur dort, wo die grünen Bewilligungspakete aufhängen!
Beachtlich die Veröffentlichungen!**

Vielen Leuten will es durchaus nicht in den Kopf, daß man bei geschäftlichen Kalkulationen, bei denen man doch sonst alle Faktoren möglichst genau in Rechnung stellt, auch die Arbeitskraft und die Entlohnung des Arbeiters den veränderten Verhältnissen entsprechend einschätzt. Es könnte sonst nicht vorkommen, daß den Verbandsfunktionären, die mit den Zigarrenfabrikanten zu verhandeln haben, immer mit der Rede begegnet wird, der Verkaufspreis der Zigarre sei zu niedrig. Soll deshalb, weil man in schrankenlos freier Konkurrenz den Arbeiter und seine verteuerte Lebenshaltung überfaßt, der Arbeiter nicht auch sein Recht auf ein Lebensminimum geltend machen? Es werden in Berlin noch Löhne gezahlt für Zigarrenarbeiter, die in anderen Branchen so leicht kein Seitenstück finden dürften. Eine Firma Weyer in der Postladestraße 95 zahlt immer noch nach alter Väter Weise sechs Mark für das Rollen von tausend Zigarren; ein Verwandter von ihm gleichen Namens in der Elbinger Straße 14 gar nur 5.50 M. Neuerdings sollen diese Zigarren ja nicht mehr angefertigt werden, jedoch kann man sich ja auch wieder anders bestimmen. Aber für den Arbeiter, der lässlich mit angefertigter Arbeit 3 M. bei solcher Tätigkeit verdient, muß ein solches Leben wirklich zu Hölle werden. Ihn kann man nicht aufbessern; da hängt es an tausend Ketten. Was soll man aber erst über die Art sagen, der sich ein Herr Schröder, Gubener Str. 1 IV, bedient, der sich brüftet, die Verbandsfunktionäre, ältere Leute, schon an der Treppe abgefertigt zu haben. Ein Kleinfabrikant, der selber Arbeiter war, ja in gewisser Beziehung jetzt noch ist! Es ist höchste Zeit, daß diesen und ähnlichen Leuten das Augenmaß für gerechte Forderungen der Arbeiter geschärft wird, zum mindesten aber daß sie sich im Umgange mit den Beauftragten einer Arbeiterorganisation der elementarsten Anstandsregeln befleißigen.

Achtung, Zigarrenarbeiter! Die Firma D. Schachmann, Windstraße 12, Laden, hat sich mit ihren Arbeitern im Einverständnis mit der Organisation geeinigt. Die alten Arbeiter wurden wieder eingestellt. Die Sperre bei der Firma Schachmann ist aufgehoben. Deutscher Tabakarbeiterverband. Zahlstelle Berlin.

Zum Tarifvertrag in der Stapelfonktion.

Die bei den Zwischenmeistern der Stapelfonktion beschäftigten jungen Leute hatten sich am Dienstag bei Schulz in der Münzstraße versammelt, um über ihre Stellung zur Lohnbewegung zu beraten. Die Dinge liegen nun in der Stapelfonktion bekanntlich so, daß die Zwischenmeister durch den Tarifabschluß Vorteile von den Konfektionären erreicht, damit aber auch die Verpflichtung übernommen haben, nun ihrerseits den bei ihnen beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen Verbesserungen zuzulassen zu lassen. Es handelt sich dabei vor allem um die Einführung einer geregelten Arbeitszeit und einer geordneten Arbeitsmethode, und dann, soweit es erforderlich ist, auch um die Regelung der Lohnverhältnisse. Dies ist bereits in den vorhergegangenen Versammlungen hervorgehoben worden und fand auch wiederum allgemeine Zustimmung, als der Referent K u n z e nun die Taktik und die Grundzüge der Bewegung darlegte. Das bisherige System, daß die Zwischenmeister ihren Arbeitern ein bestimmtes Pensum Arbeit aufgeben, und die jungen Leute bis 10, 11 Uhr oder noch später bis in die Nacht hinein darauf losarbeiten, während man es mit dem Beginn der Arbeitszeit nicht genau nimmt, muß aufhören, und statt dessen ist eine bestimmte Arbeitszeit einzuführen, die pünktlich beginnt und pünktlich schließt, wie das in allen anderen Gewerben üblich ist. Die Arbeitszeit, in der jeder selbstverständlich seine Pflicht zu erfüllen hat, und nicht das Pensum, muß das Maßgebende sein, und daneben sind, soweit es erforderlich ist, die Lohnverhältnisse der jungen Leute zu regeln. Solange die Zwischenmeister einander gegenseitig unterboten bei der Uebernahme der Arbeit, haben sie sich gewissermaßen zu grenzenloser Ausbeutung der jungen Leute veranlaßt, um Konkurrenz zu können; durch die tarifliche Regelung der Preise aber ist dem gegenseitigen Unterbieten ein Riegel vorgeschoben, da jeder den Preis zu fordern hat, den der Tarif ergibt, und dadurch ist es den Zwischenmeistern leicht gemacht, auch in ihren Verhältnissen für geregelte Verhältnisse zu sorgen. Insofern haben beide Gruppen von Arbeitnehmern, die Zwischenmeister wie die jungen Leute, den Konfektionären gegenüber gemeinsame Interessen, und wenn es in dieser Hinsicht gelingen sollte, Zwiespalt unter die beiden Gruppen zu bringen, so wäre das Unternehmertum nur der losende Dritte. Schon allein aus diesem Grunde soll danach getrachtet werden, soweit es irgend möglich ist, die Verhältnisse in den Werkstätten auf friedlichem Wege zu regeln. Man ist sich aber auch klar darüber, daß es unter den Zwischenmeistern Leute gibt, die nur ihren eigenen augenblicklichen Vorteil im Auge haben und auch gegenüber ihren nächsten Kollegen unsozialistisch handeln, und solchen Leuten gegenüber muß dann natürlich ein ernstes Wort gesprochen werden. Die Arbeiterschaft der Stapelfonktion darf sich natürlich nicht einbilden, daß ihr die Vorteile der Lohnbewegung mühelos in den Schoß fallen, sondern muß sich bewußt sein, daß dazu einmütiges Zusammenhalten in der Organisation und einmütiges Handeln notwendig ist. Wie die Zwischenmeister bereits am Montag eine viergliedrige Kommission zur Beratung über die zu treffenden Vereinbarungen wählten, so wird den jungen Leuten empfohlen, nun ihrerseits auch eine solche Kommission zu wählen, um eine gegenseitige Verständigung herbeizuführen. Die Vorschläge, die aus den Kommissionen, Beratungen hervorgehen, werden sodann einer weiteren Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt. — In der Diskussion erklärte man sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und es wurde dann auch, dem Vorschlage gemäß, eine Kommission von vier Mitgliedern gewählt.

Achtung, Töpfer! Wegen Lohnausfall verbürgen wir hiermit über die Firma H. Heinrich, Reinickendorf, Sommerstr. 47, die Sperre. In Frage kommt der Bau Reinickendorf-West, Schwanenweg, Ecke Hefelstraße, Bauherr Böcker. Desgleichen über die Firma Kasimir Kowalski, Schönhauser Allee 69, Bau Wilmerdorf, Falzburger Str. 22, Bauherr Hermann Pfann, Bornholmer Str. 8. Die Verbandsleitung.

Lohnunterschieden in der Ballschuhindustrie

Am Ende einer sehr gut besuchten Versammlung der Ballschuhmacher zur Erörterung, wie der Bezirksleiter Hamann berichtete, wird der im vorigen Jahre mit den einzelnen Ballschuhfabrikanten abgeschlossene Tarifvertrag von verschiedenen Firmen zu umgehen versucht. Insbesondere wird in dieser Hinsicht über die Firmen Georg Wed, Jungmann und Leiser u. Co. geklagt. Die letztere Firma hat auf Vorkaufsrecht der Verbandsleitung hin, die den Arbeitern zu wenig gezahlten Lohnbeiträge nachgezahlt und sich damit entschuldigt, sich nur berechnen zu haben. In fast allen Betrieben fühlen sich jedoch die Arbeiter durch die neue Lohnbestimmungen sehr unzufrieden. Die neue amerikanische Leistensform mit hoher Spitze und weicher Spannung verursacht eine beträchtliche Mehrarbeit, ohne daß ein Lohnausgleich dafür gewährt wird. Die Verbandsleitung haben sich bereits mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigt und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß in allen Fällen, die diese neuen Formen anfertigen, ein Aufschlag verlangt werden soll, und zwar bei Lederschuhen von 20 Pf., und bei den sich besser darstellenden Ledern von 10 Pf. das Paar.

In der Diskussion wurde es als eine Zurückgebliebenheit gegenüber anderen Gewerben bezeichnet, daß die Arbeiterschaft bei jeder Erneuerung, die die Industrie herbeibringt, erst immer um eine angemessene Bezahlung der neuen Erzeugnisse kämpfen muß, während in anderen Gewerben die Schiedsgerichte einen angemessenen Preis in solchen Fällen ohne weiteres festzulegen haben. Mit dem Hinweis auf die immense Lebensmittelerhöhung appellierten alle Redner an das Solidaritätsgefühl der Anwesenden und forderten strikte Durchführung dieses Preisauflages. Schließlich nahm die Versammlung einen dahingehenden Beschluß an.

Gewährung einer Teuerungszulage

fordern auch die in den städtischen Betrieben Charlottenburgs beschäftigten Arbeiter und Handwerker. Die Forderung wurde erhoben und begründet in einer sehr stark beachteten Versammlung, die am Dienstag in Charlottenburger Volkshaus tagte. Der Referent war Stadtverordneter Gebert. Daß die Löhne der städtischen Arbeiter schon unter normalen Verhältnissen unzureichend sind, das wurde in der Diskussion zahlenmäßig illustriert. Otto Schulze verwies darauf, daß Löhne von 3,00—4,50 M. an der Tagesordnung seien. Für diejenigen Arbeiter, die im Winter eine verfürzte Arbeitszeit haben, sinkt der Tagelohn in dieser Zeit bis auf 2,80 M. herab. Wie soll ein Arbeiter mit solchem Lohn im Winter und bei der herrschenden Teuerung auskommen. Angesichts solcher Verhältnisse ist die Gewährung einer Zulage eine dringende Notwendigkeit, eine Pflicht, der sich die städtischen Körperschaften nicht entziehen können. — Nachdem noch einige Redner diesem Gedanken Ausdruck gegeben hatten, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Gewährung einer Teuerungszulage als dringend notwendig gefordert wird.

Deutsches Reich. Sächsische Justiz.

Aus Sachsen kommt wieder die Nachricht von einem dramatischen Streikurteil. Bei dem Vergarbeiterstreik in der Oberlausitz sollte der Vergarbeiter Brodda aus Seitendorf einen Arbeitswilligen beistellen. Das Schöffengericht Zittau verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis. Die Strafkammer bestätigte das Urteil. Die Zeugen Broddas, die beweisen sollten, daß die Demunziation auf einen Racheakt zurückzuführen ist, wurden vom Gericht abgelehnt. Aus Verger über seine Verurteilung vergriff sich Brodda kurz nach dem Gerichtstermin an dem Gendarmen Rathen aus Hirschfeld, der in dem Prozeß als Zeuge aufgetreten war und bei dem Streik eine eigenartige Rolle gespielt hatte. Gefährlich waren die Schläge, die Brodda dem Gendarmen versetzt hatte, nicht, denn am anderen Tage lag dieser schon auf der Straße herum, als ob nicht das geringste vorgefallen sei. Trotzdem verurteilte die Strafkammer in Rügen den Vergarbeiter für seine unbesonnene Handlung zu 2 Jahren 2 Wochen Gefängnis! Ein anderer Vergarbeiter aus Hirschfeld erhielt für eine harmlose Geschichte aus dem Jahre 1908, bei der er sich auch an einem Polizisten vergrißen haben sollte, 4 Monate Gefängnis vom Schöffengericht Ostritz zubüßte. Drei Jahre hindurch hatte er von dieser Sache nichts mehr gehört, jetzt, nachdem er gestreift hatte und eifrig im Streikbureau tätig gewesen war, fand man, daß die Tat noch gesühnt werden müsse.

Achtung, Schiffszimmerer! In Genthin haben auf dem Schiffbauplatz von Marwig sämtliche organisierten Schiffszimmerer wegen Lohnreduktion die Arbeit eingestellt. Zugun von Schiffszimmerern und Hilfsarbeitern nach Genthin ist fernzuhalten.

Die Breslauer Isolierer stehen bekanntlich in einer für sie ausichtsreichen Lohnbewegung. Den Unternehmern gelang es bisher trotz der eifrigsten Versprechungen nicht Streikbrecher in nennenswerter Zahl heranzuziehen. Erst in letzter Zeit haben sich einige Exemplare aus dem norddeutschen Gebiete nach Breslau verirrt. Da das jedenfalls auf Unkenntnis der hiesigen Verhältnisse zurückzuführen ist, machen wir an dieser Stelle wiederholt darauf aufmerksam.

Der Verband sächsischer Gemeindearbeiter in Rünzberg, eine Lokalorganisation, die im Jahre 1908 sich vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter abspaltete, hat sich nunmehr dem Verbande wieder angeschlossen, so daß der leidige Bruderkrieg damit zu Ende ist.

Ausland.

Der Ausstand des Personals der Dampfschiffbetriebe in Jmuiden hat eine Unterbrechung erfahren. Die Reederei werden in ungefähr acht Tagen auf die Forderungen der Schleppeffischer antworten. Einige Reederei bewilligen schon die Forderungen und erwarten nunmehr die endgültige Antwort. Die Schleppeffischer werden heute wieder auf Gang ausgehen.

Ein Umschwung in der britischen Vergarbeiterföderation.

Southport, 6. Oktober 1911. (Fig. Ver.)

Der allgemeine Streik der britischen Vergarbeiter, der bis vor kurzem nur als möglich oder wahrscheinlich geschildert wurde, kann nach der Generalversammlung der Vergarbeiterföderation, die heute in dieser Stadt zu Ende kam, als fast sicher bezeichnet werden. Die jüngeren, aggressiveren, sozialistischen Elemente haben in dieser gewaltigen Arbeiterorganisation die Oberhand gewonnen und ihre Taktik durchgesetzt. Aus der Organisation, die bisher nur der Verteidigung galt, die bisher gemäß ihren Statuten nur den von den Unternehmern angegriffenen Distriktsverbänden zu Hilfe eilen konnte, ist eine aggressive Organisation geworden, die gleich nach der Umgestaltung beabsichtigt, die neue Waffe zu probieren.

Dies ist für die Entwicklung der englischen Arbeiterklasse von unabsehbarer Bedeutung. Mit ihren über 600 000 Mitgliedern ist die Vergarbeiterföderation Großbritanniens wohl die größte Gewerkschaft der Welt. Zwar ist sie nicht so selbstständig, wie manche der großen gewerkschaftlichen Gebilde Deutschlands, ihre Ziele erstrecken sich einer bedeutenden Selbstständigkeit, aber in bezug auf numerische und repräsentative Stärke steht sie wohl unerreicht da. Man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß in ganz Großbritannien keine Tonne Kohle gefördert werden wird, wenn die Föderation den Generalstreik erklärt. Auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung spielt die Vergarbeiterföderation eine große Rolle. Auf dem Gewerkschaftskongress bildet sie das Zentrum und entscheidet das Schicksal fast aller eingereichten Resolutionen. Der Ausbruch links, den diese Generalversammlung vollzog, ist daher ein historisches Ereignis von erster Bedeutung.

Von Anfang an war es klar, daß die Delegierten unter dem Eindruck des kommenden Generalstreiks standen. In den ersten Sitzungen, zu denen die Presse zugelassen war, wurden Anträge verhandelt und angenommen, die sich mit der Vereinheitlichung der Organisation befaßten. Ein Antrag verlangte, daß alle Arbeiter auf einer Stufe derselben Organisation angehören sollten; ein anderer forderte, die Kündigungsfrist im ganzen Lande zu vereinheitlichen; in einem dritten wurde der Grundlohn festgelegt, daß alle Lohnverträge an einem und demselben Tage in Kraft treten und auch zur selben Zeit ablaufen müssen. Begründet wurden alle diese Anträge durch den Hinweis darauf, daß die Föderation zur wirksamen Durchführung einer allgemeinen Aktion einseitig und schlagenfertig sein müsse. Auch die anregende Diskussion, die über die Verstaatlichung der Gruben, des Grund und Bodens und der Eisenbahnen geführt wurde, zeigte, woher der Wind wehte. Bisher wurden dieser und ähnliche Anträge meist ohne viele Worte als fromme Wünsche angenommen. Dieses Mal brachte der Antrag der Sozialisten auf die Verneinung der Vorstand wurde wegen seiner Unfähigkeit in der Propagierung sozialistischer Forderungen kritisiert und es wurde beschlossen, Massenversammlungen abzuhalten, um die Idee der Verstaatlichung vollständig zu machen. Am zweiten Tage ließ die Nachricht ein, daß der südwalisische Vergarbeiterverband, das weitans stärkste Glied der Föderation, was die Zahl der Mitglieder anlangt, seine alten Vertreter im Hauptvorstand, Grace, Parlamentsmitglied und Vorsitzender des südwalisischen Verbandes, Richards, Parlamentsmitglied und

Sekretär des südwalisischen Verbandes und Onions, Schachmeister des südwalisischen Verbandes, fallen gelassen und an ihre Stelle die Sozialisten Stanton, Darhorn und Barker gewählt hatte. Süd-wales ist der einzige Distrikt, der seine Vertreter im Hauptvorstand durch Urabstimmung wählt. Auch von einigen anderen Revieren wurden ausgeproben Sozialisten in den Hauptvorstand gewählt, so daß sich in dem neuen Hauptvorstand mindestens 8 von den 18 Mitgliedern öffentlich zum Sozialismus bekennen und unterschiedene Anhänger einer aggressiven Taktik sind.

Dieses Ereignis, das deutlich die Stimmung der Massen zum Ausbruch brachte, konnte nicht verfehlen, den Gang der nun folgenden in vertraulichen Sitzungen geführten Verhandlungen entscheidend zu beeinflussen. Zuerst beschloß man, die Vergarbeiter Northumburlands in einem Kampfe um einen Minimallohn von 6 Schilling und 8 Pence und die Abschaffung des Dreischichtensystems mit allen Mitteln und wenn notwendig auch mit dem Generalstreik zu unterstützen. Aber dieser Beschluß wurde vollständig in den Schatten gestellt durch die einstimmige Annahme einer Resolution, in der für alle Vergarbeiter des Landes ein den geographischen und geologischen Verhältnissen jedes einzelnen Reviers angepaßter Minimallohn ohne Rücksicht auf normale oder abnorme Arbeitsstellen unmittelbar verlangt wurde. Der Beschluß bestimmte ferner, daß alle Distrikte mit den Unternehmern über diese Forderung verhandeln und auf dem am 14. November stattfindenden Kongress berichten sollten. Auf dieser Kongress soll, wenn nötig, der Generalstreik beschlossen sein. Ehe man aber zu dieser wichtigen Entscheidung kam, veränderte man die Statuten der Föderation. Auf Antrag der Verbände von Durham und Süd-wales machte man den § 21 (früher 20) von einem Verteidigungsmittel zu einem Angriffsmittel. Der Paragraph, der von der Erklärung des Generalstreiks handelt, kann in Zukunft nicht allein zur Verteidigung der Löhne, sondern auch zur Verteidigung und zum Angriff in Lohnfragen und Fragen der Arbeitsbedingungen (wie Dreischichtensystem) angewandt werden.

Die älteren und vorsichtigeren Führer hatten versucht, die Bewegung auf die Frage der abnormen Arbeitsstellen zu konzentrieren, da sie der Ansicht waren, daß die Unternehmern viel eher in dieser Frage mit sich reden lassen würden als in der Frage des Minimallohnes, der praktisch die Abschaffung der Akkordarbeit in der Vergarberindustrie bedeutet. Die Erfahrung hat sie eines Besseren belehrt. Am 29. September fand zum ersten Male eine Konferenz zwischen den Vertretern der Vergarbeiter und den Vertretern aller Werksbesitzer des Landes statt, die sich mit der Frage der abnormen Arbeitsstellen befaßte und, wie schon der Telegraph berichtet, ergebnislos verlief. Die Verhandlungen scheiterten an dem Widerstande der Unternehmern gegen eine Forderung, die jeder ehrliche Mensch als recht und billig anerkennen muß. Denn kann etwas gerechter sein als das Verlangen des Vergarbers, nach einer Woche saurer Arbeit an einer schwierigen und gefährlichen Arbeitsstelle auch einen auskömmlichen Lohn zu erhalten? Das Scheitern dieser Verhandlungen rückte sofort die Frage des Minimallohnes in den Vordergrund der Diskussion. In der kapitalistischen Presse ist die Rede davon, daß ein Generalstreik der Vergarbeiter nicht vor dem Jahre 1914 beim Ablauf des südwalisischen Lohnvertrags stattfinden könne. Der Wunsch ist der Vater des Gedankens.

Nach der Stimmung der Delegierten in Southport zu urteilen, ist es nicht wahrscheinlich, daß sich die Vergarbeiter um die genaue Beobachtung der bestehenden Tarifverträge kümmern werden. Sicher werden sie aber die Kündigungsfrist des Arbeitsvertrages einhalten, so daß der Generalstreik frühestens am 1. Januar 1912 ausbrechen wird. Niemand glaubt, daß die Verhandlungen bis zum 14. November eine Verständigung bringen werden, niemand wenigstens, der sich zwei und zwei zusammenrechnen kann.

Soziales.

Widerlegte Anwürfe gegen die Remscheider Ortskrankenkasse.

Die Vorwürfe gegen die Remscheider Ortskrankenkasse, die im Jahre 1908 erhoben wurden, und zu deren Hürstreich sich auch der Abg. Gidloff im Reichstag gemacht hatte, sind bekanntlich im gerichtlichen Verfahren auf ihr Nichts zurückgeführt. Trotzdem triffen neue Verdächtigungen gegen die Kasse nicht ab. So erzählte der Stadtworordnete Krumm in einer Versammlung am 10. Juni 1910: „Ich wohne gegenüber unserer hiesigen Ortskrankenkasse und habe beobachtet, wie dieselbe die Zentrale der ganzen Partei am Orte ist. Hier kommt alles zusammen, hier laufen die Depeschen ein, von hier aus wird alles geleitet. Wie oft habe ich gesehen, daß bis in die späte Nacht hinein Licht ist und da wird an Parteifachen gearbeitet. Wenn das keine Ausnutzung der Kasse zu politischen Zwecken ist, dann weiß ich es nicht.“ Vor dem Schöffengericht wurde Krumm vom Genossen Braß wegen dieser Verdächtigung belangt. Er konnte nicht die Spur eines Beweises vorbringen und wurde zu 50 M. verurteilt, nachdem Kläger erklärt hatte, es läme ihm nicht auf die Höhe der Strafe an. Der Beklagte legte Berufung ein. Vor dem Landgericht Ebersfeld gab er dann folgende Erklärung ab, auf Grund deren ein Vergleich geschlossen wurde: „Ich erkläre, daß ich die in der Versammlung vom 10. Juni 1910 erhobenen Vorwürfe gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse, soweit sie sich auf die Zeit ab 1907 beziehen, nicht aufrecht erhalten kann, ebenso auch für die frühere Zeit, soweit die Amisitätigkeit des Herrn Braß in Frage kommt, und nehme die erhobenen Vorwürfe hiermit zurück.“

Letzte Nachrichten.

Aufstand in Wusshang (China).

London, 11. Oktober. Wie dem Reuterschen Bureau aus Schanghai gemeldet wird, ist der Aufstand in Wusshang gestern früh ausgebrochen, nachdem drei den modern ausgebildeten Truppen angehörige Soldaten hingerichtet worden waren.

Zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Katibor, 11. Oktober. (B. T. B.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Hausbesitzer August Dlugosch, der am 13. August seine Schwägerin Anna Dlugosch erschossen und darauf die Bestattung seines Bruders Alfred angezündet hatte, zu 15 Jahren Zuchthaus.

Eisenbahnunfall in Oberbayern.

München, 11. Oktober. (B. T. B.) Heute nachmittag geriet ein Sonderzug, der Remonten beförderte, infolge falscher Weichenstellung einem in Sicht einfallenden Zuge der Isartalbahn in die Quere. Hierbei wurden vom Zugspersonal drei Personen, außerdem elf Soldaten und ein Rechtspraktikant leicht verletzt. Vom Remontenzug wurden die Lokomotive, der Packwagen sowie zwei Güterwagen, vom Zug der Isartalbahn der Packwagen beschädigt, während die Lokomotive und der Güterwagen entgleisten.

Choleraepidemie in Venedig.

Mailand, 11. Oktober. „Avanti“ meldet, daß in Venedig zehn Cholerafälle vorgekommen sind, von denen vier tödlich verliefen. Die venetianischen Behörden haben Vorkehrungen getroffen, um ein weiteres Ausbreiten der Seuche zu verhindern; so wurde der Verkauf von Reich- und Schwallieren verboten.

Die revolutionäre Gärung in China.

Hankau, 11. Oktober. (B. T. B.) Die Konsuln haben das Ersuchen der Chinesen, den Fluß absperrungswilligen zu lassen, abgelehnt. Die Revolutionäre haben die Konsuln ersucht, sich neutral zu verhalten, sie haben eine Proklamation erlassen, in der sie androhen, jeden zu entkaupten, der Ausländer angreift oder den Handel stört.

infolge der Veröffentlichung des Briefes zur Aktion gekommen sei. Zur Einbringung der Resolution Leids lag

nicht die geringste Ursache

vor. Auch er sei nicht erbaut von den Debatten in Jena. Aber den einen oder anderen deshalb jetzt zu rügen ist nicht angehtig. Im übrigen sei die Resolution sehr zweideutig; sie kann auch gegen Ledebour und den Kreis ausgelegt werden. Wenn Leid meint, man suche vergeblich nach solchen persönlich geschäftlichen Angriffen nach der Rechten der Partei, so darf nicht übersehen werden, daß die Rechte eben schlaue genug war und keinen Anlaß zu solchen Angriffen gegeben hat. Es sei auch nicht angebracht, jetzt noch lange über den Ton zu reden. Niemand kann auf Grund der Debatten in Jena ein Mißtrauen gegen Ledebour haben. Deshalb sei auch die Resolution überflüssig. Und schließlich ist Ledebour auch noch Mann genug, um allein mit seinen Meinungsgegnern fertig zu werden. Uns sollte es erfreuen, daß von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten des Parteitagess Einigkeit herrschte in der Frage der Reorganisation und Erweiterung des Parteivorstandes. Wir wollen uns deshalb auch nicht darum streiten, welche der beiden Richtungen den größeren oder den kleineren Teil des Verdienstes daran hat, sondern jedem das Seine lassen. Wenn bemängelt worden ist, daß bei der Behandlung der Marokkoangelegenheit der Massenstreik zu kurz gekommen ist, so sage er, daß sich

Webel das größte Verdienst erworben

habe, als er in überaus wirksamer Weise dardat, wie sich die bürgerliche Gesellschaft selbst das Grab graben wärde, wenn sie einen Krieg heraufbeschwören würde. Es sei viel besser, wenn wir das, was Webel gesagt hat, propagieren als den Massenstreik. Dieser könnte unter Umständen gegen uns ausgenutzt werden, als uns die Schuld an der durch den Krieg bedingten Not und dem Elend zugeschoben werden würde. Der Parteitag habe gute Beschlüsse gezeitigt. Und wenn wir alle unsere Schuldbiligkeit tun und beim nächsten Wahlkampf die möglichst größte Stimmengahl auf unseren Kandidaten zu vereinigen, dann wird das ein weit besseres Vertrauensvotum für Ledebour sein, als die Annahme der Leidschen Resolution.

Genosse **Reh** er würde lebhaft bedauern, wenn der Parteitag darin eine Ehre finden sollte, daß hier im sechsten Kreise der Resolution Leids den Niederlassung geben sollte der Verärgerung über den Ton. Die Resolution ist aber nur deshalb entstanden, weil unser Abgeordneter in sehr harter Weise mitgenommen worden ist. Aber wie ist es gekommen, daß Ledebour insbesondere von Webel so hart mitgenommen worden ist? Bei dem Temperament Ledebours, das wir alle schätzen, war zu erwarten, daß es in den Debatten etwas scharf hergehen wird. Der Parteivorstand habe nach seinem Empfinden mit Recht seinen Kritiker entgegengehalten, daß die Situation nicht dazu angethan war, früher mit der Aktion vorzugehen. Was hat Ledebour getan, um den Krieg abzuwenden? Er hat sich wieder an den Parteivorstand, der hier seinen Sitz hat, noch an den Zentralvorstand von Groß-Berlin gewendet. Ja, er hat nicht mal in der Generalversammlung das ihm angetragene Referat gehalten, obwohl er doch hätte ordentlich darauf dremmen müssen, uns bei dieser Gelegenheit zu sagen, das und das muß gemacht werden. Es wäre seine verdammte Pflicht gewesen, seine Ansicht zum Ausdruck zu bringen und nicht kleinliche Bedenken auszusprechen zu lassen. Wie kommt aber Ledebour dazu, dem Parteivorstande Vorwürfe zu machen, wo er selbst in dieser Situation so versagt hat. Mit Recht ist der Genossin Luxemburg der Vorwurf der Indiskretion gemacht worden. Wir dürfen uns nicht gefallen lassen, daß die Aktion durch die Kritik führender Genossen verleiern wird. (Sehr gut! Zurufe: Seine.) Redner bedauert alsdann, daß es leider unter Genossen zur Unsitte geworden ist, sich mit geschmacklosen Schlagworten gegenseitig lächerlich zu machen und herabzulassen. Er würde sich freuen, wenn die Diskussion über den Parteitag den Erfolg zeitigen würde, daß in der Art der Diskussion ein Wandel zum Besseren eintritt.

Genosse **Weser** ist nicht der Ansicht, daß in der Marokkoangelegenheit etwas versäumt worden ist. Am 2. Juli erschien der „Panther“ vor Agadir und in der nächsten Woche fanden Versammlungen statt, in denen gegen das Marokkoabenteuer protestiert wurde. Wenn angesprochen wurde, daß das Mindeste was unser Abgeordneter von uns verlangen kann, die Annahme der Resolution Leids sei, so sei seine (Redners) Meinung, daß sich die Versammlung mit der Annahme derselben lächerlich machen würde. (Sehr richtig! Vereinzelter Widerspruch.) Denn die Behandlung Ledebours auf dem Parteitage ist sehr nebensächlich. Den Parteitag haben

wiel wichtigere Angelegenheiten

befähigt. Nach der Begründung, die Leids seiner Resolution gegeben, ist sie übrigens an die falsche Adresse gerichtet. Sie müßte sich gegen Webel richten, nicht aber gegen Wels. Aus den Worten Wels', die Redner zitiert, ist eine maßlose Ueberhebung nicht zu erkennen; denn das Recht steht einem jeden Parteigenossen zu, auszusprechen, was er über die Kritik denkt. Auch Ledebour hat ja eine ganze Menge gesagt. Was würden wir wohl darüber denken, wenn der fünfte Kreis, in dem der Genosse Wels seit langen Jahren ja auch eine führende Rolle innehat, Protest erhoben hätte gegen die Angriffe des Genossen Lauffenberg? Nun würde die Annahme der Resolution noch damit begründet, daß der Wahlkampf vor der Türe steht, und dem Genossen Ledebour die Worte Wels' um die Ohren geschlagen werden können. Das ist aber weniger zu fürchten, denn wenn es gilt, den Kampf mit dem Gegner zu führen,

werden wir alle zu unserm Abgeordneten stehen.

Die Resolution Leids kann aber gegen Wels in der Provinz, wo er die Parteimitglieder zu vertreiben hat, vielmehr von den Gegnern verwendet werden. Woher kommt es, daß sich innerhalb der radikalen Parteireihe eine solche Ferschenheit bemerkbar machen konnte? Weil man selbst in den radikalen Parteikreisen mit der Art der Kritik nicht mehr einverstanden sein kann. Ein großer Teil der Schuld hieran hat die „Leipziger Volkszeitung“. Will sie doch Kautskis und Mehring zum alten Eisen geworfen sehen. Auch Ledebour ist gelegentlich der Behandlung der Abrüstungsfrage im Reichstag aufs schärfste von ihr angegriffen worden. Genosse Ledebour hätte im Auftrage der Fraktion zu dem von ihr eingebrachten Abrüstungsantrag zu sprechen. Diese Rede gefiel der „Leipziger Volkszeitung“ nicht und sie schrieb darauf: „Ledebour hat durchaus nicht im Sinne der Partei gesprochen. Es war nur seine persönliche Ansicht, die in gerader Linie zum Revisionismus führt.“ Man bedenke, der Abrüstungsantrag war eine Aktion der Partei und gibt es etwas Schlimmeres, als wenn der Redner der Partei in solcher Weise kritisiert wird? Während der Marokkoaktion brachte dann die „Leipziger Volkszeitung“ die Angriffe der Genossin Luxemburg. Im Gegensatz zu John ist Redner der Ansicht, entweder über man sachliche Kritik oder man unterläßt die Kritik überhaupt, aber nicht aus persönlichen Gründen, wie sie die Genossin Luxemburg vortrug. All die Kritiker, die jetzt hinterhergekommen sind, wo waren sie hier in Berlin. Sie sind

weder an den Zentralvorstand noch an den Parteivorstand herantreten.

Nach seiner Meinung ist die machtvolle Demonstration in Treprow, die machtvollste, die wir hatten, zur rechten Zeit gekommen. Ledebour hat wegen seiner Haltung auf dem Parteitag

niemand einen Vorwurf gemacht.

Er kann also auch nicht verlangen, daß die Resolution Leids angenommen wird. Haben wir dem einen Temperament zugesprochen, so können wir es dem andern nicht absprechen. Wels hat seit 1890 ununterbrochen seine Schuldbiligkeit für die Partei getan. Wir haben auch viel wichtigere Dinge zu tun, als Ledebour hier ein Vertrauensvotum auszusprechen. Das können wir bei den künftigen Reichstagswahlen viel besser tun. Wir wollen uns nicht als Koncil von alten Kämpfern aufspielen, um über den Ton zu klagen. Wir sollten uns vorbereiten, um bei den Reichstagswahlen unsern Mann zu stellen. (Beifall.)

Genosse **Wofes** hat das Gefühl, als ob die Genossen von der letzten Generalversammlung nach Hause gegangen sind. Das

habe in der vollständig verkehrten Art der Berichterstattung seinen Grund. Ein Parteitag ist nicht dazu da, um persönliche Streitigkeiten zum Austrag zu bringen. Niemand denkt daran, auch nicht der Parteivorstand, die Kritik als solche zu unterbinden. Aber wenn der Parteitag in so schicksalsschwerer Stunde zusammentritt wie in Jena, darf die Debatte nicht in so verletzender Weise geführt werden, als es geschehen ist. Es wird behauptet, mit der Wahl Haases habe der Parteitag einen glücklichen Griff gemacht. Er hofft das auch. Doch erst müsse man abwarten, was Haase leistet, aber ihm keine Vorwurfsblätter erteilen. Wenn die Revisionisten Klamauf machen, werden sie in Grund und Boden geschmettert, und wenn sie es, wie diesmal, nicht tun, dann wird erst recht auf sie geschimpft. Es fehle nicht viel, so wäre auch Webel in die revisionistische Volkschlucht geworfen worden. Auch in unseren Versammlungen müssen wir uns mäßigen, damit die gegenrätliche Presse nicht wieder so gegen uns aufzuziehen kann, wie sie es diesmal getan hat und auch konnte. Wir haben dafür zu sorgen, daß nicht eine derartige Partei, wie die unferige, und vor allem die Arbeiterpartei, den schwersten Schaden leidet.

Genosse **Leid** ist mit seinen Vorrednern insofern einer Meinung, als auch er der Ansicht ist, daß die Vorgänge, die zur Einbringung seiner Resolution geführt haben, nicht die bedeutendsten auf dem Parteitag gewesen sind. Auch ihm würde es gleichgültig sein, ob sich solche Angriffe gegen Müller oder Lehmann richten. Aber anders denkt er, wenn es sich dabei um einen Mann handelt, der an der Spitze des Kreises steht. Deshalb habe er geglaubt, die Sache zur Sprache bringen zu müssen, und die Genossen aufzufordern, sich dazu zu äußern. Den besten Weg dazu sah er im der Einbringung der Resolution. Er könne sich von der Empfindung nicht freimachen, daß gegen Ledebour

eine wahre Geste inszeniert

worden ist. Durch sie werden in ihm die Erinnerungen geweckt an den vor 20 Jahren todenen Streit zwischen den Fraktionellen und den Oppositionellen. Damals ging man gegen die Kritiker des Parteivorstandes mit dem Ausschluß vor. Er, Redner, habe damals gegen den Ausschluß von Werner und Wildberger gestimmt und auch der ganze falsche Kreis hat sich nicht das Maul verbieten lassen. Heute versucht man es mit dem Ausschluß zwar nicht, man sucht aber die Kritiker des Parteivorstandes auf andere Weise unmöglich zu machen. Ein Abgeordneter bedarf mehr als ein anderer des allgemeinen Vertrauens. (Zurufe: Hat er ja!) Ja, dann müßten Sie erst recht für die Resolution stimmen. (Zurufe: Nein!) Die Ablehnung der Resolution würde außerhalb unseres Kreises von anderen Parteigenossen anders ausgelegt werden. (Zurufe: Zieh sie doch zurück! Vereinzelt: Nein!) Ich weiß wohl, daß Ledebour ein besonderes Vertrauensvotum nicht braucht. Es ist aber Anstandsspflicht, die Resolution anzunehmen. (Teilweiser Beifall.)

Ledebour: Weher hat gegen mich den Vorwurf erhoben, ich hätte in der Marokkofrage versagt und ihn begründet mit Bezugnahme auf den Brief, den ich an Liepmann geschrieben habe. Um endlich den elenden Dreizehner, die außerhalb Berlins gegen ihn im Gange seien, entgegenzuwirken, will er, obwohl er nicht die Absicht hatte, auf die Entziehung des Briefes eingehen. Redner schildert nun seine Pariser Reise. Nach seiner Rückkehr nach Berlin habe er eine Aussprache mit dem Parteivorstand für notwendig gehalten. Er sei aber dabei in beinahe brutaler Weise unterbrochen worden. Er solle nur Bericht erstatten. Wenn er Beschwerden gegen den Parteivorstand habe, so soll er sie dem Parteitag vorlegen. Wenige Tage darauf kam der Brief von Liepmann, in dem ihm das Referat für die Verbandsgeneralversammlung angetragen wurde.

Er erklärte sich bereit,

als Lückenbüßer einzuspringen, erklärte aber weiter, daß er auch den Parteivorstand dabei kritisieren werde. Auch in der Wahlrechtsversammlung habe er ja bereits gesagt, es ist notwendig, etwas in der Sache zu tun. Und seine Darlegungen mölle er ja in der Verbandsgeneralversammlung machen, zumal da Ströbel im 4. Kreise die Sache auf ein ganz falsches Gebiet zu schieben versucht habe, indem er die Verfehlungen der Genossin Luxemburg hervorhob. Er, Redner,

habe also nicht „vollständig versagt“.

Auch der Vorwurf Wels, daß Redner den ganzen Parteivorstand habe abzurufen wollen, ist unhaltbar, wie er bereits durch seine Erklärung im „Vorwärts“ festgestellt habe. Wofes habe den Standpunkt des allgemeinen Moralpredigers eingenommen. Was er will, ist unmöglich, weil es keine abgeschlossene Meinung in der Partei gibt. Im übrigen freut sich Redner, daß die Anschauungen der Radikalen noch die Oberhand in der Partei behalten haben. Es ist eine falsche Auffassung, wenn gesagt wird, daß der Revisionismus diesmal gesiegt hat.

Genosse **Ernst:** Die Resolution Leids muß die Kritik einfach tot machen und wird sich somit eventuell gegen Ledebour richten. Er gebe rüchhaltlos zu, daß der Parteivorstand mit dem Geheimaktualer einen Fehler gemacht habe. Bei der Marokkoangelegenheit ist nichts versäumt worden. Es ist lebhaft zu bedauern, daß mit dem Worte Revisionismus Handel getrieben wird. Die harten Worte des Genossen Wels sind nicht so schlimm. Ledebour ist doch schließlich auch nicht heilig, so daß ihm kein Wort gesagt werden darf. Und hat denn Ledebour niemals härtere Worte gebraucht? Ledebour könnte bei seinem Bildungsstand besser die Zunge zügeln als die Genossen aus den Arbeiterkreisen, und Wels ist aus diesen Kreisen hervorgegangen. Das Aufstreiten Leids erinnert gar zu sehr ans Weiberhafte. Wenn auch die Worte Wels sich gegen Ledebour richten, der Abgeordnete ist nicht mehr wie jeder andere. Welche Resolution würde Leids wohl fassen, wenn er auf der anderen Seite stände, wenn er die Worte Ledebours wägt, der da sagte, die Vorstandsmitglieder hätten kein Gefühl für die Ehre der Partei. Ihm, Redner, stehe Ledebour zu hoch, als daß er eine solche Resolution eingebracht haben würde. Er würde auch gern die Anregung Ledebours zur Aktion gesehen haben. Er, Redner, hätte im Aktionsauschuß von einer Anregung abgesehen, weil in Anbetracht der Hitze gar keine Stimmung dafür war. Die unangenehmen Dinge bei der Pariser Demonstration beruhen auf einem Irrtum. Es ist aber alles getan worden, um die Veteiligung der französischen Partei noch zu ermöglichen. Daß Ledebour dort nicht zu Worte kam, ist keine beabsichtigte Kränkung. Auch die Darstellung, die Ledebour über die Aussprache mit dem Parteivorstand gab, ist nicht ganz richtig. Ebert sagte zu Ledebour nur: Sie gehen ja doch mit Ihren Beschwerden über den Vorstand an den Parteitag. Es war also die Aussichtslosigkeit, die sich für die Vorstandsmitglieder nach dem Verhalten Ledebours für eine Verständigung ergab, die den Abbruch der Aussprache zur Folge hatte. Die Art der Diskussion in der Extrastagung des linken Flügels des Parteitagess war wirklich einladend. Insbesondere gefiel dem Redner nicht die Charakterisierung von Vorstandsmitgliedern, die stets ihre Pflicht getan haben. Wenn solche Zusammenkünfte nötig sind, so muß es sich schon um

sein oder Nichtsein der Partei

handeln, sonst wird nur lähmende Spannung vorbereitet. Der Parteitag ist nun vorüber. Jetzt gilt, sich gegen den gemeinsamen Feind wieder zusammenzufinden. Die Resolution Leids ist eines Abgeordneten unwürdig und gibt der Sache eine Bedeutung, die sie nicht hat. Kein Mensch habe Ledebour das Vertrauen abgesprochen. Wenn nur die Hälfte all der Kraft und Energie im Kampfe mit unsern Gegnern verwandt wird, dann stände es besser um die Organisation, die Aufklärung der Massen und viele anderen Fragen. (Starker Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte

gelangte hierauf zur Annahme.

Die Resolution Leids wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt und folgende Resolution gegen 2 Stimmen angenommen:

Die Generalversammlung des 8. Wahlkreises erklärt sich mit der Haltung der Delegierten auf dem Parteitage in Jena und mit den Beschlüssen des Parteitagess einverstanden. Demgemäß halten es die Parteigenossen für ihre volle Pflicht, mit aller Kraft in den Wahlkampf einzutreten, um mit gewaltiger

Stimmengahl den sozialdemokratischen Vertreter in den Reichstag zu entsenden. Ferner verpflichten sich die Parteigenossen, für die weitestehende Verbreitung der Presse und Stärkung der Organisations Sorge zu tragen.

Die Berichterstattung von der Provinzialkonferenz wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Mit einem Appell des Vorsitzenden zu eifriger Parteiarbeit und dem Hoch auf die Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Graf Wolff-Metternich vor Gericht.

Siebenter Tag.

Die gestrige Sitzung wurde durch lange Plaidoyers des Staatsanwalts-Nats Forstel und der Verteidiger Rechtsanwält Dr. Jaffe und Dr. Alsborg ausgefüllt. In den Plaidoyers nahm die Frage, ob die Heranziehung der privaten Verhältnisse der Familie Wertheim ein Mißbrauch sei, einen großen Raum ein. Dem Staatsanwalt erschien das Hineinziehen als ein geschickter, aber verwerflicher Theaterecoup. Der Angeklagte habe gewußt, Frau Wertheim sei die besessene Frau in Berlin W., und daß, wenn er den Spiegel umdrehe und diese Frau an den Pranger stelle, die Aufmerksamkeit von sich ablenkt und ein Streit unter dem Schlaraffenland entfacht würde: Die Wolff-Metternich, die Wolf Wertheim! Die widerlichen und schmutzigen Szenen, die dem Gericht vorgeführt seien, hätten der Sache nichts zu tun. Die Staatsanwaltschaft habe, wieviel sie rechtliches Material in der Hand habe, in das Privatleben einiger Zeugen hineinzuleuchten, das nicht getan. Die Erörterung der Verhältnisse des Zeugen Pauli sei erforderlich gewesen. Die Verteidigung weist umgekehrt zurück, daß ohne dringende Veranlassung von ihrer Seite Dinge in die Verhandlung hineingezogen seien, die mit der Sache nicht streng zusammenhängen. Der Staatsanwalt habe gar in das Eheleben des Angeklagten hineinzuleuchten und die intimsten Dinge aus den Privatverhältnissen der Ehefrau aufdecken wollen. In dem sachlichen Plaidoyer führt die Staatsanwaltschaft aus: Der Fall Gustke sei ein typischer Fall des Betruges, wie er im Buche steht. Er zeige, wie moralisch minderwertig, berwerflich und gemühtroh der Angeklagte vorgegangen ist. Der Brief aus Paden-Baden sei für ihn bezeichnend. Der Staatsanwalt glaubt die Ansicht zurückweisen zu müssen, die in der Presse geäußert ist, daß es nichts Außergewöhnliches sei, wenn sich Kavaliers in der vom Angeklagten beliebten Weise Geld mit Rücksicht und Ansehen auf eine reiche Heirat verschaffen. Auch im Fall des Amtsräters von der Schulenburg liege Betrug vor, wenn auch sich der Amtsrätler nachträglich, nachdem die Aussicht auf Zahlung seiner Forderung vorliegt, nicht geschädigt fühlt. Auf denselben Umstand sei der Umfall von Zeugen zurückzuführen, die sich zuerst an die Polizei gewendet hätten. Glaube und wolle der Angeklagte eine Heirat mit der Frau Dohly, so sei unerfindlich, weshalb bei der intimen Beziehung, in der er angeblich zu dieser Frau gestanden habe, er sich nicht durch das Wort der Werbung aus der Situation befreit habe. Der Angeklagte habe insofern sehr viel Glück gehabt, als Belastungszeugen zum Teil wegen Erkrankung und teilweise wegen Geisteskrankheit und aus anderen Gründen nicht erscheinen konnten. Im Fall Fren habe sich die Anschuldigung des Angeklagten herausgestellt. In einer Reihe anderer Fälle bestiehe ein dringender Verdacht, aber kein hinlänglicher Beweis. Das seien die Fälle Rehm, Schiefinger, Hähnen, Fuchs, Winger, Ahmann, Röder, Schönebeck, Wohlbrunn, Schwarz, Braun und Demuth. Alle anderen Fälle seien typische Hochkapitel; so die Fälle Hord, Reich, Noack, Gustke, Kießholz, Thielow, Felling und Werner. Es handelt sich um erhebliche Beträge. Hunderten des Angeklagten sei zu berücksichtigen: seine moralische Minderwertigkeit, seine Jugend, der Umstand, daß er von seiner Familie verlassen, mit einem Monatswechsel von 30 M. auskommen sollte, und daß er schon vor seiner Heirat den Willen bekundet hat, den Schaden einigermaßen wieder gut zu machen. Der Antrag des Staatsanwalts geht auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Die Verteidigung sucht darzulegen, daß dem Angeklagten keinerlei strafbare Handlungen nachgewiesen seien; er habe die Absicht der Vermögensschädigung nicht gehabt, die Absicht eines Vermögensvorsieles ebenfalls nicht, innerlich falsche Vorspiegelungen gemacht oder wahre Tatsachen unterdrückt. Er habe vom Schuldenmachen und Kredit leben müssen, er sei das Produkt seiner Veranlagung und Erziehung. Wenn man alle solche Kavaliers, die ebenso handeln, wie der Angeklagte, einsperren wolle, würde ganz Berlin, ja das ganze Deutsche Reich mit einem Dache überdeckt, nicht ausreichen, diese Leute in sich aufzunehmen. Der Verteidiger Dr. Alsborg sucht insbesondere nachzuweisen, daß ein Betrug nach dem österreichischen Gesetzbuch nicht vorliege, daß man aber zu einer Verurteilung des Angeklagten nur kommen dürfe, wenn sowohl nach deutschem wie nach österreichischem Gesetz ein Betrug vorliege. Heute um 9 Uhr sollen die Plaidoyers fortgesetzt werden.

Aus der Partei.

Zur sozialistischen Einigungskonferenz in Großbritannien.

London, 9. Oktober. (Fig. Ver.) Eine Londoner Korrespondenz, die von der deutschen Parteipresse benutzt wird, enthält in ihrem Bericht über die kürzlich in Manchester abgehaltene sozialistische Einigungskonferenz die inhaltlich falsche Wiedergabe der wichtigsten Resolution, wie sie die meisten der bürgerlichen Blätter Großbritanniens auch brachten. Der Verfasser des Berichts, der offenbar auf der Konferenz nicht anwesend war, verfällt in denselben Ton, in dem sich die englischen bürgerlichen Blätter über die Konferenz moierten.

Nichts ist irreführender als die Behauptung, daß die Spitze der Einigungsbestrebungen gegen die J. L. P. gerichtet sei. Auf der Konferenz war absolut nichts von einem bitteren Ton gegen die J. L. P. zu merken. Im Gegenteil; von allen Seiten hörte man nur den offenen und aufrichtigen Wunsch, daß die J. L. P. Mittel und Wege finden würde, das Werk der Einigung zu vollenden. Auch der Brief, in dem der Sekretär der J. L. P. die offizielle Beteiligung ablehnte, war in freundschaftlichem Tone gehalten.

Was man auch immer der S. D. P. vorwerfen mag, in den Bestrebungen, die sozialistische Einigkeit in Großbritannien herzustellen, hat sie stets die führende Rolle gespielt. Wie sie seit 14 Jahren an dem Werke gearbeitet hat, wird in einer dem Genossen Lee herausgegebenen Broschüre dokumentarisch dargestellt. Die J. L. P. gab auf die Einigungsvorschläge ihrer Bruderpartei stets die stereotypische Antwort, die S. D. P. brauche sich nur der Arbeiterpartei anzuschließen und das Werk der sozialistischen Einigung sei vollbracht. Die S. D. P. hingegen bestand darauf, daß die sozialistische Einigung in Rahmen einer nichtsozialistischen Partei unmöglich sei. Wer von ihnen recht hatte, sei dahin gestellt. Jedenfalls aber war eine Spannung entstanden, die gelöst werden mußte. Dazu trieben schon die jüngeren Elemente, die sich in immer größerer Zahl dem „Industrial Unionism“ zuwandten und neben einer einseitigen wirtschaftlichen Organisation auch eine einheitliche sozialistische Partei zu sehen wünschten.

Die sozialistischen Jungmannschaften streben nach einer großen sozialistischen Partei, die die Gegensätze zwischen den Besitzenden und den heillosen Massen klar zum Ausdruck bringen soll. Und die jüngsten sozialen Erscheinungen sind diesen Kräften günstig. Man glaubt gar nicht, wie populär heute sozialistische Forderungen, wie die Verstaatlichung der Gruben, der Eisenbahnen, des Bodens in den industriellen Gegenden Großbritanniens sind. Nicht etwa als fromme Wünsche betrachtet man sie, sondern als praktisch durchführbare Maßnahmen, die den Kern der Sache treffen.

Unrichtig ist die Behauptung, daß das Fazit der Einigung darin bestünde, daß der S. D. P. einige Hundert unzufriedene Mitglieder der J. L. P. zuzutreiben werden würden. Die S. D. P. hatte weder die Mehrheit auf der Konferenz, noch gehören ihr die Mehrzahl der Zuschauermitglieder an. Wer die vollstänigen Industriegebiete Englands in letzter Zeit durchstreift hat und mit den Genossen in Verührung gekommen ist, weiß, daß ein tabularer Zug durchs Land geht, der die schlummernden Kräfte des Sozialismus zu kräftigem Leben erwecken wird.

Personalien. Zum Parteisekretär für den Wahlkreis Göttingen-Sauba wurde der Genosse Hermann Keller-Dannover gewählt.

Ein Aufsehen erregender Uebertritt zur sozialdemokratischen Partei. Der Chef des Guttemplerordens in Schweden, Direktor Wabrinck, ist der Arbeiterkammer Stockholm und damit der sozialdemokratischen Partei als Mitglied beigetreten. Auf dem letzten Kongress des Guttemplerordens, der mit seinen 160 000 Mitgliedern die größte Kontinentorganisation bildet, hatte Wabrinck sich zur Wiederannahme des Chefpostens nur unter der Bedingung bereit erklärt, daß er ungehindert seiner politischen Ueberzeugung folgen könnte. Man hegte in den Kreisen der Guttempler Bedenken, daß die sozialdemokratische Gesinnung des Ordenschefs, weniger in Schweden als vielmehr im Ausland Anstoß erregen könnte, aber Wabrinck wurde gleichwohl wiedergewählt.

Soziales.

Dürfen in Landgemeinden Ersatz- und Ergänzungswahlen vereinigt werden?

Diese Frage hat jetzt im Gegenfatz zu früheren Entscheidungen das preussische Oberverwaltungsgericht bejaht. In der Landgemeinde Eitenessen waren im November 1909 in der dritten Wahlperiode sechs Gemeindevorsteher zu wählen, darunter fünf zur Ergänzung an Stelle der im regelmäßigen Turnus ausgeschiedenen Gemeindevorsteher und einer als Ersatzmann für einen Vertreter, der im Laufe der Wahlzeit ausgeschieden war. Die Ergänzungswahlen und die Ersatzwahlen wurden in einem Wahlgang vereinigt und zwar wurde so gewählt, daß jeder Wähler erst die fünf Namen nennen sollte, die er als Ergänzungsmänner aussuchen habe, und dann den Namen des Ersatzmannes. Bei der Feststellung des Resultats wurde dementsprechend auf geschieden zwischen den Ergänzungsmännern und dem Ersatzmann.

Die Wahlen wurden angefochten, und der Bezirksausschuß als Berufungsinstanz erklärte die Wahlen der dritten Abteilung für ungültig, weil die Verbindung von Ergänzungswahlen und Ersatzwahlen bei den Landgemeindevahlen mangels einer sie ausdrücklich zulassenden Gesetzesbestimmung unzulässig sei. Der Bezirksausschuß stützte sich dabei auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts.

Das Oberverwaltungsgericht hob jedoch im jetzigen Rechtsmittel das Urteil des Bezirksausschusses auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an den Bezirksausschuß zurück, indem es ausdrücklich seinen früheren Standpunkt aufgab. Begründet wurde auf das allerdings nur für Stadgemeinden ergangene Gesetz vom 1. März 1901 hingewiesen, welches die Verbindung von Ersatz- und Ergänzungswahlen in einem Akt zuläßt und bestimmt, daß dann jeder Wähler getrennt zunächst so viel Personen zu bezeichnen habe, als zur regelmäßigen Ergänzung der Stadtverordnetenversammlung, und sodann so viel Personen, als zum Ersatz der innerhalb der Wahlperiode ausgeschiedenen Mitglieder zu wählen seien.

Gerichts-Zeitung.

Mainzer Unstillschleisschneidereien.

Ueber den Prozeß, in dessen Mittelpunkt die Polizeiaffizientin Frau Dr. Schapiro stand, wurden auf Grund eines sensationell aufgeputzten Berichtes der Korrespondenz „Schweder u. Herßch“ im „Voll-Anzeiger“, der „Morgenpost“ und im „Berliner Tageblatt“ spaltenlange Berichte gebracht, die die wirkliche Verhandlung in der gräßlichsten Weise entstellten. Insbesondere wurde von der Korrespondenz Schweder u. Herßch in der ausführlichsten Weise berichtet, daß mit Namen genannte Mädchen, die keineswegs gewerbmäßig Unzucht trieben, auf Denunziationen hin wegen unschuldiger Liebesleien vor die Polizeiaffizientin geladen und dort einer ärztlichen Untersuchung unterworfen seien. Wir selbst hatten aus derselben Korrespondenz diese Behauptung kurz registriert. Dabei hatten wir bedauert, daß die so trefflich wirkende Polizeiaffizientin, die in keinem dieser Fälle selbständig vorgegangen zu sein schien, solche Fälle nicht vermeiden habe. Von einem Leser wurde uns unter Hinweis auf die ausführlichen Berichte in den genannten Zeitungen sogar der Vorwurf gemacht, daß wir jene angeblich empörenden Beleidigungen einer Reihe von Mädchen nicht ausführlicher gebracht hätten. Wir freuen uns, nachdem wir zuverlässige Informationen über die Gerichtsverhandlung eingezogen haben, konstatieren zu können, daß die angeführten Behauptungen der Korrespondenz Schweder u. Herßch aus der Luft gegriffen sind. In der Gerichtsverhandlung wurde

konstatiert, daß die Polizeiaffizientin auch nicht in einem einzigen Falle eine solche Untersuchung hat vornehmen lassen. Besonders empörend klang in der Korrespondenz ein Fall, nach dem ein Mädchen erklärt habe, sie habe schließlich einer ärztlichen Untersuchung zugestimmt. Diese Behauptung in der von uns zitierten Korrespondenz und in den Blättern, die sie kritiklos übernahmen, entspricht durchaus nicht der Wahrheit. Der Fall hatte vielmehr so gelegen: Das Mädchen, über das polizeiliche Akten bereits vorlagen, hatte die Polizeiaffizientin gebeten, um den gegen sie in Berlin und Mainz ausgestreuten Verdächtigungen entgegen zu treten, möge sie doch eine Untersuchung veranlassen. Die Polizeiaffizientin lehnte dies ab. Darauf wendete sich das Mädchen an den Polizeirat mit der Bitte, die ärztliche Untersuchung zu gestatten. Diese erfolgte dann. Das Mädchen selbst hat später mit ihrer Mutter wiederholt ohne Einladung die Polizeiaffizientin besucht, bei ihr Rat geholt und sich für die Fürsorge, die sie ihr angedeihen ließ, bedankt. Die Polizeiaffizientin hat, wie die Gerichtsverhandlung ergeben hat, in anerkannter Weise mit dem Brauch, wie er früher in Mainz geübt wurde, gebrochen, jedes von der Sittenpolizei vorgeführte Mädchen unteruchen zu lassen. Von 440 (ohne besonderen Auftrag der Polizeiaffizientin) Aufgegriffenen sind etwa nur 300 Mädchen untersucht; von diesen haben die meisten selbst darum, weil sie krank waren. In keinem einzigen Falle hat die Polizeiaffizientin eine Untersuchung veranlaßt, weil die Mädchen Verkehr mit Prostituierten hatten, oder hat irgendwelche Untersuchung veranlaßt. In einigen Fällen sind die Mädchen auf Witten der Eltern untersucht worden; in einem solchen Fall ergab sich, daß von drei Töchtern zwei geschlechtskrank waren. Mit den beiden als Leuchtspiegel bezeichneten Fällen verhielt es sich folgendermaßen: Von einem Viehach auch mit Zuchthaus vorbeistrichen „Kaufmann“ waren Frauen-tropfen zur Abreibung angeboten. Die Tropfen können den im Infanzat verheiratheten Zweck erfüllen, werden aber zu außerordentlich hohen Preisen hauptsächlich an arme Mädchen und Frauen verkauft. Auf Veranlassung der Vorgesetzten hat die Polizeiaffizientin auf einer Postkarte solche Tropfen verlangt. In dem zweiten Falle handelte es sich um eine Frau, die gewerbmäßig gegen Summen von 50 bis 200 M. Abreibungen versprach. Infolge einer Requisition der Staatsanwaltschaft sollte festgestellt werden, in welcher Weise die Abreibungen vorgenommen würden. Um dies zu erfahren, ist ein Dienstmädchen zu der Frau geschickt.

In den von uns zitierten Blättern ist auf Grund der Korrespondenz ferner behauptet worden, es sei die Polizeiaffizientin beim Verlassen des Gerichts von einer Menge bedroht worden. Auch das ist nicht wahr.

Die in unerantwortlicher Weise erfolgte falsche Bericht-erstattung hat zur Folge gehabt, daß der Polizeiaffizientin gemeine Verleumdungen und Drohungen — allein aus Berlin ein halbes Dutzend — zugehen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese traurigen Zeichen gemeiner Gesinnung der um die Hebung der Prostituierten und um den Schutz junger Mädchen vor der Prostitution hochverdienten Frau von Leuten zugegangen sind, die darüber empört sind, daß diese Frau durch Energie, Umsicht und Güte in vielen Fällen Mädchen davor bewahrt hat, der Prostitution zu verfallen und andere aus dem Sumpf in eine andere Lebensstellung gebracht hat.

Wie Streiksanlagen zustande kommen.

Volle 20 Wochen kämpften die Arbeiter des Danziger Schiffbauwerkes in fast beispielloser Solidarität gegen den vaterländischen Millionär Steff, um einen Stundenlohn von 20 Pf. Angebrungen nahmen sie die Arbeit auf, ohne sofort einen sichtbaren Erfolg erringen zu können. Sie erreichten jedoch die Zustimmung, daß von dem Werthebester Rahmregelungen nicht erfolgen sollten. Trotzdem kamen dann ausfällig viel Streiknachspiele vor Gericht. Das Rätsel, wie das kam, wurde am 9. Oktober vor dem Danziger Schöffengericht gelöst. Ein etwa 60jähriger Arbeiterwilleger sollte von einem Streikenden, dessen Freund er 20 Jahre lang war, durch ein Gespräch unter vier Augen beleidigt sein. Der Arbeiterwilleger erklärte jedoch, daß er sich gar nicht beleidigt gefühlt und auch keinen Straf-antrag gestellt habe. Er versicherte, das auch nicht mehr tun zu wollen. Auf die Frage des Richters, wie es denn überhaupt zur Anklage gekommen sei, erwiderte Rechtsanwalt Heymann als Verteidiger, daß von der Werkleitung ein Bureau errichtet sei, um alle Belästigungen Arbeiterwilleger zur gerichtlichen Ebene zu bringen! Der angeblich Beleidigte teilte dazu mit, daß er dreimal

hintereinander aufgefordert worden sei, den Strafantrag zu stellen. Aus den Akten stellte nun der Richter fest, daß sich darin zwar eine detaillierte Schilderung des Sachverhalts, aber gar kein Strafantrag befand. Des Millionärs Schmebureau hatte in seinem Antwortschreiben die Hauptfrage ganz vergessen. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte sämtliche Kosten, auch die der Verteidigung und der dem Angeklagten verursachten persönlichen Aufwendungen, der Staatskasse auf.

Aus aller Welt.

Der Tod im Auto.

Eine schwere Automobilkatastrophe ereignete sich am Dienstag in der Nähe der hannoverschen Stadt Celle. Ein Automobil, das mit fünf Personen besetzt, aus Bremen kam, benutzte die Sandstraße von Wintzen nach Celle. Die Zufälle waren der Dampfmaschinenbesitzer Behrendt aus Rottmühlen bei Bremen und dessen Frau, sowie der Privatmann Bräuning mit Frau aus Amerika und der Chauffeur Jahn. Bei Woye fuhr der Chauffeur zu weit nach rechts und gegen das rechte Brückengeländer eines Baches. Der Wagen stürzte in den Bach und überschlug sich. Die beiden Damen wurden herausgeschleudert. Bräuning und Behrendt kamen unter den Wagen zu liegen. Der Chauffeur war sofort tot. Behrendt kam mit leichten Verletzungen davon, während Bräuning schwere Rippenquetschungen erlitt.

Ein Gelber auf Liebesfahrten.

In der Wülshäuser Gegend im Elbthale machte sich schon seit längerer Zeit ein gewisser Herr Siehe in der Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sehr bemerkbar. Siehe, ein Wädergeselle, hat eine führende Rolle in der „gelben“ Wädereorganisation in Elbthale-Lothringen inne. Vor einiger Zeit ergatterte sich nun dieser Gelbe in einer Wülshäuser Diskontantenkassette auch den Posten als Einkassierer und Krankenkassentrolleur. Seine Tätigkeit beschränkte aber Herr Siehe nicht etwa auf die Kontrolle der kranken Mitglieder, sondern er suchte sich auch verpöndelt, bei den Frauen der erkrankten Mitglieder sich als Stellvertreter ihrer — kranken Männer anzubieten. Bei einer solchen Frau wurde Herr Siehe bei seinem Liebeswerben dann sogar tödlich, so daß sich die Frau ganz energisch zur Wehre setzte. Rathlos wurde Herr Siehe von dem Vorstand der betreffenden Kasse seines Postens enthoben.

Ein Opfer der Schreckensjustiz.

Unter dem Eindruck der vom Wiener Landesgericht gegen die Angeklagten vom 17. September gefällten Schreckensurteile hat sich der Arbeiter Krizenezy, der von Soldaten beschuldigt wurde, ein Messer gezückt zu haben, erhängt. Welche eine moralische Genugthuung für die Radefanatiker im grauen Hause, dem Wiener Kriminalgericht.

Keine Notizen.

Explosion im Bergwerke. Auf der Grube „Storch und Schönbach“ bei Gosensbach im Rheinland erfolgte am Freitag eine Dynamitexplosion. Mehrere Bergarbeiter wurden schwer verletzt.

Verleitet in den Tod. Während eines Tanzabergnügens in Großenleiningen bei Halle a. S. erschoss im Ballsaal der 19jährige Sohn des Steuersekretärs Lorenz die 17jährige Tochter des Landwirts Gantzer und dann sich selbst. Die beiden Liebenden handelten im Einverständnis, weil die Mutter des Mädchens die Liebeshochzeit nicht dulden wollte.

Die giftige Gans. Nach dem Genusse einer Gans erkrankte in Weutchen die sechsöpfige Familie des Kaufmanns Hamburger unter Vergiftungserscheinungen. Während Frau und Kinder noch mit dem Tode ringen, ist Hamburger selbst bereits gestorben. Eine Untersuchung ist im Gange.

Pastor und Gigant. In dem nordamerikanischen Orte Trolie wurde der Pastor Gardin wegen Gigantie verhaftet. Der Pastor gab zu, daß er eine Frau und Kinder in England zurückgelassen habe und daß er sich in Joliet mit einem jungen Mädchen von neuem verheiratete.

Opfer des Sturmes. Während der letzten Stürme in der Nordsee ist die Fischerbarte Nr. 6 mit Sonn und Maus gesunken. Die Umgekommenen sind sämtlich aus Ostende. Ein anderes Telegramm berichtet von dem Untergange des schwedischen Dampfers „Senostlund“ in der Nordsee. An Bord befanden sich 18 Mann, die sämtlich umgekommen sein sollen.

Geute beghet der Stodarbeiter Robert Popig sein 25 jähriges Jubiläum bei der Firma G. Goldbach, Algenandrenstraße 119.

Steppdecken Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Höchste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation aller besseren Qualitäten.
Steppd. à 2.50, 4, 6, bis 250 M.
Schlafdecken à 3, 4, 10 bis 50
Echt. Kamelhaar à 10 bis 36
Spezialkatalog
650 Abbildungen gratis u. franko.

Zeitungs-Fremdwörter und politische Schlagworte.
Verdaut und erklärt von Adolf Braun.
Vierte stark vermehrte und revidierte Auflage.
Preis 30 Pf.
Zu beziehen durch die **Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden),** sowie durch alle „Vorwärts“-Ausgabestellen.

Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. h. H., München.
Neuererscheinungen:
August Zeh:
Die Lösung des modernen Theaterproblems
durch das neue patent. System des Reichellen Aug. Zeh, München. Preis 50 Pf.
Die aktuelle Frage des Theaters der fünfzehnten wird durch den Münchener Kritiker glänzend beantwortet.
Paul Kampffmeyer:
Weltanschauung und Sozialdemokratie.
Heft 1 der „Säbdeutschen Volksbücher“. 64 Seiten. Preis 40 Pf.
Eine durchaus gemeinverständliche Darstellung der wichtigsten philosophischen und ethischen Fragen in ihren Beziehungen zur Sozialdemokratie.
L. Isenheim:
Streik.
Roman aus dem organischen Klassenkampf. In 6 Hefungen à 30 Pf., in Leinen gebunden 2.50 M., Einbanddecke 75 Pf.
Rudolf Franz:
Die schönsten Mädchen für die nationale Kinderwelt
bearbeitet im Sinne des Reichsvertrages gegen die Sozialdemokratie mit zahlreichem Bilderreichtum von Reub. Pfeiffer, München. Preis 1 M.
Eine meisterhafte politische Satire der deutschen Schammascher aller Grade des durch seine Schrift: „Warum ich kein Sozialdemokrat bin!“ bekannten Verfassers.
Früher erschienen:
Wilhelm Schröder:
Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage
von 1883-1909.
In 19 Hefungen à 30 Pf., Einbanddecke 75 Pf. In Leinen geb. 7 M.
Das Werk ist in jeder Arbeiterbücherei unentbehrlich.
Dr. Fritz Brupbacher:
Kindersegen — und kein Ende?
Preis 30 Pf.
Bei der seihgen Teuerung aller Lebensmittel erhält die Schrift besonders aktuellen Wert.
Alle Buchhandlungen und Kolportage liefern obige Schriften zu Originalpreisen.

Eile zu Weile!
119 Dresdener Straße 119 (Eckhaus Oranienpl.)
Ueber **1000 Pelz-Stolas**
Muffen, Kolliers
Extra billige Preise!
Echte Skungs-Stolas von 25 M. an.
Pelz-Hüte, Nutstreifen Felle, Köpfe, Schwelke in allen Fellarten.
Eigene Kürschnerrei.
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.
genau auf Nr. **Bitte 119 und Eile zu Weile** zu achten.

Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden)
In neuer Auflage ist erschienen:
Referenten-Führer
Eine Anleitung zum Gewerbes für die sozialdemokratische Agitationstätigkeit notwendigsten Wissens für Mannens
Von **Eduard David**, 4. durchgesehene Auflage.
Preis 1.50 M.

Nie wiederkehrende **Gelegenheit** bieten unsere
10 % 3 Ausnahme-Tage 10 %
Rabatt 3 Ausnahme-Tage Rabatt
Donnerstag, Freitag, Sonnabend
Es kommen zum freihändigen Verkauf direkt an Private:
1000 Knaben-Anzüge für das Alter von 8-10 Jahren M. 3¹⁵—5¹⁵
5000 Knaben-Pyjacks für das Alter von 8-10 Jahr, M. 3²⁵—6²⁵
ca. **3000 Paar Damenstiefel** in den elegantesten Formen, aus Chevroaux u. Boxcall M. 5⁷⁵
ca. **2000 Paar Herrenstiefel** in den elegantesten Formen, aus Chevroaux u. Boxcall M. 5⁹⁵
ca. **2000 Pelzgarnituren, Moufflon, Tibet, Fuchs, Zobel, Murmel, Skunks usw. sehr preiswert!**
1 großer Posten **Kronen** für Gas u. elektrisches Licht
Eine Serie **Oelgemälde** neuer Meister **spottbillig!**
An diesen drei Tagen gewähren wir auf unsere fabelhaft billigen Preise
10 Proz. Rabatt.
Gelegenheits-Kaufhaus
Schöneberg Hauptstr. 25
Lombard-Lagerhaus-Kommandit-Gesellschaft.

Todes-Anzeigen

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Vater, Schwieger- und Großvater, der Möbelpolierer
Gustav Reuter
verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes aus statt. 10516

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Petersburger Viertel. (Bezirk 373a V.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolierer
Gustav Reuter
Nigauer Straße 39, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hiermit die traurige Mitteilung, daß unser langjähriger Vorstandsmittglied
Gustav Reuter
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand
der Kreis-Krankenkasse der Möbelpolierer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer
Gustav Reuter
im Alter von 61 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige.
Am 9. Oktober verstarb unser Genosse, der Gerüstbauer
Wilhelm Hein
Buttmannstr. 12.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 12. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Bauhof-Friedhofes, Zeesstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rohrleger
Gustav Hälbig
am 8. Oktober an Nervenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Anhalts-Friedhofes in Buch aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß nach langer, schwerem Leiden am Sonntag, den 9. Oktober, unser Kollege
Gustav Faust
sanft entschlafen ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 12. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Paul-Verband-Gemeinde, Nordend, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt
Karl Graul
am Dienstag früh nach kurzem Leiden plötzlich verschieden ist.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen
Martha Graul geb. Kiesel nebst Töchtern und Geschwistern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in der Hermannstraße aus statt.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Dreifachneider
Hermann Goertz
am Montag verstorben ist.
Die zeigen an
Die trauernde Witwe nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhaus Westend am Fürstenbrunner Weg aus statt nach dem neuen Luisen-Kirchhof. 2052

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Hermann Goertz
am Montag verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhaus Westend am Fürstenbrunner Weg aus statt nach dem neuen Luisen-Kirchhof. 240/20
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Verwaltung Groß-Berlin. Distrikt 9, Charlottenburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Kollege, der Bretterträger
Hermann Goertz
am 9. d. Mts. im Alter von 39 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhaus Westend am Fürstenbrunner Weg aus statt. 71/10
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter der H. E. G.
Julius Pohl
am 9. d. Mts. im Alter von 35 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Putzbrücker Straße 33 aus nach dem Städtischen Friedhofe, Seelstraße. 71/10
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer
Erich Kühlhorn
am 6. Oktober im Alter von 29 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bräuer Gemeinde-Friedhofes, Chausseestraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater
Herrmann Baedelt
im Alter von 67 Jahren verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Kirchhofes der Andreaskirche in Wilhelmshagen aus statt.

Dauflagung.
Für die herzliche Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, meines Kindes treuergebender Vater, lagen wir allen Verwandten, Bekannten sowie den Kollegen der Konstitutionsvereins-Halle der Picta Hausens untern herzlichsten Dank. 146/14
Th. Baethge Wwe.
nebst Sohn.

Am Montagabend 1/2 9 Uhr entschleief lauft nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere bergensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Ida Jappe
im 58. Lebensjahre. 2052
Um stille Teilnahme bitten
Der trauernde Gatte nebst Kindern.
Noraues, 11. Oktober 1911.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle, Goethestraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Nowawes.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin Frau
Ida Jappe
am Montag, den 9. Oktober, gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Friedhofes in der Goethestraße aus statt.
Die Mitglieder des Wahlvereins versammeln sich um 3 1/2 Uhr bei Hemle, Wallstraße 55.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Montag nacht 1 1/2 Uhr entschlief nach schwerem Leiden meine liebe Frau
Anna Blumke
geb. Schäfer.
In tiefer Trauer
Gustav Blumke nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rigdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Oeffentl. politische Versammlung.
Freitag, den 13. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr, bei Voeker, Weberstr. 17:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Francesco Ferrer, sein Leben u. seine Bedeutung für die Arbeiterklasse. — 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet 10465
Die Agitationskommission der Anarchisten Berlins.
Der Einberufer: Ernst Decker, Burgdorferstr. 13.

Sozialisten! Achtung! Anarchisten!
Heute, Donnerstag, d. 12. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr in den Monbiter Bürgerkäfen, Deusselstr. 9:
Oeffentliche Volksversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Francesco Ferrer — sein Leben — sein Wirken — die freie Schule — der Krieg. — 2. Diskussion.
Referent: Paul Nicolans. 296/10
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Einberufer: Schatoh, Deusselstr. 59.

Kownoer
aus den
Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Preuss. Stargard.
gegründet 1839.
Tabac russe à priser, goût de Kowno.
Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Nibles Fest-Säle Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Jeden Donnerstag: **Tanzkränzchen** für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4.
bei freiem Entree. C. Nible.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Sport-Palast“, Potsdamer Str. 72/72a:
Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Berichterstattung über die Tarifverhandlungen.
Zu dieser Versammlung werden sämtliche tarifstreuen Gehilfen hiermit eingeladen und um zahlreiches Erscheinen ersucht. 28/6
Albert Massini, Gehilfenvertreter.

Deutscher Banarbeiterverband.
Zweigverein Berlin. Telephon: Amt IV, 4097.
Bureau: Engelauer 15, Zimm. 53.

Sektion der Gips- und Zementbranche.
Freitag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht vom 3. Quartal. 2. Sektionsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Sektionsvorstand.

Sektion der Kunststeinversetzer.
Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Saal 9 des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Der Sektionsvorstand.

Unterhaltungs-Etablissement Bendix
Dir. Martin u. Paul Bendix.
Oranienstr. 68.
Eröffnung:
Sonntag, d. 14. Oktober.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Montag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr:
Versammlung
für die am 1. Oktober angelernten Tischler, Drechsler, Stellmacher, Vergolder usw. im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14, parterre (Arbeitsloftsaal).
Die Berichtvertrauensleute werden ersucht, die angelernten Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Sonntag, den 15. Oktober, vorm. 10 Uhr:
Versammlung
für die
Tisch-Branche Berlins und Sororte
in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Branchenkommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Alle in der Tischbranche beschäftigten Tischler, Polierer, Maschinenarbeiter, Teilarbeiter und auch die ungelernen Hilfsarbeiter müssen erscheinen, ebenso auch die Kollegen, welche dem Transportarbeiter-Verbande angehören.
Zwecks Kontrolle wird der Besuch der Versammlung im Mitgliedsbuch durch Stempel legitimiert.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Branche der Vergolder.
Sonntag, den 15. Oktober 1911:
Matinee
unter Mitwirkung der Hoffmann-Sänger-Gesellschaft
in der „Alhambra“, Wallner-Theater-Str. 15.
Anfang 12 Uhr. — Billett 30 Pf. —

Verband der Schneider und Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin III, Neue Königstraße 6.
Achtung! Wäschearbeiter und -Arbeiterinnen!
Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Schweizergarten“, am Königstor:
Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Tarifniederlegung und welche Vorteile haben wir durch die Lohnbewegung errungen? Referent: W. Eue.
2. Der Streik bei Blume, Wohl u. Heymann und J. u. R. Simon.
Kolleginnen und Kollegen! Die Festsellung der Tarifhöhe ist bis auf sechs Jahren erfolgt. Zur Erzielung steht noch die Lohnaufbesserung der Lohnarbeiter und -Arbeiterinnen, welche bis zur nächsten Woche erfolgen muß. Kollegen und Kolleginnen! Prüfen wir gemeinsam die neuen Tarifverträge und deren Vorteile für die Arbeiter und Arbeiterinnen. Es ist deshalb Pflicht, daß alle Mann für Mann, auch alle Heimarbeiterrinnen erscheinen. 252/13
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Groß-Berlin.
Freitag, den 13. Oktober 1911, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 5):
Bauvertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Unser diesjähriger Fensterstreik. 2. Die Situation auf den Bauten und im Gewerbe im allgemeinen. 3. Verschiedenes.
Kein Bau darf unterbreiten sein!
Die Bezirksleiter werden ganz besonders aufgefordert, zu erscheinen, da sie die Billetts zu dem Vergnügen des Gesangsvereins der Töpfer in Empfang nehmen sollen!
Der Vorstand.
193/3
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Aus Industrie und Handel.

Die Montanproduktion der Welt.

In dem soeben erschienenen statistischen Teil des Jahresberichts des Vereins für die bergbauischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund für das Jahr 1910 sind zahlenmäßige Angaben über die Montanförderung der Welt enthalten. Der Verein veranschlagt die gesamte Kohlenförderung der Erde für 1910 auf 1,152 Milliarden Tonnen. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1909 eine Förderungszunahme um 42 Millionen Tonnen. An dieser Kohlenförderung sind die Vereinigten Staaten von Amerika mit 39,5 Proz., Großbritannien mit 23,3 Proz. und Deutschland mit 19,3 Proz. beteiligt. Auf die anderen Teile der Erde entfallen damit nur 18 Proz. der gesamten Kohlenförderung. Die Koks-erzeugung der Welt ist für das Jahr 1909 angegeben. Sie beträgt 91 Millionen Tonnen gegen 77 Millionen Tonnen im Jahre 1908. Daran waren beteiligt die Vereinigten Staaten von Amerika mit 35 1/2 Millionen, Deutschland mit 21 1/2 Millionen und Großbritannien mit 19 Millionen Tonnen. Nach den bisher vorliegenden Mitteilungen ist für das Jahr 1910 wieder eine Zunahme der Koks-erzeugung zu verzeichnen, die nach der Veranschlagung des Vereins für Amerika und Deutschland je 2,2 Millionen Tonnen ausmacht. Interessant ist die Angabe, daß der Wert der gesamten deutschen Bergwerksproduktion im Berichtsjahre zum erstenmale 2 Milliarden Mark überstieg. Genau betrug der Gesamtwert 2008,6 Millionen Mark. Daran partizipierte die Steinkohle mit 1 1/2 Milliarden Mark, die Braunkohle mit 178 1/2 Millionen Mark und das Eisenerz mit 107 Millionen Mark. Insgesamt waren diese 3 Mineralien mit 90,2 Proz. an dem Gesamtwert der deutschen Bergwerks-produktion beteiligt. Die Koksenerzeugung der Welt, die 67 Millionen Tonnen betrug, zeigt gegen das Jahr 1909 eine Zunahme um 6 Millionen Tonnen. An der Koksenerzeugung waren die Vereinigten Staaten von Amerika mit 27,7 Millionen, Deutschland mit 14,8 Millionen und Großbritannien mit 10,4 Millionen Tonnen beteiligt. Bemerkenswert sind die Angaben, die der Bericht über den Wettbewerb fremder und einheimischer Koksle auf dem inneren Markt macht. Nach Hamburg gelangten im Berichtsjahre 8,4 Millionen Tonnen, von denen 88,1 Proz. auf rheinisch-westfälische und 61,9 Proz. auf englische Koksle entfielen. Im Jahre 1909 war das entsprechende Verhältnis 34,1 und 65,9 Proz. Man ersieht daraus, wie stark der englische Wettbewerb ist, was auch aus der Koksverbrauchsstatistik für Groß-Berlin hervorgeht. Von dem Koksverbrauch Groß-Berlins entfielen nämlich im Jahre 1909 24,7 Proz. auf Großbritannien und 44,8 Proz. auf deutsche Steinkohle. Berlin verbrauchte in demselben Jahre 30 Proz. des Gesamt-kohlenquantums in Gestalt von Braunkohle.

Aus der Frauenbewegung.

Noch ein Damentag.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Ende der vergangenen Woche hatten sich die bürgerlichen „Frauenrechtlerinnen“ hier niedergelassen. Der Allgemeine Deutsche Frauenverein, wohl der älteste derartige Verein, hielt seine 26. Generalversammlung ab. Die Stadt hatte ihm den Saal des Altkatholikhauses eingeräumt. Dem Frauenverein wurde der Kathausaal, der ja keinem städtischen Zweck mehr dient, mit Recht, wie jedem patriotischen Altkatholikverein, unbedenklich überlassen. Zu derselben Zeit erhielt jedoch der Freidenkerverein vom Magistrat den Bescheid, daß ihm der Saal zu dem am 21. November beabsichtigten Lichtbildervortrag nicht überlassen werden könne, da man „ange-sichts der für die Benutzung des Altkatholikhauses städtisch auf-

gestellten Grundfläche Bedenken trage.“ Man muß sich deshalb wundern, daß man die Frauenrechtlerinnen durch den Reizstreikfall des braunschweigischen Schlaraffenlandes hindurch und in die Eulenspiegelstadt hineinzieht. Aber sie sind ja so zahm, so unendlich zahm und anspruchslos, diese bürgerlichen Damentagsdamen, daß sie die Herzogin, die Frau eines Obotritenfürsten, mit ihrem Besuch „beehrte“ und der braunschweigische Staats- und Polizeiminister Hartwig, derselbe, dessen Polizei am 26. Januar 1910 die Arbeiter niederjähelte, ihnen eine Begrüßungsrede hielt. Auch derselbe Bürgermeister Meyer, der den ablehnenden Bescheid an den Freidenkerverein geschrieben hatte, hielt den Frauenrechtlerinnen eine Begrüßungsrede. — Die bürgerliche Frauenbewegung hätte sich gar nicht schwerer kompromittieren können, als dadurch, daß sie sich von solchen Finstertingeln und Volksfeinden bewillkommen ließ.

Das Milieu farbte denn auch stark auf den Kongreß ab. Fräulein Dr. Gertrud Bäumer, die über die staatsbürgerliche Erziehung der Mädchen sprach, forderte zwar staatsbürgerliche Erziehung der Mädchen, wobei die Teilnahme an der praktischen sozialen Arbeit unentbehrlich sei, aber die Frau solle nicht neue Rechte beanspruchen, auch nicht solche laut fordern oder gar dafür demonstrieren; die stille Arbeit für die Frauenbewegung, die praktische soziale Betätigung sei ihr Arbeitsfeld. In der Hauptsache verlangte Fräulein Bäumer eigentlich nur die Abschaffung der aller-ältesten Lockenbürste, der heroischen Kriegsgeschichte usw., aus dem Unterricht und dafür etwas staatsrechtliche Belehrung. Vespheidener können die Damen kaum sein. Am besten charakterisiert sich die Auffassung Fräulein Bäumers von der Frauenbewegung in dem Satz, daß im Religionsunterricht „die gewaltigen Imperative des Christentums nicht nur gelehrt, sondern auch innerlich begriffen werden“ müßten. Die Religion müsse das Fundament der Erziehung bleiben. Praktisch soll die staatsbürgerliche Erziehung der Mädchen durch staatsrechtliche Kurse, Anschluß an andere staatsbürgerliche Bildungsvereine, gemeinsame Arbeit mit den Lehretinnenvereinen und Gründung von Jugendgruppen gefördert werden. Vom Frauenstimmrecht war nicht die Rede.

Weniger durch das Milieu beeinflusst war ein Vortrag, den Fräulein Helene Lange über das Thema „Was verstehen wir unter der Gleichberechtigung beider Geschlechter“ hielt. Fräulein Lange kam ganz richtig zu dem Schluß, daß Freiheit und Selbstbestimmung, die die Frau, wie der Mann, zu beanspruchen hätten, nicht mehr persönliche, sondern kollektive Faktoren seien, weshalb die Frauen das Mitbestimmungsrecht in Staat und Gemeinde fordern müßten. Diese Forderung war sehr vorsichtig umschrieben. Auch Fräulein Lange scheute davor zurück klipp und klar das Frauenstimmrecht zu verlangen.

Frau Dr. Altmann-Gotttheiner, die über die Erziehung der Mädchen für das Berufsleben sprach, verlangte für die Mädchen den gleichen Fachunterricht, wie für die qualifizierten Industriearbeiter. In diesem Sinne forderte sie Pflichtfortbildungsschulen auch für die Mädchen. Sie ist jedoch nicht für unbeschränkte Berufsfreiheit. Die Gesetze sollten bestimmen, daß die weibliche Berufsarbeit nur dort zugelassen werde, wo Frauenarbeit ohne Gefährdung der Gesundheit möglich sei.

Eine Resolution, die die Ausgestaltung der weiblichen Berufsbildung im Sinne der Gleichstellung der Mädchen mit den Knaben und die obligatorische Fortbildungsschule als reine Hochschule für alle gelernter Berufe verlangte, wurde angenommen. In die Debatte griff mit schmerzlichen Hammerungen der Damen ein Rechtsanwalt Kronheim ein, der Syndikus der überaus arbeiterfeindlichen Straßenbahndirektion, der von dem Straßenbahndirektor Vollmacht hat, den „Volksfreund“ bei jeder Neuerung zu verklagen, aus der sich ein Prozeß machen läßt. Man sieht: die Damen hatten wenig Glück mit ihren männlichen Protektoren.

Um die private Wohltätigkeit zu reformieren, wurde beschlossen, sich allen Aufrufen für Blumentage, Bazare und Wohltätigkeitsfeste gegenüber ablehnend zu verhalten. Ein Vortrag für den Kultureinfluß der Frau als Konsumentin hielt sich zunächst in einem östlicheren Rahmen, beleuchtete aber dann auch die Schäden der Heimarbeit.

Der letzte Tag des Kongresses war der weiblichen Jugend gewidmet. Es wurde in einem Vortrage von Fräulein Elisabeth Dröschler ein staatliches Jugendpflegeamt, als Zentralstelle, mit städtischen Klubhäusern für Mädchen verlangt. Alle Bestrebungen müßten von politischen Einflüssen frei bleiben. Das heißt: der Arbeiterjugendbewegung soll ein Bein gestellt werden. Man will sie für politisch erklären, die jungen Arbeiterinnen in die städtischen Klubhäuser einsperren und dort „bürgerlich“ erziehen.

Eine Jugendversammlung, zu der die ehemaligen Schülerinnen der höheren Mädchenschulen eingeladen waren, war nur von höchstens 50 jungen Mädchen besucht. Es wurde von Fräulein v. Felsberg-Leipzig die Gründung einer Jugendgruppe vorgeschlagen, in der die Angehörigen der besseren Stände sich mit sozialer Hilfs-tätigkeit vertraut machen sollen. Die Jugendgruppe soll junge Mädchen bis zu — 30 Jahren umfassen. Zur Gewinnung der Konfirmantinnen soll eine Agitationskommission eingesetzt werden.

Alles in allem könnte man das Resultat dieses Damentages dahin zusammenfassen: Die Damen haben die Ueberzeugung gewonnen, daß die Erziehung der „besseren“ weiblichen Jugend einseitig ist, was sich dadurch rächt, daß die Frauen der „besseren“ Stände jeden Einfluß auf die Proletarierfrauen verlieren. Deshalb sollen der „besseren“ weiblichen Jugend einige staatsrechtliche Begriffe beigebracht und ihr eine soziale Betätigung empfohlen werden, die nicht, wie Blumentage und Wohltätigkeitsbazare, den Stempel der Lächerlichkeit und der Heuchelei offen zeigt, sondern, ohne nur im geringsten die sozialen Verhältnisse selbst zu ändern, der „besseren“ Frau das Vertrauen der Proletarierfrau wiedergewinnt. Die Damen sehen auch ein, daß es eigentlich ein Unrecht ist, ihnen das Stimmrecht vorzuenthalten, aber sie wissen sehr wohl, daß wenn sie es bekommen, es auch die Proletarierfrauen bekommen müssen, was der Anfang vom Ende der bestehenden Gesellschaftsordnung sein könnte. Deshalb wollen sie das Stimmrecht doch lieber ihren Männern allein lassen; denn diese sorgen doch schließlich mit ihrer Jagd nach Profit oder in ihren gut besoldeten Stellen so reichlich für Frau und Tochter, daß man über den Mangel der politischen Gleichberechtigung schon ein Auge zudrücken kann und sich nur mit schönen, aber sehr vorsichtigen Phrasen der Stimmrechtsfrage naht. Ueberhaupt, nur nicht laut fordern, nicht protestieren, nicht demonstrieren! Die kapitalistische Gegenwart ist doch schließlich auch für die kapitalistische Frau trotz aller Schönheitsfehler gar zu süß. Deshalb still und leise die Schönheitsfehler überschmieren und still und leise die Proletarierfrau in seine Garne locken! Die Dame die Gebieterin und Beglückterin, die Proletarierin das dankbare, gehorsame, vertrauende und leicht zu lenkende Objekt der sozialen Betätigung der Dame! Nur ja nicht zu fest zugreifen, damit das Kartenhaus der kapitalistischen Gesellschaft nicht ins Wanken kommt oder gar zusammenpurzelt!

Daß mit einer solchen Frauenbewegung der Arbeiterfrau nicht gedient ist, im Gegenteil, daß die Frauenbewegung der Damen schließlich nur den Zweck hat, die proletarische Frauenbewegung lahm zu legen, das werden die Arbeiterfrauen schon von selbst herausfinden.

Sesabende.

Marientorf. Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Lucas, Nachf. Paul, Königsfr. 14.

INTERNATIONALE HYGIENE-AUSSTELLUNG DRESDEN 1911.

Weltausstellung für Gesundheitspflege

wird

endgültig am 31. Oktober geschlossen.

Besucherzahl bis 6. Oktober 4767593 Personen.

Möbel

Liefert auf **Teilzahlung** bei **kleinster Anzahlung** in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Sie hat etwas
 sehr reizvolles, die Mode von 1911-12. Entzückende, für jeden Geschmack passende Modelle enthält das reich ausgestattete **Favorit-Modenalbum** (nur 60 Pf.), franko 70 Pf., **Jugend-Modenalbum** 50 Pf., franko 60 Pf., bei C. Müller, Berlin, Spittelmarkt 5.

Loden

für Wetter-Pelerinen, Kostüme etc., **„Imprägniert“** Nr. 1.50, 2.25, 3.00.
 Zuschlager Koch & Seeland G. m. b. H., Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Getreideg.

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 53 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichberger Str. 5.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 12. Oktober 1911:
 Anfang 7 1/2 Uhr.
S. Oberhand. Adella.
S. Schauspielhaus. Die Dutzend.
 Deutsches. Benchesien.
 Nene Operetten. Die moderne Eva.
Neues Schauspielhaus. Hgl. Haberland. Spezialitäten.
Kirchhof. Ein Jagdfest am Hofe Ludwig XIV.
Kirchhof Schumann. 1000 Jahre auf dem Reitergrund.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Tondenztrahe 48/49.
 Geheimnisse der belebten Natur.
Kammermusik. Verkaufte Seelen.
 Festung. Glaube und Heimat.
 Residenz. Ein Walzer von Chopin.
 Köstlicher Strahe. Hundstage.
 Komische Oper. Die ferne Sultane.
Neues K. Operntheater. Romeo und Julia.
Lehrtheater. Der Großfürst.
 Schiller. O. Es lebe das Leben.
 Schiller. Charlotteburg. Der Herr von Hochfeld.
Friedr. W. H. Schauspielhaus.
 Der Leinwand und sein Pflanz.
Neues Volksbühnen. In Behandlung.
 Berliner. Hummelstudenten.
 Neues. Die Näherin.
 Werrau. Die Nacht von Berlin.
 Kleines. Papa.
 Deutsches. Die Dame in Rot.
 Trianon. Rein Baby.
 Thalia. Polnische Wirtschaft.
 Kullen. Die Nacht der Liebe.
 Hofe. Vorderbaum und Bettelstab.
 Casino. Der selige Holschinsky.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Apollo. Spezialitäten.
 Wagner. Spezialitäten.
 Königshof-Kasino. Spezialitäten.
 Reichshof. Stettiner Sänger.
 Herrfeld. Schmerzlose Behandlung.
 Das Kind der Firma.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Koch. Dan Solar.
 Polies Caprice. Kobi Krach. Nr. 14.
 Walhalla. Tuschel, das hat eingebrochen.
Boigt. Die Kameliendame.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Der Sittenapostel.
 Jutimes. Kon. — Liebesabenteuer.
Sternwarte. Quackbinder. 57-62.
Kaiser-Panorama. Kur: 2. Hofbus.
 Konstantinopel. 3. Wanderungen am Gardajce.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
 8 Uhr:
Geheimnisse der belebten Natur.

Theater des Westens.

8 Uhr: Die Dame in Rot.
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
 Ein Walzertraum.

Belle-Alliance-Theater.

Abendstück 8 1/2 Uhr:
 Novität! Der Sittenapostel.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: Die Räuber.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Maria Stuart.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Nacht von Berlin!
 Große Jahresrevue in 7 Akten von Jul. Freund. Musik von B. Holländer.
 In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
 Stunden gelächelt.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr:
 10 sensationelle Novitäten.
 Experimental-Psychologie
Leo Erichsen.
 Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel Tangel.
 New Yorker Burleske Gesellschaft
 usw.

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener
 Lacherfolg!
Das Kind der Firma
 mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
 Anfang 8 Uhr.
 Vorherf. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Freie Volksbühne

Extravorstellung Artur Schnitzler Einakterzyklus:
Anatol
 Sonntag, den 15. Oktober, im Lessing-Theater, nachmittags 3 Uhr.
 Einlaßkarten a 1,30 M. in allen Zahlstellen erhältlich.

Lessing-Theater Björson: Wenn der junge Wein blüht.	Neues Schauspielhaus Leasing: Nathan der Weise.
Thalia-Theater John Galsworthy: Der Zigarettenkasten.	Residenz-Theater Emil Augier: Die arme Löwin.
Abendabteilungen Hermann Bahr: Josephine.	Herrnfeld-Theater Wied: 2 x 2 - 5.

Ordnersitzung

Donnerstag, 19. Okt., abends 8 1/2 Uhr,
 Saal III des Gewerkschaftshauses.
 Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden für die Nachmittags- und Abendabteilungen.
 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Gesangverein „Liedesfreundschaft“

Baumschulenweg
 Mitgl. d. D. A.-S.-B. — Chorleiter: R. Böhring.
 Sonnabend, den 14. Oktober 1911, im Etablissement „Spreegarten“ in Treptow, Alt-Treptow Nr. 10-13:
Kunst-Abend
 Mitwirkende:
 Frau Marg. Walkotte, Gesangs- u. Vortragskünstlerin.
 Herr Berthold Pusch, Bariton. Frä. Amalie Birnbaum, Violine. Frä. Jacoba Heußler, Rezitation.
 Nach dem Konzert: **Tanz.**
 Anfang 8 Uhr. [1045b] Eintritt 50 Pf.

SPORTPALAST

Potsdamer Str. 17.
 Allabendlich: **Hurra! Parade!** Gr. militärische Revue in 6 Bildern. **Sport-Attraktionen** I. Rangos. Sololäufer u. -Läuferinnen. Schnelllauf-Konkurrenzen. Hockey-Spiele usw.
 Circa 200 Mitwirkende.
 2 Musik-Kapellen. — Feenhafte Beleuchtung.
Grösster Eispalast der Welt!

CLOU

BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90-91.
Gr. Doppel-Konzert.
 Musik. d. 5. Garde-Reg. Oberm. Tschätsch.
 Musik. d. G. Mus.-Regt. Oberm. Maasberg.
 Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 An allen Wochen-Promenaden-Konz. b. freiem Entr. Heute: Musik. d. 2. G.-Regt. z. F. Oberm. Graf.

Casino-Theater

Lehringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
 Allabendlich der neue
Berliner Poffen-Schlager
Der selige Holschinsky.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Wapa Ritische.

Roacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
 Teckli N., Brunnentstraße 16.
Don Cesar
 ob: König und Strahensängerin.
 Schauspiel mit Ges. in 5 Akten von W. Friedrich.
 Don Cesar: Dir. Rob. Dill.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Zirkus A. Schumann.

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
 Auftreten sämtl. Spezialitäten.
 9 1/2 Uhr die prachtvolle Feerie
1000 Jahre Meeresgrunde
 auf dem
Meeresgrunde
 Morgen, Freitag keine Zirkusvorstellung, sondern z. 1. Male:
Die Orestie.
 Auftreten d. Deutschen Theaters im Zirkus Schumann.

Zirkus Busch

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
 Die größte und neueste Attraktion aus C. Hagenbecks berühmtem Tierpark Stellingen:
Die beiden Menschenaffen „Max und Moritz“.
 4 origin. Perez 4.
 Zum 1. Male auf d. Kontinent.
 Der Aeronaut im Zirkus!
 Viola und Bro. Exzentriks — Herr Ernst Schumann m. neuen Freiheitsdressuren.
 Um 9 1/2 Uhr zum 24. Male:
Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.

Union-Theater

Direktion: Willi Cremer.
Morgen: Letzter Tag des dieswöchentlich glänzend. Elite-Programms.
Sonnabend: Premiere!
 Der **Moritzplatz**
Hasenheide schwarze
Traum.
 In der Hauptrolle: **Asta Nielsen.**
Alexanderplatz
Unter d. Linden
 Interessante Neuheit:
 Wie
Frieda Hempel
 ins Grammophon sang!
 Ton und Bild der gefeierten Künstlerin.

Zirkus Moulier

Dickensberg, Möllendorferstraße, am Ringbahnhof, Frankfurter Allee.
 Heute, Donnerstag, den 12. Okt., abends 8 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung
 sowie bis Sonntag, den 15. Oktober, täglich 8 1/2 Uhr:
Gr. zirzensische Vorstellung.
 Vorverkauf: Fingerringstraße 6. Mundt, Ringbahnhof, Frankfurter Allee. 2542

Boigt-Theater.

Heute: Gastspiel in
 Puhmanns Theater, Sächsenhäuser Allee 149.
Die Kameliendame.
 Dram. Gemälde von A. Dumas, Sohn
 Kassenöffnung 7, Anf. 8 1/2 Uhr.

Ausstellung Nordland

Kurfürstendamm 151
 nahe Bahnhof Halensee und Charlottenburg.
 Geöffnet ab 10 Uhr vorm.
125 Polarbewohner
 bei Arbeit, Sport und Spiel.
 Rentierherde, Polarbären.
 Eintritt für Ausstellungsg. 50 Pf.
 Vorführungen:
 Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 9 Uhr.
 Sonntags 12, 3, 4 1/2, 6, 7, 9 Uhr.
 Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr.
 Eintrittspreis 30 Pf.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
 Meysol, Britten, Seidel,
 Horst, Schröder, Schubert
 Gröning A. u. R. Schröder.
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr.
 Sonntag
 7 Uhr.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.

Concordia - Festsäle.

Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
 64 Andreassstraße 64.
 Jeden Donnerstag:
Große Soiree
 d. allgemein beliebten und bekannten
Hoffmanns Sänger.
 Direktion Fr. Fanher mit vollständigem neuem Programm
 Anfang 8 Uhr.
 Nach der **Frei-Tanz.**
 Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Schiller-Theater O.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.

Schiller-Theater

Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
 Samstag: Der eingebildete Kranke.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
 Sonntag, mittags 12 Uhr:
Kammermusik u. Gesang.

Neues Theater.

Anf. 8 Uhr. Gastspiel Hansi Niese:
Die Näherin.

Berliner Theater.

8 Uhr:
Hummelstudenten.

Theater in der Königsgrätzer Straße

8 Uhr:
Hundstage.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.
 Schwan in 3 Akten u. Néron u. Barré.
 Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Bredenk.
 Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Quijzen-Theater.

Donnerstag und folgende Tage:
Die Macht der Liebe.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
 Abends 8 Uhr:
Vorderbaum u. Bettelstab.
 Freitag: Das Mädchen v. Hellbrunn.
 Sonnabend nachm.: Prinzessin Edeltraut.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
 die japan. Mimodramatikerin mit ihrer Truppe I. ihr.
Mime Sato, Mimodramen.
Ali Ben Hamad-Truppe,
 15 eingeb. Springer a. Agadir.
Georg Kaiser in ihren
Putzi Cassani Parodien
 und das
gr. Oktober-Progr.
 14 Spezialitäten.

Castans Panoptikum.

Corso-Varieté.
 Friedrichstr. 165.
 Heitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
 U. a.:
 Das urkom. Zwerginnen-Duett.
 Unter 50 Pf.

PASSAGE :: ::

PANOPTIKUM
 Die wilden Lebens!
Heul-Derwische
 aus Ceylon
 mit ihren fanatisch. Produktionen. **Merino,** der lebende Amboß. **AGA,** die schwebende Jungfrau.
 Alles ohne Extra-Entree.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Kobi Krach.
 Unter Teil.
Nr. 14.

M. Rempinski & Co.

Weingroßhandlung
Berlin W., Leipzigerstraße 25
Tel.-Adresse: Austernbank ☛ Fernsprecher: Amt I, 9561/88

Wir empfehlen als besonders preiswert:
Roten Bordeaux Wein
1907 er Chât. Bassalère Bassens
leichter angenehmer Tischwein per 1/1 Fl. Mark 1,-

Die Preise ermäßigen sich bei Abnahme von
25/1 Flaschen um 5 %
50/1 Flaschen um 7 1/2 %
100/1 Flaschen und darüber um . . . 10 %
Leere Flaschen und Verpackung werden bei franks Re-
tournerung zu den berechneten Preisen zurückgenommen

Ferner:
Unsere eigenen Sectmarken Infolge be-
deutender Abschlüsse zu unver-
änderten Preisen

Niederlagen werden vergeben

▼ ▼ ▼

Unsere Abteilung für Austern und
Caviar hat mit dem Versand begonnen

Lieferung für Berlin und Umgegend frei Haus, nach auswärts frei Bahnhof hier
Ausführliche Preislisten stehen zur Verfügung



KL. GERTRAUDEN STR.

SCHARRENSTRASSE

PETRI PLATZ

H. Esders & Dyckhoff

Berlin C, Gertraudenstr. 8, 9
Kl. Gertraudenstr. 1-2, Scharrenstr. 18, an der Petrikirche

Grosses Spezial-Haus für
Herren- und Knaben-Kleidung

Damen-Schneider-Kleider und Mäntel
fertig und nach Mass

ULSTER

PALETOTS

FAHRGEGELENHEIT UNTERGRUNDBAHN SPITTELMARKT
Strassenbahn: 8, 39, 47, 48, 58, 59, 62, 64, 65, 66, 67, 69, 71, 72, 74, 76, 78, 79, 99, Omnibus: 1, 3, 8

„Reik“ - Rabattmarken

„nehme ich **am liebsten**“,
sagt jede verständige Hausfrau,
„denn sie sind **sehr wertvoll!**“

Reik in Rixdorf.

Wenn man für 50 Mark Reik-Rabattmarken eingeklebt hat, erhält man dafür in jedem **5 Mark in bar** ausgezahlt. Rabatt-
Reik-Laden sofort karten zum Ein-
kleben der Reik-Rabattmarken gibt es in allen Reik-Läden umsonst.

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,



in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

270 Wagg. Weißkohl
250 „ Kartoffeln
offerieren äußerst billig
Gebr. Buscat, Breslau.
Tel. 4832. Verkäufer an allen
Plätzen geübt. 252/4

Einzelparzellen!
20 Minuten vom Scharf. Bahnh.
10 Pl. Tour, im herrl. Wald, an
fertigen Straßen, best. zu günstigen
Abzahlungsbedingungen W. Postlehn,
O. 98, Marienb. d. d. 9.



In jetziger teurerer Zeit

lassen  **MAGGI'S Suppen**
der Iparlamen Hausfrau vorzügliche Dienste. Ein Würfel für 2-3 Liter kocht nur 10 Pl., und sie schmecken nur mit Wasser kurze Zeit gekocht, ebenso kräftig wie die besten mit Fleischbrühe hergestellten Suppen. Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen (Schutzmarke Kreuzstern).
Mehr als 30 Sorten.
„MAGGI'S gute, sparsame Küche.“

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 15. Oktober, findet in den Bezirken Groß-Berlins eine Flugblattverbreitung statt. Dieselbe beginnt 8 Uhr morgens. Wir bitten die Mitglieder der Organisation, allesamt zur Stelle zu sein, damit die Verteilung prompt und rasch erledigt wird.

Daran anschließend werden am Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, 78 Versammlungen abgehalten, in denen die Tagesordnung, das Verhalten der Regierung und des Volkes erörtert werden soll.

Wir erwarten, daß keiner unserer Anhänger fehlt und eine intensive Agitation für Massenbesuch entfällt wird.

Röpenitz. Der Bildungsausschuß veranstaltet am Donnerstag, den 12., im Stadttheater seinen ersten diesjährigen Theaterabend, an welchem „Der Fartzer von Kirchfeld“ zur Aufführung gelangt.

Schönherke (Bezirk Panlow). Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof des Genossen Czerninski: Öffentliche Versammlung. Stadtverordneter Genosse Paul Dupont-Berlin wird über die Lebensmittelerhöhung und die nächsten Reichstagswahlen sprechen. Die Parteigenossen von Panlow wollen sich zahlreich an der Versammlung beteiligen. Die Agitationskommission.

Röntgenal. Der heutige Jahlabend fällt aus; dafür abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in Verma bei Salzmann, Vaidorfer Straße. Bericht vom Parteitag. Referent Genosse Schwent.

Trebbin. Am Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus (Emil Schulze): Große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Teuerung und die politische Situation. Referent Genosse Gebriede-Charlottenburg.

Bernsdorf. Am Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale von J. Knorr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht vom Parteitag. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Unsere diesjährige Parteipartei verbunden mit Agitationstour findet am Sonntag, den 22. Oktober, statt. Sämtliche freien Vereine der Umgegend sind hierzu eingeladen.

Berliner Nachrichten.

Rochmals: Die Krankenpflege in den Ferienkolonien.

In unseren wiederholten Betrachtungen über die in Ferienkolonien vorgekommenen Scharlachkrankungen erwähnten wir neben der Ferienkolonie Uebigau auch die Ferienkolonie Bad Sulza. Wir teilen mit, daß auch in Sulza im Monat August unter den Ferienkolonisten eine Scharlachepidemie ausgebrochen war. Wenige Tage nach der Rückkehr eines der nicht erkrankten Ferienkolonisten sei dann im Elternhaus seine jüngere Schwester an Scharlach erkrankt. In einer anderen Familie liege ein in Sulza gewesener Ferienkolonist infolge Scharlachkrankung schwer danieder. Einer dritten Familie sei ein in der Ferienkolonie Sulza an Scharlach erkrankter Sohn nach langem Krankenlager durch den Tod entzogen worden. Diese drei Ferienkolonisten hatten zu einer Gruppe von Kindern gehört, die erst am 11. August von Berlin abgefahren war. Der lehrerwähnte Knabe war Ende August in Sulza an Scharlach erkrankt und starb dort am 25. September. In dem dortigen Krankenhaus sollen acht Kinder dieser Gruppe gelegen haben, die sämtlich an Scharlach litten.

Jetzt ist uns — leider erst sehr spät — gemeldet worden, daß in Bad Sulza auch schon im Juli unter einer anderen Gruppe von Ferienkolonisten eine Scharlachepidemie geherrscht hat und auch damals schon ein Knabe gestorben ist. Nachdem die Gruppe am 11. Juli von Berlin abgefahren war, hatte sie in Sulza am 15. Juli die erste Scharlachkrankung. Der erkrankte Knabe wurde sofort in das Krankenhaus gebracht und starb da am 19. Juli. Gegenüber der Mutter hat der Berliner Verein für Ferienkolonien durch eine vom 28. Juli datierte Inschrift des Vorstandsmitgliedes Medizinalrat Dr. Ruge sich dagegen verwahrt, daß „der Aufenthalt in der Kolonie an der Erkrankung und dem Tode des Kindes schuld sein“ solle. Es gebe „gegen Ansteckung leider kein Mittel“, meint der Herr Medizinalrat. Nach jener ersten Scharlachkrankung sollen in derselben Gruppe, so wird uns auf das bestimmteste versichert, noch mehrere Fälle von Scharlach vorgekommen sein. Etwa am 6. August trat in dieser Gruppe die letzte Scharlachkrankung auf. Am 7. August kehrten die gesunden Kinder heim nach Berlin, während die Kranken noch im Krankenhaus zurückblieben. Am 11. August traf aus Berlin eine neue Gruppe ein, von der oben schon die Rede war. Sie wurde in dasselbe Hotel gelegt, in dem die erste Gruppe einquartiert gewesen war. Auch in der neuen Gruppe traten dann, wie schon gesagt, Scharlachkrankungen auf — und auch hier holte der Tod sich sein Opfer.

Uebigau und Sulza sind leider nicht die einzigen Ferienkolonien, die in dem diesjährigen Sommer von Scharlach heimgeheftet wurden. Eine uns zugegangene Nachricht meldet, daß auch in Kolberg in dem dort befindlichen Berliner Sommerheim unter den Ferienkolonisten mehrere Scharlachkrankungen vorgekommen sind. Noch Ende September lagen in dem Kolberger Krankenhaus einige Kinder aus Berlin, die in der Ferienkolonie an Scharlach erkrankt waren. Hier scheinen die Erkrankungen erfreulicherweise sämtlich nicht schwer gewesen zu sein, uns ist wenigstens kein Todesfall bekannt geworden.

Die Baumfällnacht. Nun hat auch der Alexanderplatz fast seinen gesamten Baumbestand verloren. Es stehen hier nur noch etwa ein Dutzend der alten Bäume am östlichen und westlichen Bürgersteig. Die inneren Baumanlagen einschließlich des Springbrunnens sind dem Untergrundabwärtigen zum Opfer gefallen. Die aus dem Boden gehobenen Bäume wurden nicht verpflanzt, sondern vernichtet, was wegen des umfangreichen Wurzelwerkes nötig gewesen sein soll. Man muß sich damit trösten, daß die Baumanlagen, die nicht besonders hervorragend waren, in schönerer Form wiederersehen. Wie es heißt, soll später ein zweiter Diagonalweg von der Königstraße nach der Grunerstraße hinüber angelegt und die bisherige Steigung nach der Platzmitte vermieden werden. Man vergesse aber nicht den Wiederaufbau des Springbrunnens. Von solchen Wasserfontänen haben wir so schon in Berlin, abgesehen vom Schloßviertel und Westen, nicht allzuviel.

Ein schwerer Unfall eines Eisenbahnbeamten trug sich in der Nacht von Montag zu Dienstag auf dem Bahnhalt Altonaer Bahnhof zu. Gegen 1 Uhr morgens wollte der Lokomotivführer Robert Rausch, Ebersstraße in Schöneberg wohnhaft, sich nach beendetem Dienst nach Hause begeben. Um einen näheren Weg nach Schöneberg zu nehmen, übertritt er die Schienengleise und überfäh bei der Dunkelheit, daß eine Rangierlokomotive in langsamer Fahrt herannahte. R. wurde durch den Anprall zu Boden geworfen und ihm das rechte Bein vollständig abgefahren. Der Schwerverletzte wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus übergeführt.

Tödlicher Unglücksfall auf der Hochbahn. Am Dienstagvormittag nach 10 Uhr verunglückte der bei der Hoch- und Untergrundbahn beschäftigte Fährer Weill, Rixdorf, Kronprinzenstraße 4, wohnhaft, beim Ueberfahren der Gleise am Bahnhof Zoologischer Garten. W. war im Begriff seinen Weiser zu fuchen und hatte wohl nicht damit gerechnet, daß der rangierende Zug auf dem Gleise ankam. Er wurde umgestoßen und überfahren. Wie mitgeteilt wird, kommt dort eine stromlose Stelle in Frage; die Beleuchtung war, weil nur die Hälfte der Birnen brannten, mangelhaft. Der Verunglückte trug Knochenbrüche der Beine, Arme und Kopfquerschnitten davon und starb abends um 9 Uhr bei vollem Bewußtsein.

Es wird darüber Klage geführt, daß kein Verbandzeug zur Stelle war. Jetzt nachdem der Unfall passiert ist, brennen an der Unglücksstelle sämtliche Lampen.

Das Metropol-Theater wirft recht fette Dividenden ab. In der letzten Sitzung des Aufsichtsrats der Metropol-Theater-Aktiengesellschaft wurden 20 Proz. Dividende in Vorschlag gebracht, das bedeutet eine Verzinsung von 200 M. für 1000 M.

Gustav Reuter, ein unter dem Sozialistengesetz eifrig tätiger Genosse, ist in der Nacht zum Dienstag im Alter von 62 Jahren nach längerem Krankenlager einem Herzleiden erlegen. Reuter, von Beruf Möbelpolierer, war namentlich in der Organisation seines Berufs, dem Möbelpolierer-Verbande, noch ehe derselbe dem Deutschen Holzarbeiter-Verband einverleibt wurde, eine markante Persönlichkeit. Seiner unermüdbaren Tätigkeit war es zuzuschreiben, daß immer weitere Kreise seiner Berufskollegen von der damals bestehenden Fachorganisation erfaßt und zu treuen Mitkämpfern für die Sache der Arbeiterschaft erzogen wurden. Oftmals mahnte Gustav Reuter am Schlusse gut besuchter Generalversammlungen des Verbandes in begeisterungsvollen Worten nicht nur mit allem Eifer die Bestrebungen der gewerkschaftlichen, sondern auch die der politischen Organisation zu fördern. Mit ihm ist daher einer jener braven Altgenossen dahingegangen, die die Arbeiterbewegung voll erfaßt und im richtigen Sinne gewirkt hatten.

Von Kraftdroschkern überfahren wurden vorgestern beim Ueberfahren des Damms mehrere Personen. Auf dem Wege zur Arbeit geriet in den Mittagsstunden die 20 Jahre alte Stenotypistin Amalie Koch aus der Diederhofener Str. 2 in der Kaiser-Wilhelm-Straße unter einen Wagen. Mit Bräuen beider Oberextremitäten und schweren inneren Verletzungen wurde sie zur Unfallstation in der Reibelstraße und von dort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Gegen 5 Uhr nachmittags ereigneten sich zwei Unfälle. In der Alexanderstraße wurde der 26 Jahre alte Zeichner Otto Reich aus der Schlieperstr. 68 zu Tode überfahren, während vor dem Hause Stralauer Str. 17 die 19 Jahre alte Verkäuferin Elisabeth Rabede aus der Stralauer Str. 8 unter einen Wagen geriet. Beide erlitten Querschnitten und schwere innere Verletzungen. Auf ihren Wunsch wurden sie von der Unfallstation Reibelstraße, nachdem ihnen dort die erste Hilfe geleistet worden war, nach ihren Wohnungen gebracht.

Von einem Kraftwagen totgefahren wurde vorgestern an der Ecke der Linden- und Raugrafsenstraße ein junger Mann, der am Nachmittag als der 18 Jahre alte Schmiedegesse Anton Schwarz aus der Grünthalstraße 78 festgesetzt werden konnte. Schwarz war in der Ecke von einem noch in der Fahrt befindlichen Kraftwagen der Linie 99 gesprungen und wollte, nachdem er diesen hatte vorbeifahren lassen, auf die andere Seite der Straße gehen. Hierbei überfuhr er den herankommenden Kraftomnibus der Linie 14. Ehe der Führer des Kraftwagens bremsen konnte, waren dem Unglücklichen die Räder über die Brust gegangen und hatten seinen sofortigen Tod herbeigeführt. Die Leiche wurde dem Schauhaufe überwiefen.

Ein Klingelleitungsrevisor ist in der Person des Monteurs Paul Wichmann festgenommen worden. Wichmann trat unter den verschiedensten Namen auf, führte sich als Leitungsrevisor ein und benutzte jede Gelegenheit, die sich ihm so bot, losbare Schmuckstücke zu stehlen. Nicht weniger als 27 schwere und einfache Diebstähle, die er einräumt, brachten ihm für etwa 20 000 M. Beute. Wichmann hatte die Gewissenhaftigkeit, die gestohlenen Schmuckstücke sofort nach jedem Diebstahl zu verheizen und die Pfandbriefe zu vernichten. Trotzdem gelang es schon, einen erheblichen Teil seiner Beute wieder herbeizuschaffen. Viele Sachen aber konnten noch nicht wieder ermittelt werden, weil der gefährliche Dieb und Schwindler die Namen derjenigen Händler und Verkäufer, denen er Schmuckstücke angeboten und veräußert hat, nicht alle mehr kennt. Er wohnt aber ungefähr, wo sie wohnen. Im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft führen deshalb zwei Kriminalbeamte in einer Kraftdroschke mit ihm umher, um so die Leute, die die gestohlenen Schmuckstücke jetzt besitzen, zu ermitteln. Auch gestern gelang es auf diese Weise wieder, eine ganze Anzahl wertvoller Schmuckstücke herbeizuschaffen. Nach Eintritt der Dunkelheit aber betrat sich Wichmann während der Fahrt durch einen gewaltigen Stoß und Knall plötzlich von dem einen Transporteur, der ihn an der Reite hatte, sprang aus dem Wagen, schlug sofort die Tür zu, so daß ihm auch der andere Beamte nicht nachspringen konnte, und verschwand in der Menge. Der eine Beamte wurde durch den Stoß erheblich verletzt. Wichmann wurde bald darauf in der Wohnung einer Freundin seiner Frau ermittelt und von neuem verhaftet.

Infolge eines schweren Baumfalls wurden gestern abend die Berliner und Nizdorfer Feuerwehren nach der Sobrechtstraße alarmiert. Dort wird an der Wärdner- und Friedelstraße gegenüber der Brücke ein großer Neubau aufgeführt. Kurz vor Feierabend stürzte ein Teil des Bürgersteiges in die 4 Meter tiefe Baugrube und begrub vier Arbeiter unter sich. Die Wehren holten sämtliche Verletzten heraus. Von der Nizdorfer Feuerwehre wurden sie dann nach der nächsten Unfallstation gebracht und dort verbunden. Schwere Verletzungen erlitten anscheinend die Bauarbeiter Kleinert, Monteufelder, 12, und R. Geubraf, Wrangelstraße 14; leichtere Verletzungen Kandala, Wrangelstr. 45, sowie Krumland, Landmannstr. 10. Sie wurden teils nach dem Urban-Krankenhaus, teils nach ihren Wohnungen gebracht.

Dem Gatten in den Tod gefolgt. Wie nachträglich bekannt wird, hat sich an Mittwoch der vorigen Woche in dem Hause Holzmarktstraße 10 eine erschütternde Tragödie abgespielt. Aus Gram über den nahenden Tod ihres Mannes hat sich die 29jährige Frau Lisa Kant im Sterbezimmer ihres Gatten mit Morphium vergiftet. Aber das Drama geben folgende Mitteilungen zu. Der 45jährige Kaufmann Bernhard Kant, der früher Direktor einer Versicherungsgesellschaft war, hatte vor drei Jahren seine Gattin kennen gelernt, und war Vater eines anderthalbjährigen Mädchens. Die Ehe der beiden Gatten war die denkbar glücklichste, die nur durch die Krankheit des Kaufmanns, der seit Jahren von einem Nierenleiden befallen war, getrübt wurde. Vor etwa einem Jahre übernahm Kant, der sich in sehr guten finanziellen Verhältnissen befand, das Haus Holzmarktstraße 10 von seinem Schwager und bezog im Mai eine in der ersten Etage belegene Wohnung. Das Leiden ab. verschlimmerte sich jedoch, so daß der Kaufmann in diesem Sommer ein Bad aufnehmen mußte. Von dieser Reise kehrte er so krank wieder, daß er schon seit Wochen sein Lager nicht mehr verlassen konnte. Die Ärzte machten Frau Kant auf die Gefahr, in der ihr Gatte schwebte, aufmerksam und verheißten auch nicht, daß der Ausgang der Krankheit tödlich sein werde. Auf diese Nachricht hin versiel die Frau in eine Schwermut, aus der sie sich trotz aller Bemühungen ihrer Verwandten nicht mehr aufzuraffen vermochte. Am Mittwoch voriger Woche verschlimmerte sich der Zustand Kants derartig, daß die Ärzte

jede Rettung aufgaben. Da reifte in der Gattin, die ihren Mann über alles liebte, der Entschluß, gleichfalls aus dem Leben zu scheiden. Sie entfernte alle Verwandte aus der Wohnung, nur eine Nichte ihres Mannes, die bei den Kantischen Eheleuten lebte, blieb da. Ihr Töchterchen hatte die junge Frau ihrer Mutter übergeben, mit dem Bemerkten, daß das Kind die Ruhe des Kranken störe. Da Kant von den Ärzten zur Einberung seiner Schwägeren Morphin erhalten hatte, gelang es der Lebensmüden leicht, sich einer größeren Dosis dieses Giftes zu bemächtigen. Sie nahm neben dem Sterbelager ihres Gatten Platz und trank ein Glaschen des gefährlichen Beibehaltungsmittels aus. Als gegen 6 Uhr nachmittags die Nichte Kants das Krankenzimmer betrat und an ihre Tante eine Frage richtete, erhielt sie keine Antwort. Dem jungen Mädchen fiel die eigenartige starre Haltung der Frau auf und sie schlug sofort Alarm. Einige hinzugerufene Ärzte versuchten die Unglückliche ins Leben zurückzurufen, doch waren ihre Bemühungen umsonst. Mehrere Stunden später verstarb auch der Kaufmann, der den Selbstmord seiner Gattin mit angesehen hatte, ohne, infolge seiner Kränklichkeit, ihn verhindern zu können. Die Leiden des Ehepaares wurden nach Hamburg übergeführt und dort eingedäschert.

Ein falscher Hundefänger. Auf den sogenannten „Freilassungstaler“ hat es ein dreifacher Schwindler, der als Hundefänger auftritt, abgesehen. Der Gauner, der einen hübschen braunroten Schnurrbart trägt, fängt Hunde von der Straße fort und sobald die Eigentümer hinzukommen, fordert er den üblichen Taler, bevor er den Hund frei läßt. Leider werden dem Unbekannten auch die Taler verahndelt, obwohl er keine Erlösungsmarke an der Brust trägt. Hat er erst das Fanggeld bekommen, so macht er sich schleunigst aus dem Staube. In der Drehmeisterstraße wurde der falsche Hundefänger gestern als solcher erkannt, doch als man ihn festnehmen wollte, ergriff er die Flucht und entkam auch über ein unbedeutendes Grundstück hinweg.

Von einem Hund gerissen. In der Stallweberstraße wurde gestern ein zwölfjähriges Mädchen Käthe Prahl von einem großen Hund angefallen und am rechten Unterschenkel förmlich gerissen. Der Hund konnte nur mit Mühe von dem Kind entfernt werden. Das Mädchen wurde schwerverletzt nach der Unfallstation in der Kommandantenstraße gebracht und mußte von hier nach dem Krankenhaus am Urban transportiert werden.

Verkaufst wurde am 3. Oktober in einem früh 6 Uhr vom Bahnhof Pankowstraße über Westend fahrenden Volkswagen eine Frühstücksdose, in der sich mehrere Bäder, u. a. eine Monatsabrechnung vom Metallarbeiterverband, ein Verbandsbuch auf den Namen Wilmann lautend, eine Sammelliste vom Parteitag zu Jena, Beitragsmarken vom Metallarbeiterverband u. a. befanden. In der dafür zurückgelassenen Tafel ist der Name Grete Schröder mit Tinte enthalten. Es wird um Rückgabe an Karl Terne, Kameruner Str. 17, Seitenflügel II gebeten.

Der Sängerkhor „Süd-Ost“ (M. d. A. S. S., Chorleiter Otto Kowalek) veranstaltet am Sonnabend, den 14. Oktober, in Haydnstraße 32-38, Eingang Gräfestraße, einen weiteren Abend unter Mitwirkung des Humor Ensembles Alfred Brandes und des Berliner Orchesters (Dir. Max Sachse). Eintritt im Vorverkauf 40 Pf., an der Kasse 50 Pf. Programme und Liedertexte an der Kasse gratis. Anfang 9 Uhr.

Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 5,95 von den Kollegen der Firma Panzer, 1,120 von den Kollegen der Buchdruckerei Witzig Nachf., 15,95 von den Kollegen der Schlosserei V. Stummung, 16,50 von den Kollegen und Kollegen der Abteilungen Schiffmann und Viehle, Wühlstation A. G. B. Warte, Adersstraße, 10.— von Dr. A. B. 37,25 Ueberreich vom Kollektoren der Genossinnen Ges. 9, 10, 11, und 12, Abteilung des 6. Wahlkreises, 3.— von der Frauen-Partei der 11, 12 und 13. Abteilung des 6. Kreises, 2.— vom Genossen Robl, 6,25 vom Torpedobau Schwarzlopp, Adersstraße (durch Genossen Bräuner), 0,20 Ueberreich einer Geburtslagkarte, 2,55 Kranzüberreich Beg. 469, IV. Abt. VI. Kreis, 17.— Rabiger: Böhler u. Deßling, Bau Wertheim, 25.— John Kirse, Berlin VI, 9,55 durch Herrn Karl Raschke aus der Eckertstraße A. G. S., Volkstraße.

R. Rosenfeld, An der Spandauer Brücke 1a.

Vorort-Nachrichten.

Groß-Dichtersfelde.

Aus der Gemeindevetretung. Die Veranlagen zwischen der Giesendörfer und der Bäckstraße, deren Erweiterung um tausend Quadratmetern bereits im Sommer erfolgt ist, sollen nunmehr vollständig hergestellt werden. Die Kosten mit 40 000 M. werden bewilligt. Bei günstiger Witterung werden die Arbeiten bis zum Frühjahr des nächsten Jahres beendet sein. Das in Aussicht genommene Lillenthal-Denkmal soll in dem Park unweit der Bäckstraße zur Aufstellung gelangen. Die erforderlichen Arbeiten werden durch die Gemeinde selbst ausgeführt, was den Gemeindevetretter Engelmann zu der Forderung veranlaßt, einen Privatunternehmer mit der Ausführung des ganzen Projekts zu betrauen, da die Gemeinde viel teurer arbeite als private Unternehmer. Schöffe Lange wies die letzte Behauptung als jeder Begründung entbehrend zurück und fand die Uebernahme der Arbeiten in eigener Regie um so mehr am Platze, als dann die Park- und Gartenarbeiter der Gemeinde auch während des Winters beschäftigt werden könnten, was bei der jetzigen Zeit der Teuerung durchaus wünschenswert sei. Gemeindevetretter Engelmann zog daraufhin seinen Antrag zurück. Der Bericht über die Revisionen vom 22. Juni und vom 23. September, bei welchen sich eine Differenz von 2000 Mark herausstellte, die sich jedoch nach Eingang der Bank-Abrechnungen aufklärte, gab Veranlassung zu einer Aussprache über die geeignete Form der Revisionen. Auf eine Anfrage teilte Gemeindevorsteher Schulz mit, daß solche Revisionen regelmäßig einmal monatlich und außerdem halbjährlich einmal unvermutet vorgenommen würden. Der Umgemeindung einer Grundstücksparzelle von Dahlem nach Groß-Dichtersfelde wurde zugestimmt, wobei Schöffe Dr. Domin o auf die schwierigen Verhältnisse in Groß-Dichtersfelde hinwies, wo die Grenzen der einzelnen Gemeinden im Bezirk durch die Grundstücke und Straßen gingen, so daß inselgesonderten Eigentümer häufig zu zwei Gemeinden gehörten. Einer Anregung der Regierung folgend, wurden zur Waisenpflege auch Frauen als Pflegerinnen zugezogen. Es wurden dann die in einer schriftlichen Umfrage benannten nachstehenden Damen einstimmig gewählt. Es braucht wohl nicht bemerkt zu werden, daß Frauen aus dem Volke zu dem Amt als Waisenpflegerinnen nicht berufen wurden, sondern nur — wie es in der Vorlage ganz treffend zu lesen war — „Damen“ — Damen aus der Gesellschaft. Ob sie Verständnis für ihr Amt haben, ist ja Nebensache; die Form ist wenigstens gewahrt. Die Wahl eines Vertreters und eines Ersatzmannes für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin erfolgte nach dem feierlichen Zeremoniell der Landgemeindevorordnung. Als Vertreter wurde Gemeindevorsteher Bürgermeister Schulz, als Ersatzmann Gemeindevetretter Kettner Re h e r gewählt. Es ist an sich ja gleichgültig, wer aus der jetzigen Gemeindevetretung zur Verbandsversammlung nach Berlin delegiert wird; die Interessen des Grundbesitzes werden vollaus gewahrt werden, gleichviel ob die Vertreter so oder anders heißen. Außerhalb der Tagesordnung brachte Gemeindevetretter Souhon einen dringlichen Antrag ein, der die Versicherung der in den höheren Schulen während des Unterrichts aufbewahrten Fahrträder der Schüler gegen Diebstahl verlangte. Der Antragsteller begründete seinen Antrag mit den in verschiedenen höheren Schulen vorgekommenen Diebstählen; der Gemeindevorstand habe jede Ersatzpflicht abgelehnt und außerdem von den betreffenden Eltern einen

Rebers unterschreiben lassen, daß sie bei Diebstahl oder Verabfolgung eines Fahrzeugs in den Schulgrundstücken auf jede Entschädigung durch die Gemeinde verzichten. Nur nach geleisteter Unterschrift durfte der Schüler sein Fahrrad mit ins Schulgebäude bringen. Herr Souchon machte bei seinen Ausführungen den geschmackvollen Hinweis, daß in der Amerikaner Schule ein Fahrrad gestohlen worden sei, während die Bauhandwerker dort tätige gewesen seien. Diese Behauptung des gebildeten Herrn Gemeindevorstandes läuft auf eine frivole und unerhörte Verächtlichmachung der beim Bau beschäftigten Arbeiter hinaus, die nicht schärfer genug zurückgewiesen werden kann. Was würde wohl Herr Souchon sagen, wenn jemand behaupten wollte, auf dem Rathaus in Richterfelde sei ein Lieberzieher gestohlen worden just zu der Zeit, als die Herren Gemeindevorstande „tätig“ waren? — Der Antrag wurde an die Stadtkommission verwiesen.

Nixdorf.

Ein Straßenbahnunfall, bei welchem vier Personen leichte Verletzungen erlitten, ereignete sich am Dienstagabend gegen 1/7 Uhr in der Berliner-Edelstraße. Dort fuhr ein Motorwagen der Linie 55 in die falsche Weiche und drückte dabei einen entgegenkommenden Arbeitswagen gegen die Vordachwehle und den davorstehenden Laternenpfahl, wobei der letztere umbrach. Die in der Kaiser-Friedrich-Str. 21 wohnhafte Frau Ottilie Weiser, die im Begriff war, mit ihren drei im Alter von zwei, vier und sechs Jahren stehenden Kindern den Straßenbahnweg zu überqueren, erlitt ebenso wie diese durch herumfliegende Glassplitter der zertrümmerten Laterne leichte Verletzungen im Gesicht und an den Armen. Alle vier Personen erlitten auf der nahen Unfallstation die erste Hilfe und konnten sich dann ohne fremde Hilfe nach ihrer Wohnung begeben.

Mit 1600 M. durchgebrannt ist der 28 Jahre alte Aufseher Gustav von Reppow. Er war ausführend in der Wäscherei von Koch, Hermannstr. 4, angestellt. Am Montag hatte er bei seiner Kundenfahrt etwa 1600 M. an Wäschegeldern eingekassiert. Abends schickte er den Mitfahrer mit dem Fahrwerk unter dem Vermerk heim, er werde bald nachkommen, da er noch etwas Wichtiges in Berlin zu besorgen habe. Bis heute ist er aber noch nicht zurückgekehrt, so daß nur angenommen werden kann, daß er das Geld unterschlagen und die Flucht ergriffen hat.

Ein Betriebsunfall, der leicht verhängnisvolle Folgen haben konnte, ereignete sich am Dienstagvormittag in der Eisenmühlstraße von Reppow, Silberstraße 14. Dort fiel die im Keller mit Eisen besetzte Stange wohl infolge Ueberlastung um und begrub die den Vorgang beobachteten Arbeiter, sprangen schnell hinzu und befreiten den Verunglückten aus seiner Lage. Als ein besonderes Glück ist es zu bezeichnen, daß der Verunglückte keine erheblichen Verletzungen erlitten hatte. In demselben Betriebe kam vor etwa acht Tagen ein jugendlicher Arbeiter in den Eggen, wobei ihm der rechte Beifinger zerquetscht wurde.

Wilmersdorfer-Galensee.

Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen. Wie aus den früheren Berichten bekannt ist, handelte es sich bei den gestrigen Wahlen um einen für die Arbeiterklasse ziemlich sicheren Bezirk, der jedoch in Ermangelung eines Hausbesitzers von uns den Demokraten überlassen wurde, während ein anderer Bezirk, in welchem Ritterlandbesitzer zu wählen waren, als Beamtenschaft wenig auswärtsreich schien. Im 9. Bezirk erhielt denn auch der Demokrat Vincenz 495 Stimmen, während auf den konservativen Verleger der „Wilmersdorfer Zeitung“, Heenemann, 385 und auf einen fortschrittlichen Kandidaten 45 Stimmen entfielen. Im 10. Bezirk unterlagen unsere beiden Kandidaten Alfred Nettel und Siegfried Marcasson mit 350 bzw. 348 Stimmen, während auf die gegnerischen Kandidaten 657 und 667 Stimmen entfielen. 2 Stimmen zerplitterten sich.

Steglitz.

Die Neuregelung der Lohnverhältnisse der Gemeindearbeiter, die infolge wiederholter Anträge unserer Vertreter in der letzten Gemeindevorstandssitzung endlich beschlossen wurde, bedeutet einen guten Schritt vorwärts in der Forderung der Gemeinde für ihre Angestellten. Doch die Lohnrückzahlung rückwirkend bis 1. Oktober in Kraft trat, wird von den Beteiligten freudig begrüßt worden sein. In der nachstehenden Uebersicht der nunmehr geltenden Lohn- und Arbeitsordnungen folgen wir die bisher gültigen Sätze in Klammern bei. Bemerkenswert sei noch im voraus, daß jetzt der Höchstlohn nach viermaliger Steigerung von drei zu drei Jahren um je 25 Pf. in 12 Jahren anstatt wie bisher nach dreimaliger Steigerung von je 25 Pf. in 9 Jahren erreicht wird. Es erhalten nunmehr: ständige Gärtner täglich 4.50 bis 5.50 (4.25—5.00) M., nichtständige Gärtner 4.50 (4.25) M., Gartenarbeiter 4.25—5.25 (4.00—4.75) M., Gärtner-Obergehilfen den Lohn der ständigen Gärtner und 1 M. Pensionszulage pro Arbeitsjahr, alle übrigen Vorarbeiter 5.25—6.25 (5.00—5.75) M.; die Arbeiter der Spülkantine, der Kanalisation und auf den Lagerplätzen 4.25—5.25 (4.00—4.75) M., die bei der Straßenreinigung, Vermessung und in sonstigen Betrieben der Gemeinde beschäftigten Arbeiter 4.00—5.00 (3.75—4.50) M., die Parkausseher 3.00 (2.75) M. Nicht erhöht sind die Löhne der Gartenfrauen und Friedhofarbeiterinnen (2.75 M. pro Tag), der Reinwaschfrauen (35 Pf. pro Stunde), der Maurer (5.75 und 6.00 M.), der Ruffenmacher (5.00 M. pro Tag), Arbeiter, die der Feuerwehre angehören, erhalten als Oberfeuerwehrlente 50 Pf., als Feuerwehrlente 25 Pf. pro Tag Zulage. Familienväter, die mehr als drei Kinder unter 16 Jahren haben, bekommen einen nicht ruhelohnberechtigten Zuschuß von 10 Proz. Gelehrte Handwerker erhalten für das Vorhalten der Arbeitsgeräte 25 Pf. pro Tag extra. Weiter gelten für die Gemeindearbeiter folgende Bestimmungen: Sie sind nach 10jähriger Beschäftigung ruhelohnberechtigt; sie erhalten freie Kleidung. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden, an den Sonnabenden 8 Stunden; an den Vorabenden der großen Feste, an Kaisers Geburtstag und anderen patriotischen Feiertagen ist um 3 Uhr Schluss. An Urlaub wird gewährt: nach 5jähriger Beschäftigung 6 Tage, steigend mit jedem Jahr um 1 Tag bis auf 10 Tage. Als Weihnachtsgeschenke werden 10—30 M. (je nach der Beschäftigungsdauer) gezahlt. Sonderleistungen, wie Deduktion, Krankentransport usw., werden extra nach festen Sätzen vergütet. Daß die Feiertage nicht bezahlt werden, ist eine Minderleistung, die hoffentlich im neuen Etatsjahr beseitigt wird. Die aus der Neuregelung entstehenden Mehrausgaben der Gemeinde betragen für das halbjährige Oktober bis April rund 10 400 M.

Böhmischer Tod. Als gestern morgen der 44jährige Schriftsteller Archmar, der in der Förststr. 18 wohnt, an der Halsarterie Schlag, Ecke der Hubertusstraße, einen Straßenbahnwagen, der nach Berlin fuhr, bestiegen wollte, stürzte er plötzlich vom Trittbrett herab. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den auf der Stelle eingetretenen Tod konstatieren. Er war früher Lehrer in Kolberg in Pommern und war hier sachchriftstellerisch tätig.

Lichtenberg.

Bei den Wahlen zur Lichtenberger Ortskrankenkasse wurden für die von dem Lichtenberger Gewerkschaftsrat aufgestellte Liste der Arbeiter 95 Stimmen abgegeben; auf die bürgerliche Liste entfielen nur 85 Stimmen. Die Delegiertenliste der Arbeiter vereinigte in der I. Abteilung 1485, in der II. Abteilung 481 Stimmen auf sich.

Röwenitz.

Die Stadtverordneten wählten in der letzten Sitzung zum unbesoldeten Stadtrat den Direktor Theunert mit 18 gegen 16 Stimmen, welche auf unseren Genossen Stadtverordneten Karl Niele entfielen. Der Antrag des Magistrats auf Einsetzung einer verantwortlichen Redaktion: Richard Barth, Berlin. Für den

mischen Kommission zur Beratung über die Bekämpfung der Lebensmittelverfälschung rief eine lebliche Debatte hervor. Von unseren Genossen wurde auf die Unzulänglichkeit des Antrages hingewiesen; man hätte wohl erwarten können, daß der Magistrat gleich mit bestimmten Vorschlägen zur Änderung der Steuerungsverhältnisse an die Versammlung gekommen wäre, statt dessen wurde die Angelegenheit durch Wahl der Kommission und deren nachfolgender Beratung noch weiter hinausgeschoben. Der Magistrat hätte auch richtiger gehandelt, wenn er der Versammlung Vorschläge über Zuwendungen von Steuerzuschüssen und Erhöhung der Löhne und Gehälter der städtischen Angestellten und Arbeiter, welche einen Wochenverdienst von unter 30 M. haben, gemacht hätte. Gleichzeitig wiesen unsere Genossen auf die Quelle dieser ganzen Misere hin und empfahlen der Versammlung eine Resolution zur Annahme, welche den Magistrat ersucht, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die Zölle und Steuern auf Lebensmittel aufgehoben werden. Die Mehrzahl der bürgerlichen Stadtväter hätten den Antrag des Magistrats am liebsten ohne jede Diskussion über die Steuerungsverhältnisse angenommen, wenn ihnen nicht durch unsere Genossen der Mund geöffnet worden wäre. Sie lobten den fürsorglichen Antrag des Magistrats über den grünen Alee und schimpften nebenbei weidlich auf unsere Genossen, weil dieselben der Versammlung Anträge zur Beschuldfassung unterbreiteten, welche nach ihrer Ansicht nicht vor das Forum der Kommune, sondern vor den Landtag resp. den Reichstag gehören. Von unseren Genossen wurde den Herren gehörig heimgeleuchtet und ihnen erklärt, daß sie überhaupt nicht zwischen Reichs- und Kommunalpolitik unterscheiden könnten. Der Antrag des Magistrats auf Einsetzung einer gemischten Kommission wurde dann einstimmig angenommen. Auch der Antrag unserer Genossen gelangte zur Annahme. Dem Rechnungsabluß der städtischen Straßenbahn für das Jahr 1910, welcher sich in Einnahme und Ausgabe auf 375 091,15 M. stellt, wurde zugestimmt. Desgleichen dem Rechnungsabluß der Gasanstalt in Einnahme und Ausgabe mit 1 498 397,88 M. Als Vertreter der Stadt Rössenitz zum Zweckerband für Groß-Berlin wurde Bürgermeister Dr. Langenhans, als dessen Stellvertreter Stadtverordnetenvorsitzer Luft gewählt.

Treptow-Dammshulweg.

Der Gesangsverein „Liederkreis“ veranstaltet am Sonnabend, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, im Etablissement „Spreegarten“, Alt-Treptow 10—13, einen Kunstabend. Da der Verein bei Veranstaltungen des hiesigen Wahlvereins mitwirkt, so werden die Genossen ersucht, sich an diesem Arrangement zahlreich zu beteiligen, um so mehr da das Programm ein sehr gewähltes ist.

Stralau.

Aus der Gemeindevorstellung. Die Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1910 wurde in Einnahme auf 293 944 M., in Ausgabe auf 297 486 M. festgestellt. Erheblich überschritten sind infolge der andauernden Hitze des vergangenen Sommers die im Etat vorgesehenen Mittel für das Baden der Schulkinder sowie der Erwaachsenen. In der Frage: Erlaß eines Ortsstatuts über Einschränkung der Geschäftszeit am Sonntag im Handelsgewerbe trat die Versammlung dem Beschlusse der Berliner Stadtverordnetenversammlung bei, als Termin der Einführung wurde der 1. November in Aussicht genommen. Dem Rätepräsidenten Friede, Verfasser der Jahre Stralau-Kommunalsatzung wird die Erlaubnis zur Errichtung einer Anlegestelle an der Tunnelstraße erteilt. Die Kosten der Herstellung zahlt der Rätepräsident. Die Schaffung dieser Anlegestelle entspricht, da der jetzige Zugang zur Fähre durch das Lokal „Schwanenberg“ führt, einem längst vorhandenen Bedürfnis. Finden in diesem Lokale geschlossene Veranstaltungen statt, so müssen diejenigen, die zur Fähre gelangen wollen, eine besondere Eintrittskarte lösen. Ein Antrag des Grundbesitzervereins Stralauer-Torviertel fordert die Errichtung einer Haltestelle der „Großen Berliner“ am Markgrafendam. Die Vertretung stimmte dem zu. Die „Große“ beabsichtigt allerdings, ihre Wagen nur bis zur Eddickerstraße laufen zu lassen, weil, wie sie annimmt, Stralau Schwierigkeiten machen würde, wie beim Bau des Osthafens. Davon kann nun allerdings gar keine Rede sein. Stralau konnte beim Bau des Osthafens nicht zugeben, daß das Anschließende über das Niveau der Straße Alt-Stralau gelegt würde, dadurch wäre der rege Verkehr dieser Straße nicht nur gehemmt, sondern mehrere Tagesstunden direkt stillgelegt worden; das wäre gift für den Fußgängerverkehr. Hinzu kommt, daß die Straße Alt-Stralau die einzige Zufahrtsstraße des Ortes ist. Festgestellt sei hier noch, daß die „Große“ bisher keinerlei Verhandlungen mit der Gemeinde gepflogen, sondern ihre Verfürungen ohne weiteres dem oben genannten Grundbesitzerverein mitgeteilt hat. Das läßt den Schluss zu, daß die Gesellschaft hier wie in anderen Vororten von der Gemeinde eine langjährige Konzession erhalten will. Ist es ihr aber wirklich ernst damit, die Linie 9 von Moabit nach Stralau zu führen, so hat sie durch den gefassten Beschlusse die Möglichkeit dazu. Mitgeteilt wurde noch, daß die Gesellschaft Berliner Ostbahnen beabsichtigt, ihre Linie bis zur Französischen Straße weiter zu führen, desgleichen den Markgrafendam zweigleisig auszubauen und so eine Verbindung mit Ober-Schöneweide über Himmelsburg zu schaffen.

Adlershof.

Ein Einbruch wurde gestern nacht in den Räumen der hiesigen Ortskrankenkasse verübt. Die Diebe hatten es darauf abgesehen, den Geldschrank, der 14 000 M. enthält, zu plündern. Zum Glück wurden sie nachts um 8 Uhr, als sie den Tresor bereits geöffnet hatten, gefaßt, so daß die Kasse das Weite suchen mußten, noch ehe sie die Kasse mitnehmen konnten.

Neu-Lübbenau (Kreis Beeskow).

Endlich nach langer Mühe ist es auch hier gelungen, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Es referierte vor etwa 100 Personen der Genosse Adolf Wulfsch über „Die Taten des alten und des neuen Reichstages“. Andächtig lauschten die Anwesenden den Worten des Referenten. Ihre Ueberzeugung über die Wichtigkeit des Behörten wurde sich um so mehr befestigen, als auch der anwesende Herr Ortsvorsteher sich nicht gegen die Ausführungen des Referenten wandte. Nach nochmaligem Hinweis auf die Pflichten eines jeden Wählers zur kommenden Reichstagswahl wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Friedrichshagen.

Vor überfüllter Versammlung hielt Landtagsabgeordneter Gen. Strödel am Donnerstag ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über Lebensmittelverfälschung, Kriegsgefahr und Reichstagswahl. Einstimmig erklärten sich die Versammelten mit einer Resolution einverstanden, in der die Aushebung aller Getreide- und Futtermittel und die Deffnung der Reichsgrenzen gefordert und zugleich von der von der hiesigen Gemeindevorstellung eingesetzten Kommission erwartet wird, daß sie so schnell wie möglich Mittel und Wege zur Wahrung der augenblicklichen Notlage der arbeitenden Bevölkerung finde.

Grünau.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Horst Adlershof den Bericht über den Parteitag zu Jena. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen. Nachdem der Referent im Schlußwort noch die Ausführungen der Tagesordnungsbesprechung besprochen hatte, wurde der Kassensbericht für das verfloßene Vierteljahr gegeben. Zum Schluß wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erörtert.

Schildow (Kreis Niederbarnim).

Eine imposante Volksversammlung unter freiem Himmel fand am Sonntag, den 8. Oktober, auf dem Grundstück des Eigentümers Karl Reiglow statt. Aus den umliegenden Dörfern waren die Teilnehmer so zahlreich erschienen, daß der Platz die Menge kaum zu fassen vermochte. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Stadler, ergriff das Wort und sprach über: Hungernot, Kriegsgefahr und

Reichstagswahlen. Die zeitgemäßen und interessanten Ausführungen des Redners fanden eine andächtige Zuhörerschaft und wurden am Schluß mit lebhaftem Beifall angenommen. In der Diskussion wies Genosse Wiet darauf hin, daß die Lokalbefugten von Schildow der Arbeiterschaft ihre Säte zum Abhalten von Versammlungen vorenthalten. Es sei die Pflicht eines jeden Arbeiters, solche Lokale auch streng zu meiden. Genosse Kießgen forderte hierauf die Versammelten zu Abonnement auf die Arbeiterpresse auf, um bei dem bevorstehenden Wahlkampf mit dem nötigen geistigen Rüstzeug versehen zu sein. Am Schluß der gut verlaufenen Versammlung brachte der Gesangsverein „Jugend III“ noch zwei stimmungsvolle Lieder zum Vortrag.

Cranienburg.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich vorgestern vormittag an der Weltener Straße ereignet. Dort geriet der Bootsmann eines Lastkafers aus Zerpensaleuse in ein Drahtseil, welches ihm den rechten Unterarm und das rechte Bein vollkommen zerquetschte und ihn dann über Bord ins Wasser schleuderte. Glücklicherweise wurde der Unfall sofort bemerkt und der Schiffer von Kameraden vom Tode des Ertrinkens gerettet. Der Schwerverletzte wurde dann nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt.

Bermendorf bei Cranienburg.

Ueber Kriegsgefahr, Lebensmittelverfälschung und die bevorstehenden Reichstagswahlen referierte in einer am Sonntag auf dem Hofe des Herrn Wiltz Rothenberg stattgefundenen, von 100 Frauen und Männern besuchten Volksversammlung Genosse Pösch Berlin. Bei strömendem Regen folgten die Versammelten den Darlegungen des Referenten und zollten demselben am Schluß seines Referats lebhaften Beifall. Nach der Aufforderung an die Versammelten durch die Genossen Schumann und Wiede, für die Ausbreitung der sozialistischen Presse, sowie für den Wahlverein tätig zu sein, wurde die von besser Stimmung zeugende Versammlung geschlossen.

Potsdam.

Im Walde erschossen. Ein elegant gekleideter junger Mann, der zuletzt in Berlin wohnte, wo er Angehörige besitz, hat sich vorgestern abend 6 Uhr im Jagd 161 der Potsdamer Forst unweit des Selbstmörderkirchhofes durch einen Schuß in die Schläfe getötet. Der Lebensmilde ist 23 Jahre alt. Die Leiche wurde nach der Halle des Selbstmörderkirchhofes geschafft und dort durch einen Onkel des Toten rekonstruiert. Der Name der Familie des Lebensüberdrüssigen, der von den Forstbehörden nicht genannt wird, soll Weidort lauten. In einem Brief hatte W. allerlei verzweifelte Neuierungen ausgedrückt. So sprach er davon, daß er sich töten wolle, weil ihm gegenüber Leute mit großer Schamlosigkeit lächer, die ihn verdrängten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ostgruppe Berlin. Sonntag, 15. Oktober, Wanderung von Bernau nach Reppow, Ranke, Nielsenhof. Abfahrt nach Bernau früh 6.40 Steintiner Bahnhof, Borsichbahn, Reig. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprachschule findet Ende Oktober 09, vom 1. bis 2. Dezember, — Paderborn —, wochentags von 10 bis 12 Uhr abends, Sonnabends, von 10 bis 12 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Reihenfolge beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, deren keine Anwesenheitskarte beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprachschule vor.

J. Z. 44. In das zukünftige Amtsgericht. — B. P. Die nach zahlungsfähigkeit. — Zeltow. Fragen Sie, unter Hinweis auf den Beschluß des Kammergerichts, bei dem Landgericht an, welcher Anwalt Ihnen beigeordnet ist. — Lugersburg 1. Die Gefahr der Ausweisung besteht, insbesondere, wenn Sie Ihren Wohnsitz in Preußen nehmen. — B. G. 20. 1. Ja. 2. Der Pflichten. — Hälfte des gesetzlichen Erbteils — darf Ihnen nicht entzogen werden. Bis zur Deutung Ihres Pflichtenanspruches können Sie auch Schenkungen annehmen. — B. C. 2. 1. Ja. 2. Nein. — B. 2. 50. Verlangen Sie Rückzahlung. Falls Aufforderung erfolglos, erlassen Sie Strafanzeige. — J. S. 11. Mit dem Tode der Eltern-erbtung. — M. G. 16. Für die nach dem 1. Januar 1900 geschlossenen Ehen besteht die allgemeine Gütergemeinschaft, wie sie nach altem Recht in einzelnen Landesteilen bestand, nicht mehr. Der Mann hat nur an dem eingebrachten Gut der Frau ein Verwaltungs- und Nutznießungsrecht. Dieses Recht des Mannes — dazu gehört z. B. auch der Zinsgenuss — läßt sich durch Ehevertrag beschränken. Die Kosten eines solchen Vertrages richten sich nach dem Objekt. — R. 2. 2. — R. 2. 22. Die Räumungsschrift liegt mit dem Abend ab. — R. 2. — B. 2. 22. 1. Bei der Polizeibehörde. 2. Nein. 3. Ja. 4. Auf 30 M. 5. Aus technischen Gründen (Raumangel). 6. Das Verzeichnis wird von einer Jurma geleitet, die mit den Interessenten abstimmt. Hier haben, da der Jurma unmittelbaren Einfluß. — J. 11. Ja. — R. G. 2. 9. Obne der Einmündigkeit nicht. — Paderborn. Ihre Weigerung kann als Hausfriedensbruch angesehen werden. — G. Friedrichshagen. Die Frage ist durch die Reichsversicherungsordnung noch nicht entschieden. Es steht ein Sondergesetz in Aussicht. — Ansbach, Unter Str. 250 M. Ist es, ist es nur um Bescheid handelt. — B. 2. 10. 1. Nein. 2. Nur dann, wenn er sich nicht einverstanden erklärt und die dreimonatliche Beschwerdezeit noch nicht verstrichen ist. 3. Nein. 4. Eine Verpflchtung besteht nicht. 5. Nein Grund zur Furchtschaltung. — Paul 68. Am überhaupt nicht. 6. Nein Grund zur Furchtschaltung. — Paul 68. Am überhaupt nicht. 7. Nein Grund zur Furchtschaltung. — Paul 68. Am überhaupt nicht. 8. Der Sohn ist berechnungsfähig. Nur Prozeßführung muß ein Anwalt bestellt werden.

Marktpreise von Berlin am 10. Oktober 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Marktpreise (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 35.00—50.00. Weißbrot weiß, 35.00—50.00. Weizen 34.00—50.00. Kartoffeln 7.00—14.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1.00—2.40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1.70. Schweinefleisch 1.20—1.80. Kalbfleisch 1.40—2.40. Hammelfleisch 1.20—2.00. Butter 2.40—3.40. 60 Stck Eier 3.80—6.40. 1 Kilogramm Kartoffeln 1.00—2.40. Weile 1.20—2.80. Jander 1.40—3.00. Gerste 1.20 bis 2.80. Borste 0.80—2.00. Eschale 1.40—3.00. Weiz 0.80—1.60. 60 Stck Weiz 2.50—3.00.

Witterungsüberblick vom 11. Oktober 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Schwetzingen	769.8		3 bedekt	0	4	Dachau	748.8	ED		2 bedekt	-2
Darmstadt	772.8	SW	3 bedekt	11	11	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	772.8		1 bedekt	8	8	Stilla	771.8	ED		6 wolkt	12
Frankfurt	775.8		1 wolkt	4	4	Berlin	774.8	SW		1 heiter	3
München	778.8		2 heiter	3	3	Paris	773.8	NO		2 wolkt	4
Wien	775.8		1 wolkt	6	6						

Wetterprognose für Donnerstag, den 12. Oktober 1911. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und ziemlich starken nördlichen Winden; später langsam aufklarend, aber kühl.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserhand		Wasserhand	
am 10.10.	am 9.10.	am 10.10.	am 9.10.
cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	60	0	0
Bregel, Antersberg	-6	+2	
Beitel, Ibern	-8	+2	
Ober, Nalbör	103	0	
• Krosien	29	+2	
• Franfurt	41	+2	
• Sattig, Schrum	-34	+1	
• Landsberg	-61	-1	
• Kays, Gorkum	-35	+1	
• Eib, Leitmeritz	-67	-6	
• Dresden	-184	-1	
• Barby	29	+3	
• Magdeburg	33	+2	
• Saale, Großk.	42	-2	
• Saale, Emden	12	-2	
• Saale, Emden	-29	+1	
• Saale, Emden	88	+3	
• Saale, Emden	76	+1	
• Saale, Emden	145	-2	
• Saale, Emden	80	+14	
• Saale, Emden	128	-2	
• Saale, Emden	98	-1	
• Saale, Emden	32	+3	
• Saale, Emden	86	-1	
• Saale, Emden	7	+4	

+) bedeutet Sucht, — Null. — *) Unterpost.